

Luis Caballero und Stefan Diehl

Die NPD in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten

Aus- und Wechselwirkungen 2009-2013:
Analyse und Empfehlungen



Impressum:

Herausgeberin:

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz



E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de

Verantwortlich:

Wolfgang Faller

Autoren:

Luis Caballero
Stefan Diehl

Grafik, Layout:

Birgit Elm

Fotografien und Abbildungen:

Siehe Abbildungsnachweise unter den verwendeten Fotos

Druck:

Manfred Henn GmbH, 55120 Mainz

ISBN 978-3-89289-032-4

Mainz 2014

Luis Caballero und Stefan Diehl

Die NPD in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten

**Aus- und Wechselwirkungen 2009-2013:
Analyse und Empfehlungen**





Landeszentrale für
Politische Bildung
LPB
Rheinland - Pfalz

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Inhaltsverzeichnis

1 Grundlagen	6
1.1 Einleitung	8
1.2 NPD – Ideologie, Strategie und Bedeutung	12
1.2.1 Kurzer Überblick	12
1.2.2 Strategie der NPD	14
1.2.3 NPD und Umfeld in Rheinland-Pfalz	17
1.3 Methode der vorliegenden Untersuchung	21
1.3.1 Schriftliche, quantitative Befragung	22
1.3.2 Mündliche, qualitative Befragung	23
1.3.3 Auswertung der lokalen Presse	24
1.4 Beschreibung der Untersuchungsgebiete	26
1.4.1 Landkreis Südwestpfalz	26
1.4.2 Kreisfreie Stadt Trier	29
1.4.3 Landkreis Westerwald	30
2 Analyse	33
2.1 Allgemeiner Überblick	33
2.1.1 Vorbemerkungen	33
2.1.2 Allgemeine Ergebnisse der schriftlich-quantitativen Befragung	34
2.1.3 Allgemeine Eckdaten der mündlich-qualitativen Befragung	40
2.2 Auftreten der NPD-Mandatsträger im Parlament	41
2.3 Strategien und Umgang mit der NPD-Präsenz im Parlament	48
2.4 Verwaltung	58
2.5 Medienecho	63
2.6 Extrem rechte Szene	66
2.7 Aktivitäten gegen die extreme Rechte	72
2.8 Bedarf und Forderungen der demokratischen Mandatsträger_innen	76
2.9 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	82
3 Empfehlungen	88
3.1 Handlungsempfehlungen	88
3.1.1 Allgemeine Strategien im politischen Alltag	91
3.1.2 Strategien im Parlament	95
3.1.3 Strategien in der Verwaltung	98
3.1.4 Strategien in den Medien	97
3.1.5 Strategien in der Öffentlichkeit und in der Gesellschaft	100
3.2 Praxishilfen	103
3.2.1 Literaturhinweise	103
3.2.2 Beratung	104
3.2.3 Information und Recherche	106
4 Literatur	108

Vorwort



Wolfgang Faller

Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Der Einzug von NPD-Vertretern in sieben kommunale Parlamente in Rheinland-Pfalz nach den Kommunalwahlen 2009 hatte zunächst eine hohe Aufmerksamkeit vor Ort, aber auch in den überregionalen Medien ausgelöst. Die NPD hatte unter anderem von der Abschaffung der Fünf-prozenthürde bei Kommunalwahlen profitiert und feierte dies als Erfolg.

Zum ersten Mal seitdem die NPD von 1967 bis 1971 im Landtag vertreten war, musste sich damit eine größere Zahl von Parlamentarier_innen wieder mit Mandatsträgern befassen, die offen für extreme rechte Politik stehen. Gegen Ende der Legislaturperiode und vor dem Wahlkampf 2014 wird mit der vorliegenden Studie für einige Themenfelder exemplarisch ein Resümee aus den gewonnenen Erfahrungen gezogen. Dies erscheint umso mehr geboten, als es vermutlich nicht um eine schnell vorübergehende Erscheinung handelt.

In vielen Kommunen scheinen zwar die Bemühungen der NPD, 2014 zur Wahl antreten zu dürfen, an fehlenden Unterschriften zu scheitern. In anderen jedoch zeigt sich die NPD sehr aktiv und erfolgreich beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften und hat ernstzunehmende Chancen, zumindest einen Vertreter in den Kreistag, Stadtrat oder Gemeinderat entsenden zu können.

Die Situation ist insgesamt von verschiedenen Entwicklungen gekennzeichnet:

- In Koblenz läuft seit fast zwei Jahren ein Prozess gegen 26 Mitglieder des Aktionsbüros Mittelrhein mit teilweise starken Verbindungen zur NPD. Sie sind wegen der Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und verschiedener Gewaltdelikte angeklagt.
- Die NPD Rheinland-Pfalz hat eine tiefe Spaltung erlebt. Zudem sind - sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit - neue extrem rechte Parteien gegründet worden.
- Der Bundesrat hat beim Verfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die NPD angestrengt.
- Gegenwärtig versuchen NPD und Neonazis, eine hetzerische Kampagne gegen Asylsuchende und Flüchtlinge zu befördern.

Können ein paar extrem rechte Mandatsträger unsere Demokratie wirklich bedrohen? Nein, eine akute Gefahr der Übernahme von parlamentarischen Machtpositionen oder gar Regierungsbeteiligung ist nicht zu erkennen.

Die Strategie der NPD zielt jedoch nicht auf Profilierung durch konstruktive parlamentarische Arbeit – zumal sie Parlamente ideologisch ohnehin eher ablehnt –, sondern auf den propagandistischen Nutzen. Gleichzeitig zeigen sich anschlussfähige Positionen zu rechtspopulistischen Organisationen. Rechtspopulistische Parteien wie beispielsweise die Republikaner haben in den vergangenen Jahren lokal teilweise zweistellige Wahlergebnisse erreichen können. Die Gefahren für das politische Klima wie auch die politische Kultur unserer Gesellschaft sind also nicht zu unterschätzen.

Die vorliegende Studie bestätigt erneut, dass der Einzug und die Aktionen von NPD-Vertretern in Parlamenten die demokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger verunsichern und eine konstruktive Arbeit erschweren können. Wie die Anwesenheit der extremen Rechten in den Parlamenten erlebt wurde und wie die demokratischen Abgeordneten darauf reagiert haben, dokumentiert die Untersuchung mit Auszügen aus

Interviews mit Angehörigen aller Fraktionen. Die Interviews sowie eine Fragebogenerhebung bilden die Basis, um Empfehlungen abzuleiten. Mit diesen Empfehlungen sowie mit Informationen – auch ergänzt um Erfahrungen und Forschung aus anderen, insbesondere den neuen Bundesländern – will diese Broschüre Hilfen und Orientierungsleitlinien anbieten. Dabei gilt wie so oft in der Politik, dass es keine einfachen Lösungen gibt, sondern immer die Situation vor Ort mit bedacht werden muss.

Mit den Gebietskörperschaften Landkreis Südwestpfalz, Stadt Trier sowie Westerwaldkreis wurden für diese Untersuchung bewusst unterschiedliche, für Rheinland-Pfalz aber typische Regionen ausgewählt. Die Broschüre liefert zu ihnen jeweils auch Strukturdaten wie Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit oder Ausländeranteil. Diese lassen keine direkten Rückschlüsse auf die Erfolge oder Misserfolge der NPD zu, sind aber vor allem für Außenstehende hilfreich, um die Situation vor Ort besser einschätzen und möglicherweise auch Erfahrungen übertragen zu können.

Wir bedanken uns herzlich bei den Politikerinnen und Politikern, die sich an unserer Studie beteiligt haben. Sie haben, auch mit manchmal selbstkritischen Aussagen, entscheidend dazu beigetragen, dass wir hier aus der Praxis entwickelte Hilfestellungen präsentieren können. Auch wenn zitierte individuelle Aussagen nicht immer von allen anderen Ratsmitgliedern geteilt werden mögen, so zeigen sich in der Gesamtheit durchaus für jedes Kommunalparlament allgemein nachvollziehbare Entwicklungen und Eindrücke ab.

Das Forscherteam, das in kurzer Zeit und mit begrenzten Mitteln so fundierte Ergebnisse erarbeitete und Handlungsempfehlungen entwickelte, hat sich damit eindrucksvoll empfohlen. Für das damit verbundene Engagement gebührt den beiden Autoren ein zusätzlicher Dank. Erwähnt sei noch, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf ausführlichere Darstellungen von Methode und Datenmaterial verzichtet wurde, diese können bei der Herausgeberin nachgefragt werden.

Schließlich danken wir dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz für die äußerst hilfreiche Unterstützung bei der Entwicklung des Forschungsdesigns und die Bereitstellung von Materialien sowie für seine Expertise und für den finanziellen Beitrag hierzu. Sollten mit den Kommunalwahlen im Mai 2014 wieder Vertreter der NPD in die Parlamente einziehen, so würden wir uns freuen, wenn die vorliegende Broschüre demokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern eine Unterstützung sein könnte, mit dieser herausfordernden Situation umzugehen.

Allen Interessierten mag diese Broschüre bei der Urteilsbildung und gegebenenfalls einer Wahlentscheidung hilfreich sein.

Mainz, im März 2014

1 Grundlagen

1.1. Einleitung

Am 25. Mai 2014 finden in Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt. Bei der letzten Wahl im Juni 2009 errangen Vertreter der extrem rechten NPD insgesamt sieben Sitze in rheinland-pfälzischen Gemeinde- oder Stadträten, Verbandsgemeinderäten und Kreistagen: in Trier und Pirmasens, in den Landkreisen Bad Dürkheim, Westerwald, Südwestpfalz und Alzey-Worms sowie in der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland.¹

Die NPD wertet die Wahlergebnisse als einen Erfolg. In ihren Strategieprogrammen nimmt die Verankerung auf den kommunalen Ebenen des Parlamentarismus inzwischen eine zentrale Stellung ein. Dabei steht allerdings weniger kommunale Parlamentsarbeit als vielmehr das Argument der allmählichen Akzeptanz der Partei als politischer Akteur in der Öffentlichkeit im Vordergrund.

Trotz dieser Präsenz der NPD gibt es bisher nur wenige Studien, die sich mit der parlamentarischen Arbeit der extremen Rechten vor Ort auseinandersetzen. Die Berichterstattung in den Medien über die Etablierung von extremen Rechten in der Mitte der Gesellschaft durch ihre Anwesenheit in Kommunalparlamenten wird von den Rechten inzwischen selbst als Bestätigung ihrer Politik aufgenommen und in Landtagswahlkämpfen instrumentalisiert.² Während in der NPD-Wahlkampfzeitung „Jetzt reicht’s!“ von engagierter kommunaler Sachkompetenz gesprochen wird, ist wenig von ihrer wirklichen politischen Alltagsarbeit bekannt.

In manchen ostdeutschen Gebieten scheint die Strategie aufzugehen, über die kommunale Verankerung auch in höhere Politikebenen vorzudringen. Dort, wo die Anzahl der kommunalen Mandate besonders hoch ist – in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – ist die NPD auch in den Landtagen vertreten ist. Hierbei gibt es auch Wechselwirkungen.

¹ Vgl. Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz 2010.

² Vgl. Staud 2006, S. 9 ff.

Kommunale Mandate haben ihre wichtige Funktion vor allem aus zwei Gründen. Erstens erscheinen kommunale Politikfelder oft weniger parteipolitisch geprägt. Man entscheidet scheinbar nach Kriterien der „Vernunft vor Ort“ über die anliegenden Sachfragen. Begrünung, Verkehr, Parkplätze und Hundekot sind Themen, die man jenseits politischer Ideologien verhandeln zu können glaubt.

Zweitens sind kommunale Politiker_innen und Entscheidungsträger_innen vor Ort eher ansprechbar. Da sie oft ehrenamtlich tätig sind, erscheinen sie noch dazu als besonders engagierte Bürger. Sie sind durch ihr persönliches Auftreten in der Lage, Medienbilder und Meinungen über Parteien zu verändern.

Die Anwesenheit von NPD-Vertretern in Kommunalparlamenten stellt die demokratischen Akteure vor Herausforderungen. Soll man ihre Präsenz offensiv im Parlament und in der Öffentlichkeit thematisieren oder auf konsequentes Ignorieren setzen? Wie soll man Provokationen begegnen? Welche Themen sind es, die von NPD-Vertretern genutzt werden? Und wie sollen Demokrat_innen reagieren?

Auf diese Fragen versucht die Studie wissenschaftlich begründete Antworten zu geben. Das Ziel dieser Untersuchung ist eine Analyse der Formen wie der Auswirkungen der Tätigkeit von extremen Rechten in kommunalen Parlamenten, die in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Forschung nur wenig thematisiert werden. Ältere Arbeiten wie die von Hafenecker über Hessen, Lepszy über Baden-Württemberg und Griese/Niermann über Nordrhein-Westfalen³ lassen sich nicht mehr auf die gegenwärtigen Konzepte und Strategien der Voigt/Apfel-Ära der NPD, also die Drei-Säulen-Strategie bzw. die neuere Vier-Säulen-Strategie, übertragen.⁴ Einige aktuellere Studien, die sich mit der Rolle der NPD beschäftigen, sind in den letzten Jahren vor allem in den neuen Bundesländern entstanden und untersuchen die Situation dort.⁵

³ Vgl. Hafenecker 1997, Lepszy 1993 und Griese/Niermann 1997.

⁴ Zur Vier-Säulen-Strategie siehe hier Kapitel 2.3.

⁵ So etwa Begrich/Weber/Roth 2010 in Sachsen-Anhalt, Beier u. a. 2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Braune u. a. 2007 in Sachsen.

Die vorliegende Studie soll nun diese Lücke für Rheinland-Pfalz schließen. Zum einen wird über einen Zeitraum von vier Jahren (Juni 2009 bis Oktober 2013) ein Bild der parlamentarischen Arbeit von Nazis in den kommunalen Vertretungen gezeichnet.

Zum anderen sollen aufgrund der Ergebnisse der Befragung von Mandatsträgern demokratischer Parteien, der ergänzenden Auswertung von Presseartikeln sowie der Analyse einschlägiger wissenschaftlicher Literatur Handlungsempfehlungen entwickelt werden.

Hierzu ergeben sich folgende **Forschungsfragen**:

- Wie sehen die Aktivitäten von Neonazis in rheinland-pfälzischen Parlamenten aus? Welche Inhalte stehen im Vordergrund und wie werden diese thematisiert?
- Konnte die NPD parlamentarische Erfolge erzielen?
- Welche Auswirkungen hat die Präsenz von NPD-Vertretern in den kommunalen Parlamenten?
- Wie haben diese die Arbeit und Funktion des betroffenen Parlaments beeinflusst? Gab es zum Beispiel eine Kooperation der demokratischen Parteien? Kam es zu einer Isolierung des NPD-Vertreters? Kam es zu einer Veränderung der Parlamentsordnung?
- Gab es Einflüsse und Wechselwirkungen bei den kommunalen Verwaltungen? Wie haben diese auf die Anwesenheit und die Aktivitäten eines NPD-Vertreters reagiert? Gab es einen besonderen Umgang mit diesen oder wurden sie behandelt wie die anderen Vertreter auch?
- Haben diese Wechselwirkungen die zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort beeinflusst? Gab es eine Zusammenarbeit von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen?
- Hatten diese Wechselwirkungen einen Einfluss auf die lokale bzw. regionale Neonaziszene? Erhielt die Neonaziszene durch Mandatsträger mehr Zulauf und Aufmerksamkeit? Wie entwickelte sich die parlamentarische Karriere des NPD-Mandatsträgers selbst?

Zu vergleichen sind dabei Kreise, Stadt und Land und der gesellschaftliche Umgang mit den extremen Rechten. Insgesamt müssen zudem die Erfahrungen aus anderen Regionen, auch außerhalb von Rheinland-Pfalz, berücksichtigt werden.

Die vorliegende Studie ist auf die NPD bezogen, da diese Partei zum Zeitpunkt der Erhebung den wichtigsten Akteur der extremen Rechten in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten darstellte, vor allem in Hinblick auf die Vernetzung und Zusammenarbeit mit der militanten Neonaziszene.⁶ Seit Dezember 2013 sieht sich die NPD einem von den Bundesländern über den Bundesrat angestregten Verbotsverfahren gegenüber, so dass ihre politische Zukunft gegenwärtig unklar ist. Des Weiteren verändert sich die extreme Rechte beständig und versucht sich den politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Inhaltliche und personelle Unterschiede bis hin zu Konflikten führen zu stetigen Verwerfungen. Es tauchen also immer wieder neue Akteure der extremen Rechten in Form von Parteigründungen oder Wahlbündnissen auf. Gleichwohl können viele Erkenntnisse und vor allem die Handlungsempfehlungen der vorliegenden Studie auch auf andere Organisationen der extremen Rechten bzw. auf rechtspopulistische Parteien wie Pro Deutschland oder die Republikaner angewandt werden, da es Gemeinsamkeiten oder Überschneidungen bei Inhalten und Themen gibt.

⁶ Unter dem Begriff der Szene wird ein Netzwerk von Personen und Personengruppen verstanden, welche sich über einen gemeinsamen Aspekt des Lebens vergemeinschaften. Aus diesem Blickwinkel haben Szenen die sozialisierende Funktion, Identität, Kompetenzen und Relevanzhierarchien dauerhaft interaktiv aufzubauen und zu stabilisieren. Vgl. Hitzler/Niederbacher 2010. Viele extreme Rechte sind nicht mehr ausschließlich in Parteien oder Vereinen organisiert, stattdessen schließen sie sich in lockeren Gruppierungen zusammen, beispielsweise in „Freien Kameradschaften“. Vgl. Speit 2005, S. 18. Ausführlicher hierzu Kap. 1.2.

1.2 NPD – Ideologie, Strategie und Bedeutung

1.2.1 Kurzer Überblick

Die NPD wurde 1964 von früheren Anhängern diverser rechter Parteien und Gruppierungen gegründet. Nach anfänglichen Wahlerfolgen in den 1960ern, bei denen die Partei in sieben Landesparlamente – auch in Rheinland-Pfalz – einzog, blieb sie nach Ablauf der jeweiligen Legislaturperioden für lange Zeit bedeutungslos. In den 1960ern konnte die NPD auch in viele Kommunalparlamente – in Rheinland-Pfalz vor allem in der Westpfalz und in der Wormser Region – einziehen. 1971 hatte die NPD 426 kommunale Mandate zu verzeichnen, die bis 1980 auf 10 Mandate schrumpften. Später stieg die Zahl wieder leicht an, blieb aber bis in die 1990er auf einem niedrigen Niveau.⁷

In den 1990ern öffnete sich die Partei für Neonazis, unter anderem aus verbotenen Organisationen und gewaltbereiten Gruppierungen. Hierdurch erlangte sie große Bedeutung für die extreme Rechte, da sie einen organisationalen Rahmen und finanzielle Ressourcen bereitstellte. Hauptsächlich in Wahlkämpfen profitierte die Partei von den Aktivitäten der Neonazis. In Anbetracht der wirtschaftlich krisenhaften Situation konnte die NPD, obwohl die Mitgliederzahlen eher gering waren, wieder politische Erfolge vor allem in den neuen Bundesländern erzielen. Die NPD ist in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen jeweils zum zweiten Mal in Folge im Landtag eingezogen. Darüber hinaus gibt es Vertreter und in Einzelfällen auch Vertreterinnen der NPD in Kommunalparlamenten aller Bundesländer bis auf Hamburg und Bremen. In einigen Regionen – gegenwärtig vor allem in den neuen Bundesländern – hat sich die NPD als politischer Akteur dauerhaft etabliert.⁸

Die NPD kann als typische Partei der extremen Rechten bzw. als neonazistische Partei gelten. Ihre ideologischen Kernelemente weisen die charakteristischen Muster und Themen auf. Im Folgenden sollen kursorisch ausgewählte zentrale Elemente benannt werden.

⁷ Vgl. Beier u. a. 2006, S. 24 f., und Schmollinger 1986, S. 1955 ff.

⁸ Vgl. Staud 2006, S. 9 ff., und Brandstetter 2012, S. 9 ff.

Der Geschichtsrevisionismus verharmlost oder leugnet die Verbrechen des Naziregimes, vor allem die Shoah (die Ermordung der Juden). Geschichte wird im eigenen Sinn so lange umgedeutet, bis sie zur extrem rechten Weltanschauung passt. Dies kann bis zur Geschichtsfälschung gehen, bei der zum Beispiel der Angriffskrieg der Nazis zum Verteidigungsakt umgedeutet wird.⁹

Nationalismus und völkisches Denken konstituieren die Kernidentität der NPD. Die Nation als ethnische Einheit ist die maßgebliche Kategorie der extremen Rechten.¹⁰ Im deutschen Volk seien alle in einer Schicksalsgemeinschaft aneinandergekettet und nur im und durch das Volk könne jeder sein Glück und seine Bestimmung erfahren. Daher soll alles Handeln auf den Fortbestand der Nation ausgerichtet sein. Nationalismus bestimmt sich über Ausgrenzung und definiert, wer nicht dazugehört. Dies ist verbunden mit dem Streben nach Dominanz der eigenen Nation und der Abwertung anderer. Aus der nationalen Ausrichtung ergibt sich die Forderung nach der Volksgemeinschaft, jener Konstruktion, in der sämtliche Individuen und alle gesellschaftlichen und politischen Ebenen sowie Institutionen zu einem Kollektiv verschmelzen.¹¹ Die innere Struktur dieses Kollektivs sei nach dem Führerprinzip zu gestalten, wobei eine Person – ohne Rücksicht auf Interessen und Rechte anderer – alle wichtigen Entscheidungen treffen soll. Diese autoritäre Orientierung spiegelt nicht nur die Binnenstruktur der Partei wider, sie ist das Ziel der NPD für das politische System insgesamt. Der Parlamentarismus ist hierbei für die NPD lediglich ein taktisches Mittel, das, sobald sie an die Macht gelänge, sukzessive abgeschafft würde.¹²

Die NPD vertritt ein rassistisches Weltbild. Sie teilt Menschen in Gruppen ein, die als homogen betrachtet werden, und unterstellt ihnen eine kollektive Identität sowie unveränderliche Merkmale und Eigenschaften. Die Menschen werden kaum als Individuen beurteilt, sondern als Stellvertreter ihrer Gruppen. Rassismus umfasst Handlungen und Einstellungen, wonach aufgrund konstruierter biologischer oder kultureller Unterschiede

⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Bund), S. 89 ff., sowie Staud 2006, S. 103 ff.

¹⁰ Vgl. Backes 2001, S. 28 f.

¹¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Bund), S. 79 f.

¹² Vgl. Beier u. a. 2006, S. 11 f.; Verfassungsschutzbericht 2012 (Rheinland-Pfalz), S. 37 f sowie Begrich/Weber 2011, S. 52 ff.

Angehörige anderer Personenkreise als grundsätzlich anders oder minderwertig bewertet werden.¹³

„Der Antisemitismus ist in der NPD tief verwurzelt.“¹⁴ Er beinhaltet die Abwertung und Ablehnung von Jüdinnen und Juden und beginnt mit der oben beschriebenen Konstruktion eines völkischen Kollektivs beziehungsweise einer Rasse, aus der kollektive Identitäten („wir hier drinnen – die dort draußen“) und Eigenschaften gebildet werden. Antisemitismus gibt mithilfe von Verschwörungstheorien Jüdinnen und Juden die Schuld für gesellschaftliche Probleme.¹⁵

Die NPD distanziert sich zwar öffentlich von Gewalt, rekrutiert jedoch gerne auch gewaltbereite Aktivisten. Mit ihrer Strategie des „Kampfes um die Straße“ (siehe Kap. 1.2.2.) richtet sie sich auch bewusst an die gewaltbereite Naziszene.¹⁶ Die NPD versucht – in Zusammenarbeit mit anderen extremen Rechten – bei kritischen politischen Veranstaltungen die Teilnehmenden einzuschüchtern und ein Bedrohungspotenzial aufzubauen. In der Partei wird diese Vorgehensweise verschleiern als „Wortergreifungsstrategie“¹⁷ bezeichnet. Diese Methoden richten sich gegen alle antifaschistisch und demokratisch Engagierten.¹⁸ Als Beispiel in Rheinland-Pfalz ist Safet Babic (NPD-Kader in Trier) zu nennen, der wegen eines einschlägigen Gewaltdelikts rechtskräftig verurteilt wurde.¹⁹

1.2.2 Strategie der NPD

Die NPD agiert auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Sie nutzt hierzu vier grundsätzliche Strategien, das sogenannte „Vier-Säulen-Konzept“, um sich dauerhaft zu etablieren.²⁰ Die vier Säulen – der „Kampf um die

¹³ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Bund), S. 84 f.

¹⁴ Verfassungsschutzbericht 2012 (Bund), S. 86, sowie grundlegend Staud 2006, S. 99 ff.

¹⁵ Vgl. Staud 2006, S. 99 ff.

¹⁶ Vgl. Beier u. a. 2006, S. 173.

¹⁷ Vgl. Brandstetter 2012, S. 25.

¹⁸ Einige Beispiele finden sich bei Röpke/Speit 2013, S. 210 ff.

¹⁹ Vgl. Trierischer Volksfreund vom 22.12.2010.

²⁰ Ursprünglich vertrat die NPD eine Drei-Säulen-Strategie. Im Jahr 2004 wurde dieses Strategiekonzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“, ergänzt. Dies war Ausdruck der Bemühungen, das heterogene „Nationale Lager“ zu einen.

Straße“, der „Kampf um die Parlamente“, der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um den organisierten Willen“ – verdeutlichen die generelle Bereitschaft der NPD, in verschiedenen politischen Feldern zu agieren und ihren Anspruch, ein Sammelbecken für Neonazis unterschiedlicher Ausrichtung zu sein.²¹

1) „Kampf um die Parlamente“

Der „Kampf um die Parlamente“ dient dazu, über den Einzug in die verschiedenen Volksvertretungen an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen. Wahlkämpfe stellen eine Möglichkeit dar, neonazistisches Gedankengut zu verbreiten, und dienen als Bühne zur Vermittlung von Inhalten. Dabei wird vielfach zielgerichtet Stimmung gegen Migrant_innen gemacht. Durch Wahlkampfkostenerstattung oder Mittel der Parlamentsfraktionen bessert die Partei außerdem ihre Finanzen wesentlich auf.²²

2) „Kampf um die Straße“

Diese Säule beinhaltet Demonstrationen und Kundgebungen sowie den Kampf um „National befreite Zonen“. Die NPD und ihre Sympathisanten versuchen einen öffentlichen Raum – zum Beispiel ein Jugendzentrum, einen Straßenzug oder ein Stadtviertel – für sich in Anspruch zu nehmen. Dabei wird Gewalt nicht öffentlich propagiert oder befürwortet, allerdings richtet sich die NPD mit diesem strategischen Element an die gewaltbereiten Nazis.²³ Angestrebt wird die systematische Ausgrenzung aller Menschen, die nicht in das neonazistische Weltbild passen. Aus dem bisherigen Verhalten der NPD und ihres Umfelds kann geschlossen werden, dass Migrant_innen und antirassistisch engagierte Menschen eingeschüchtert, mundtot gemacht und aus der Region vertrieben werden sollen.

3) „Kampf um die Köpfe“

Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst Strategien der gezielten Einflussnahme auf die öffentliche Meinungs- und Bewusstseinsbildung. Durch ihre Präsenz im kulturellen, sozialen und politischen Bereich soll sich die ne-

²¹ Vgl. Brandstetter 2012, S. 22 ff.

²² Laut einer Recherche der Tagesschau erhielt die NPD von 2003 bis März 2013 über 20 Millionen Euro von staatlichen Institutionen. <http://www.tagesschau.de/inland/npdfinanzierung100.html>; Abruf: 22.01.2014.

²³ Vgl. Beier u. a. 2006, S. 173.

onazistische Ideologie stärker verbreiten und innerhalb der Gesellschaft weiter normalisieren. Die Möglichkeiten sind vielfältig und reichen von der Homepage bis zu RechtsRock-Konzerten. Die konsequente Nutzung neuer Medien (Internet) ist hier hervorzuheben.²⁴ Aber auch bei Kinderfesten und in der Stadtteilarbeit ist die NPD aktiv. Allerdings verzichtet sie hierbei in der Regel auf allzu deutliche Parteisymbole. Die Aktivist_innen sollen nicht gleich auf den ersten Blick als NPD-Mitglieder erkannt werden. Darüber hinaus werden nicht politisch ausgerichtete Organisationen wie beispielsweise Sportvereine gezielt unterwandert, um eine Vorrangstellung extrem Rechter im Alltagsleben durchzusetzen.²⁵

4) „Kampf um den organisierten Willen“

Der „Kampf um den organisierten Willen“ soll die unterschiedlichen, teils zerstrittenen Gruppierungen der extremen Rechten vereinen und eine Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte erreichen. Hierunter fallen unter anderem Kooperationen mit „Freien Kameradschaften“ und der Zusammenschluss der NPD mit der DVU (Deutsche Volksunion).²⁶ Vor allem mit dem Aufruf zum „Kampf um die Straße“ ist es der NPD gelungen, innerhalb des Kameradschaftsspektrums auf Wohlwollen zu stoßen und neue Aktivisten für die Partei zu gewinnen.

Neben Vereinen und Parteien mit festen Strukturen und Satzungen haben sich in den 1990ern viele extreme Rechte in losen Zusammenschlüssen ohne formelle oder eingetragene Vereinsstruktur organisiert. Dieser Organisationsansatz ist von staatlicher Seite her schwieriger zu überwachen. Durch neue Kommunikationsmöglichkeiten, zum Beispiel Handys und Internet, können diese Gruppen effizient und schnell handeln. Vor allem die sogenannten „Freien Kameradschaften“ arbeiten eng mit der NPD zusammen. Sie bestehen in der Regel aus fünf bis dreißig Mitgliedern und sind männlich dominiert. Sie sind stark um eine lokale Verankerung bemüht, aber auch bundesweit bei Aufmärschen, Schulungen oder Konzerten aktiv. Auf regionaler Ebene vernetzen sich „Freie Kameradschaften“ durch die Gründung von Aktionsbüros, um an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen und koordinierte Aktionen durchführen zu können, ohne auf bundesweite Unterstützung angewiesen zu sein. Sie fallen verstärkt

²⁴ Vgl. Pfeiffer 2007, S. 36 ff.

²⁵ Vgl. Staud 2006, S. 156 ff.

²⁶ Vgl. Brandstetter 2012, S. 25 ff.

durch gewaltsame Auseinandersetzungen und Angriffe auf, wofür sie sich mit paramilitärischen Trainings vorbereiten.²⁷

Zwischen „Freien Kameradschaften“ und der NPD besteht also eine rege Zusammenarbeit. Gemeinsame Demonstrationen, Kundgebungen und Wahlkampfaktionen gehören ebenso zum Programm wie RechtsRock-Konzerte und Schulungsveranstaltungen für Aktivisten. „Freie Kameradschaften“ stellen für die NPD Saalschutz, organisieren Infostände und verteilen Flugblätter.²⁸

Die NPD konzentriert sich besonders auf jüngere, um in einigen Regionen eine völkische Jugend-Alltagskultur zu etablieren. Es soll eine Erlebniswelt Rechtsextremismus geschaffen werden, in der Lebensgefühl, Freizeitaktivitäten und politische Botschaften verschmelzen.²⁹ Die NPD erstellt vor allem zu Wahlkämpfen regelmäßig mehrere zehntausend Exemplare (mittlerweile in über zehn Auflagen) einer „Schulhof-CD“ mit RechtsRock. Diese werden zielgerichtet kostenlos verteilt, insbesondere an und vor Schulen.³⁰

1.2.3 NPD und Umfeld in Rheinland-Pfalz

Die Bedeutung der NPD ist nicht an ihren Mitgliederzahlen zu bemessen. Diese sind eher gering: Bundesweit beträgt die Mitgliederzahl circa 6.000, in Rheinland-Pfalz sind circa 300 Mitglieder zu verzeichnen.³¹ Ihre in Rheinland-Pfalz zurzeit herausragende Rolle ist in der Koordinierungsfunktion der Neonaziszene begründet.

Freie Neonazigruppen bildeten sich hauptsächlich in den 1990ern und schon sehr früh kam es zu einer engen Kooperation von NPD und „Freien Kameradschaften“ in Rheinland-Pfalz, so zum Beispiel bei einem gemeinsamen öffentlichen Auftritt am 1. Mai 2001. Die Zusammenarbeit bein-

²⁷ Umfassende Darstellungen finden sich im Sammelband von Röpke/Speit 2005.

²⁸ Vgl. Klärner/Kohlstruck 2006, S. 28 ff., und Virchow 2006, S. 71 ff.

²⁹ Vgl. Pfeiffer 2007, S. 36 ff.

³⁰ Vgl. http://www.jugendschutz.net/materialien/synopse_aktion_schulhof.html; Abruf: 23.01.2014.

³¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Rheinland-Pfalz), S. 37.

haltet auch die Doppelmitgliedschaft einzelner Aktivisten. Bedeutende Neonazikader der „Freien Kameradschaften“ standen zudem bei Wahlen auf Listen der NPD Rheinland-Pfalz. Zahlreiche NPD-Aktivisten in Rheinland-Pfalz stammen aus dem militanten Neonazispektrum. Auch an den Aufbauarbeiten der „NPD-Schulungszentren“ und den dort stattfindenden Aktivitäten beteiligte sich die Kameradschaftsszene. Mit Konzerten, Schülerzeitungen und Saalveranstaltungen sollen insbesondere Jugendliche für die Partei gewonnen werden.³²

Im Weiteren sollen wichtige Beispiele für die Aktivitäten in der NPD und in ihrem Umfeld in Rheinland-Pfalz kurz aufgezeigt werden. Das Aktionsbüro Mittelrhein spielt seit 2004 eine wichtige Rolle in der militanten Neonaziszene im Norden von Rheinland-Pfalz. Sven Lobeck, Führungsperson des Aktionsbüros Mittelrhein, ist gleichzeitig Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Koblenz. Nicht zuletzt aufgrund des entstandenen öffentlichen Drucks wurden 2012 die Behörden aktiv. Im März 2012 wurden über zwanzig Mitglieder festgenommen. Anschließend wurde Anklage erhoben, unter anderem wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung, schweren Landfriedensbruchs und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen.³³

Ziel des Aktionsbüros Rhein-Neckar in Ludwigshafen ist es, eine Kontaktstelle für junge Neonazis zu schaffen und die anwachsende Kameradschaftsszene zu vernetzen. Insbesondere der Kreisverband Vorderpfalz der NPD unterhält enge Kontakte zum neonazistischen Aktionsbüro Rhein-Neckar. Dieses Aktionsbüro ist ein typisches Beispiel für länderübergreifende Nazinetzwerke (Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz). Eine interne Telefonliste wies 2005 insgesamt 191 Personen auf, die in NPD und Kameradschaften der Region eingebunden waren. Auch hier gibt es eine enge Zusammenarbeit von Kameradschaftsaktivisten und NPD bei gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen.³⁴

³² Vgl. http://www.jugend.rlp.de/gegen_rechts_strukturen.html; Abruf: 05.02.2014.

³³ Inzwischen sind vier Angeklagte wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung schuldig gesprochen. Für 22 weitere Angeklagte dauert der Prozess zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Studie noch an. Vgl. http://www.rhein-zeitung.de/region/dpa-landesdienst_artikel,-Erste-Urteile-im-Koblenzer-Neonazi-Prozess-_arid,1070834.html; Abruf: 23.01.2014.

³⁴ Vgl. Maegerle 2013.

Die „Initiative Südwest“ ist ein Kreis, der als „Freie Kameradschaft“ hauptsächlich im Raum Alzey, Worms und Bingen seit ca. 2005 aktiv ist. Die Initiative marschierte oft in Zusammenarbeit mit der NPD in der umliegenden Region auf, zum Beispiel regelmäßig am 1. Mai. Eine führende Figur der Initiative ist Matthias Kairies, der sich auch in der rechten Hooliganszene des Fußballvereins Wormatia Worms betätigt. Zudem hat er den Vorsitz des NPD-Kreisverbandes Alzey inne.

In dieser Studie wird die kommunalparlamentarische Aktivität von drei NPD-Mandatsträgern untersucht. Neben Christian Greeb (Landkreis Westerwald, inzwischen aus der NPD ausgetreten, aber laut Eigenauskunft immer noch Nationalist bzw. Nationaldemokrat ³⁵), einem eher unauffälligen NPD-Mandatsträger, ragen Sascha Wagner (Landkreis Südwestpfalz) und Safet Babic (Stadt Trier) dabei als Führungskader heraus.

Sascha Wagner ist seit Anfang der 1990er Jahre in der NPD aktiv, die meiste Zeit davon in Rheinland-Pfalz. Neben Aktivitäten in der rechten Fußballhooliganszene und im RechtsRock-Milieu hat er sich vor allem in sogenannten Anti-Antifa-Strukturen betätigt. In letzter Zeit ist er in der Südwestpfalz als Betreiber des „Haus der Demokratie“ in Herschberg aufgefallen. Dieses Zentrum sollte als Schulungs- und Versammlungsstätte vornehmlich für die NPD wie auch für die extrem rechte Szene überhaupt dienen. Nach Protesten in der Zivilgesellschaft und einer bauaufsichtlichen Verfügung des Landkreises wurde im Februar 2012 ein Nutzungsverbot der Immobilie als Parteiheim erlassen.³⁶

Safet Babic arbeitet seit Ende der 1990er für die NPD. Bundesweit machte er Schlagzeilen, als er 2003 mit einer extrem rechten Liste in das Studierendenparlament der Universität Trier einzog. 2009 gelang ihm der Einzug in den Trierer Stadtrat. Im Dezember 2010 wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung (bei einer Schlägerei) vom Landgericht Trier verurteilt. Das Urteil wurde im August 2011 rechtskräftig, woraufhin der Trierer Stadtrat im September 2011 einstimmig beschloss, Babic aus dem

³⁵ Die Aussage Greebs erfolgte nach seinem Austritt. Er bezeichnete sich selbst auf diese Weise laut Auskunft von mehreren Interviewpartnern der in dieser Studie durchgeführten Befragung.

³⁶ Vgl. Hoff/Stein 2012, S. 24 ff.

Stadtrat auszuschließen. Ein Einspruch Babics wurde endgültig im März 2013 vom Oberverwaltungsgericht Koblenz abschlägig beschieden.³⁷

Derzeit befindet sich die NPD in Rheinland-Pfalz in einer für sie schwierigen Umbruchphase. Neben dem drohenden Verbotverfahren auf Bundesebene erschweren auch innere Konflikte die Parteiarbeit. So ist der Streit zwischen dem „völkischen“ und dem „subkulturellen“ Flügel in der Partei eskaliert. Während letztere ein eher modernes, jugendaffines Image nach außen hin pflegen wollen, um in erster Linie Jugendliche in deren konkreter Alltagswelt anzusprechen, setzen die „völkisch“ Orientierten auf ein klassisches, der Blut- und Bodenästhetik entsprechendes Auftreten.

Der „subkulturelle“ Flügel um Markus Walter (den aktuellen Landesvorsitzenden), Ricarda Riefling und Safet Babic hat sich durchgesetzt, worauf die ehemalige Landesvorsitzende Dörthe Armstropp und ihr Mann Klaus aus der NPD ausgetreten sind. Zusammen mit seiner Frau hat Klaus Armstropp, der bisher für die NPD ein Mandat im Landkreis Bad Dürkheim besaß, eine neue extrem rechte Partei gegründet: Der dritte Weg.³⁸

Inwieweit diese Veränderungen eine Schwächung oder auch eine Stärkung der NPD zur Folge haben, ist momentan nicht absehbar. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass dort, wo NPD-Kandidaten zur Kommunalwahl antreten, diese genügend Stimmen erhalten und entsprechend in das jeweilige Parlament einziehen werden.

³⁷ Vgl. Trierischer Volksfreund vom 22.12.2010 und vom 27.03.2013.

³⁸ Vgl. <http://www.infobuero.org/2013/12/gerichtsverfahren-aufmaersche-und-neue-organisationen-der-jahresueckblick-aus-rheinland-pfalz/20.12.2013>; Abruf: 23.01.2014.

1.3 Methode

Die vorliegende Arbeit bedient sich eines rückblickenden Forschungsmodells, um zu untersuchen, wie sich die Anwesenheit der NPD-Mandats-träger in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten ausgewirkt hat. Dabei kommen verschiedene sozialwissenschaftliche Methoden zum Einsatz. Den Schwerpunkt bilden eine schriftliche Befragung von Ratsmitgliedern sowie ausführliche Experteninterviews mit ausgewählten Parlamentarier_innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ergänzt werden die Gespräche beziehungsweise die durch schriftliche Befragung gewonnenen Daten durch die Inhaltsanalyse von entsprechenden Presseartikeln. Die schriftliche Befragung ist eine quantitative Erhebungsmethode, da die Ergebnisse in Form von Zahlen aufbereitet werden. Die mündliche Befragung ist eine qualitative Untersuchung, da hier die geäußerten Inhalte und Aussagen der Befragten im Vordergrund stehen.

Von den sieben Mandatsgebieten, in denen die NPD seit 2009 vertreten war, wurden exemplarisch drei ausgewählt. Diese sollten möglichst unterschiedlich sein. So wurde zwei ländlichen Gebieten, dem Landkreis Westerwald und dem Landkreis Südwestpfalz, ein städtischer Bezugsrahmen, nämlich die kreisfreie Stadt Trier gegenübergestellt. Um auch unterschiedlich verlaufende parlamentarische Karrieren von NPD-Mandats-trägern zu erfassen, wurde mit dem Mandatsträger der NPD im Kreistag des Landkreises Westerwald eine Person (Christian Greeb) ausgewählt, die schon im Dezember 2009 (also gut ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl) aus der NPD ausgetreten war.³⁹ Diesem wurde ein gefestigter NPD-Kader gegenübergestellt, der in einem ländlichen Gebiet das Mandat errungen hatte (Sascha Wagner, Landkreis Südwestpfalz). Neben diesen beiden Vertretern aus dem ländlichen Raum wurde ein NPD-Kader aus dem städtischen Raum mit einbezogen (Safet Babic, Trier).

³⁹ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 05.12.2009.

1.3.1 Schriftliche quantitative Befragung

Der verwendete standardisierte Fragebogen entspricht im Wesentlichen dem von Beier u. a. in ihrer 2006 publizierten Studie zur NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns.⁴⁰ Dieser wurde leicht verändert und an die rheinland-pfälzischen Bedingungen angepasst. Die Befragung wurde postalisch durchgeführt. Mithilfe sozialwissenschaftlicher Instrumente für postalische Erhebungen konnte eine hohe Rücklaufquote von 51,3 Prozent erzielt werden.⁴¹

Es sollten alle Ratsmitglieder der drei untersuchten Gebiete angeschrieben werden. Für die Untersuchungsgebiete Trier und Südwestpfalz konnten die Adressen der Parlamentarier_innen problemlos ermittelt werden.⁴² Für den Westerwaldkreis lagen zunächst nur die Adressen der Fraktionsvorsitzenden vor. Über diese sollten dann die Adressen der Ratsmitglieder der jeweiligen Fraktion beschafft werden. Allerdings gab es auf Seiten der Fraktionsvorsitzenden der CDU, FDP und FWG einige Bedenken gegenüber dieser Umfrage, so dass nur diese alleine persönlich an dem schriftlichen Teil der Befragung teilgenommen haben. Zu der weiter unten beschriebenen mündlichen Befragung standen uns aber jeweils ein Vertreter der CDU sowie der FWG trotz der geäußerten Bedenken zur Verfügung. Die Fraktionsführer der Grünen sowie der SPD teilten diese Bedenken nicht und stellten die Adressen ihrer Fraktionskollegen zur Verfügung. Für den Landkreis Westerwald konnten also über die Fraktionsvorsitzenden hinaus nur die Fraktionsmitglieder der SPD und der Grünen angeschrieben werden.

So wurden zunächst 117 Parlamentarier_innen aus den drei untersuchten Gebieten angeschrieben. Ihnen wurden jeweils ein Fragebogen, ein frankierter Rückumschlag sowie ein Schreiben mit der Bitte um Ausfüllen und Zurücksenden des Fragebogens zugesandt. Nach drei Wochen wurden im Rahmen einer Nachfassaktion diejenigen Parlamentarier_innen, die den Fragebogen noch nicht zurückgesandt hatten, mit einem kurzen Erinnerungsbrief um Zusendung des ausgefüllten Fragebogens gebeten. Daraus ergab sich folgender Rücklauf:

⁴⁰ Vgl. Beier u. a. 2006, S. 190 ff.

⁴¹ Vgl. Klein/Porst 2000.

⁴² Auf einen entsprechenden Nachweis verzichten wir hier im Sinne des Datenschutzes.

	Rücklauf			
	gesamt	Südwestfalz	Trier	Westerwald
angeschrieben	117	41	55	21
Antwort	60	18	30	12
Rücklaufquote (in Prozent)	51,28	43,90	54,55	57,14

Die auf diese Weise gewonnenen Daten wurden mithilfe der Statistik Software R ⁴³ ausgewertet.

1.3.2 Mündliche qualitative Befragung

Es wurden narrative, leitfadengesteuerte Experteninterviews mit ausgewählten Parlamentarier_innen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren durchgeführt. Es geht bei dieser Form des Interviews darum, den Befragten zu einer Erzählung und zu einem Bericht anzuregen, was ihm viel Raum zu einer eigenen Darstellung bietet. Der Inhalt des Berichtes wird bei dieser Variante durch eine Erzählaufforderung in eine bestimmte thematische Richtung gesteuert. Mithilfe eines Leitfadens wurde versucht, die Erzählung der Befragten auf das interessierende Expertenwissen über die NPD-Vertreter zu begrenzen. Innerhalb eines thematischen Blocks konnten die Befragten frei erzählen. Lediglich wenn es zu Abschweifungen kam, sollte anhand des Leitfadens versucht werden, das Gespräch wieder in eine interessierende Richtung zu lenken.⁴⁴ Die Interviews wurden digital aufgezeichnet. Die Aufnahmen wurden transkribiert und im Anschluss ausgewertet. Es ging nicht um die Art, wie gesprochen wurde, sondern um den Inhalt, also darum, was gesprochen wurde. Die Interviews wurden dem Inhalt nach transkribiert. Es wurden keine Stimmlagen oder Tonhöhen erfasst, sondern lediglich der Bericht verschriftlicht.

⁴³ R Core Team 2012: R: A language and environment for statistical computing. R Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria, ISBN 3-900051-07-0, URL <http://www.R-project.org/>.

⁴⁴ Zur Funktion eines Leitfadens vgl. Flick 2002, S. 140.

Die Aussagen wurden der besseren Lesbarkeit halber beim Transkribieren weitgehend ins Hochdeutsche übertragen und kleine sprachliche Fehler beseitigt. Neben den Inhalten der Gespräche wurden soziodemografische Daten der Befragten in einem Kurzfragebogen erhoben. Außerdem sollten die Interviewer unmittelbar nach dem Gespräch ihre Eindrücke in einem Interviewprotokoll festhalten.⁴⁵

Bei der Auswertung wurde auf die von Christiane Schmidt⁴⁶ sowie Christel Hopf⁴⁷ beschriebene Auswertungstechnik für Leitfadenterviews zurückgegriffen. Die Auswertungsstrategie lässt sich als ständiger Austauschprozess zwischen dem erhobenen Material und dem theoretischen Vorverständnis charakterisieren. Die Auswertung beginnt nicht erst, nachdem das gesamte Material erhoben ist, sondern schon während der Erhebung und der Interviewphase. Die Methode umfasst folgende vier Arbeitsschritte: das Entwickeln der Auswertungskategorien, das Kodieren des Materials, das Erstellen von Fallübersichten sowie die vertiefende Analyse von ausgewählten Problemstellungen.⁴⁸ Anhand der so erstellten Materialübersichten konnte ein Überblick zu den wichtigsten Themen der Interviews gewonnen werden. Ausgewählte Themen wurden in einem letzten Schritt anhand der entsprechenden Interviews dann genauer analysiert.

1.3.3 Auswertung der lokalen Presse

Die beiden Befragungsformen wurden durch eine systematische Analyse der Lokalpresse ergänzt. Die entsprechenden Publikationen wurden über einen Zeitraum von Juni 2009 bis Dezember 2013 nach ausgewählten Stichworten⁴⁹ durchsucht. Es wurde jeweils die wichtigste Lokalzeitung herangezogen. In der Südwestpfalz war dies die Rheinpfalz mit ihren entsprechenden Lokalausgaben, in Trier der Trierische Volksfreund und im Westerwald die Rhein Zeitung mit ihrer Lokalausgabe der Westerwälder Zeitung.

⁴⁵ Vgl. Flick 2002, S. 137 f.

⁴⁶ Vgl. Schmidt 1997.

⁴⁷ Vgl. Hopf 1995.

⁴⁸ Vgl. Kuckartz 2007, S. 84.

⁴⁹ Das waren: Name des NPD-Vertreters, Stadtrat, Kreistag, NPD und die Kombinationen dieser Begriffe.

Die jeweiligen Anzahl der Artikel zeigt, dass es in Trier das größte Medienangebot gab, gefolgt von der Südwestpfalz und mit weitem Abstand vom Westerwald. Auch hier zeigt sich die höhere Aktivität der NPD in Trier, die sich in der Anzahl der Presseartikel niederschlägt⁵⁰.

Trier: 94 Artikel (Trierischer Volksfreund)

SWP: 42 Artikel (Rheinpfalz)

WW: 18 Artikel (Westerwälder Zeitung)

⁵⁰ Siehe Kapitel 2.5.

1.4 Beschreibung der Untersuchungsgebiete

Im Folgenden soll anhand statistischer Zahlen eine kurze Strukturbeschreibung des Landkreises Südwestpfalz, der kreisfreien Stadt Trier und des Landkreises Westerwald gegeben werden.⁵¹ Es werden jeweils Zahlen zu Bevölkerungsentwicklung, Ausländeranteil, Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung angegeben.⁵² Diese Strukturdaten dienen einem allgemeinen Überblick über die Regionen und sollen Hintergrundwissen zur Interpretation der durchgeführten Gespräche mit den Kommunalpolitikern der beiden Kreistage bzw. des Stadtrates bereitstellen.

	Landkreis Südwestpfalz	Kreisfreie Stadt Trier	Landkreis Westerwald
Einwohner	97.180	106.544	198.852
Fläche in km ²	953,56	117,13	988,96
Bev.-dichte	102	910	201

Tabelle 1.4.1: Fläche, Einwohner, Bevölkerungsdichte

1.4.1 Landkreis Südwestpfalz

Der Landkreis Südwestpfalz liegt im Süden des Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Die kreisfreie Stadt Pirmasens liegt inmitten des Landkreises. Im Westen grenzt er an das Saarland sowie an die kreisfreie Stadt Zweibrücken, im Osten an die kreisfreie Stadt Landau und im Süden liegt die Grenze zu Frankreich.

Mit 97.180 Einwohnern ist der Landkreis das einwohnerärmste der hier untersuchten Gebiete. Der Landkreis hat eine Fläche von 953,56 km². Daraus ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 102 Einwohnern/km², die geringste der drei Regionen. Es handelt sich um ein ländliches Gebiet. Es fällt auf, dass fast zwei Drittel der gesamten Fläche des Landkreises als Waldfläche gekennzeichnet sind.

⁵¹ Zur Sitzverteilung in den kommunalen Parlamenten siehe Kap. 2.1.

⁵² Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz Regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen; jeweils die Ausgaben der Jahre 2009 – 2013. Stand: 31.12.2012.

Die Einwohnerzahl ist in den letzten Jahren leicht rückläufig. Diagramm 1.4.1 zeigt den Bevölkerungsstand jeweils zum 31.12. des angegebenen Jahres:

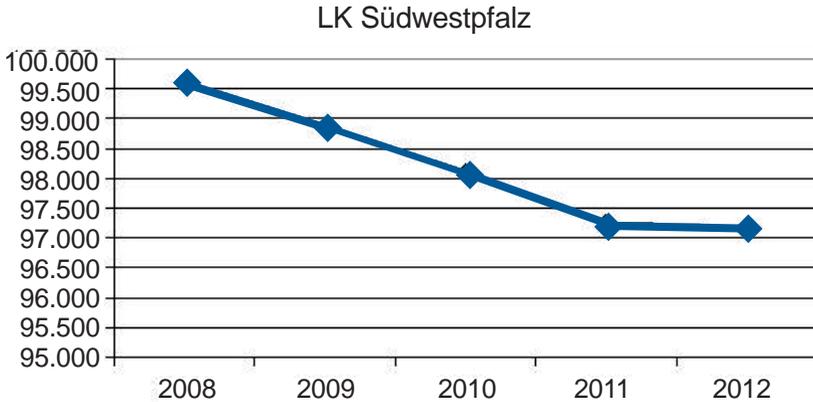


Diagramm 1.4.1: Bevölkerungsstand jeweils zum 31.12.

Auch die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen und lag im Jahresdurchschnitt 2012 mit 4,6 Prozentpunkten unter dem Durchschnitt für das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz (5,3 Prozent).

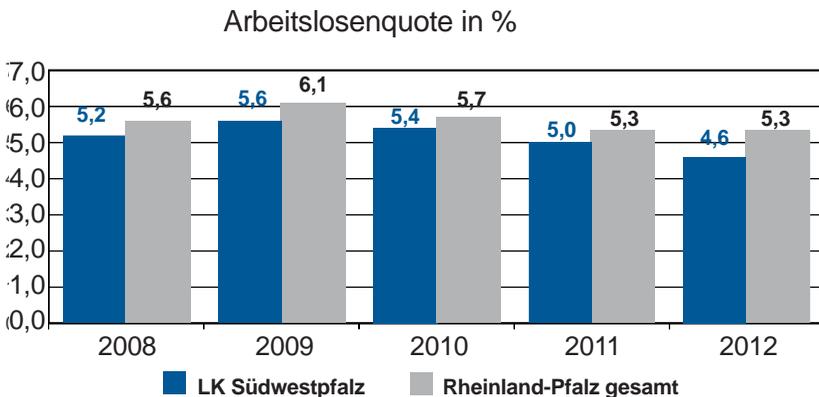


Diagramm 1.4.2: Arbeitslosenquote

Der Ausländeranteil liegt weit unter dem Landesdurchschnitt und ist der kleinste in den drei Gebieten (siehe Diagramm 1.4.3).

Ausländeranteil in %

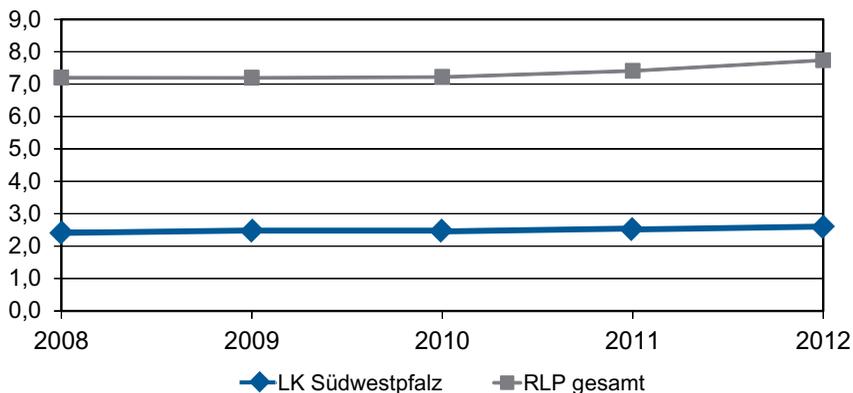


Diagramm 1.4.3: Ausländeranteil

Die Wahlbeteiligung⁵³ bei den letzten drei Kommunalwahlen ist zwar leicht rückläufig, aber immer noch die höchste der drei Regionen.

Wahlbeteiligung in %

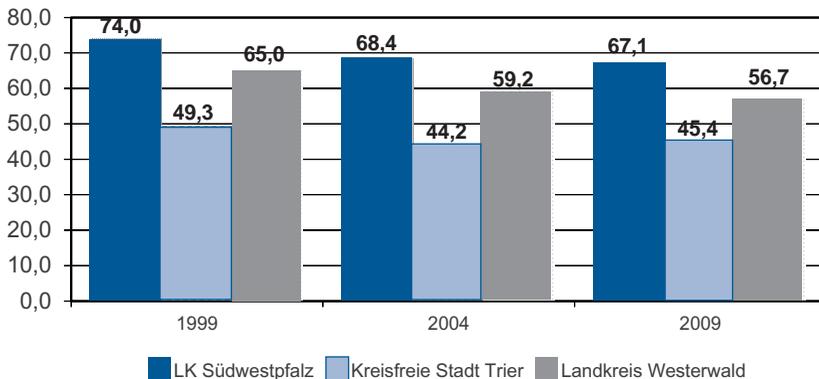


Diagramm 1.4.4: Wahlbeteiligung Kommunalwahlen

⁵⁰ Die Angaben beruhen auf dem Zahlenmaterial des Landeswahlleiters und eigenen Berechnungen. Vgl. Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz; URL: <http://wahlen.rlp.de/kw/wahlen/2009/index.html>; Abruf: 22.01.2014.

1.4.2 Kreisfreie Stadt Trier

Die Stadt Trier liegt im Westen von Rheinland-Pfalz an der Mosel, unweit der Grenze zu Luxemburg. Sie ist mit gegenwärtig 106.544 Einwohnern die viertgrößte Stadt des Bundeslandes. Ihre Fläche beträgt 117,13 km². Die Bevölkerungsdichte liegt somit bei 910 Einwohnern pro km², die höchste Einwohnerdichte der drei betrachteten Gebiete.

Die Bevölkerung stieg in den letzten Jahren leicht an.

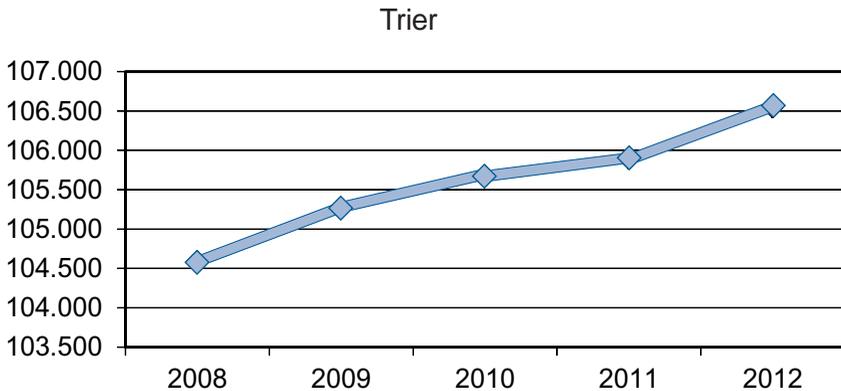


Diagramm 1.4.5: Bevölkerungsstand jeweils zum 31.12.

Die Arbeitslosenquote lag 2012 und auch in den Jahren davor über der Quote für Rheinland-Pfalz (Diagramm 1.4.6). Sie ist die höchste der drei Vergleichsgebiete.

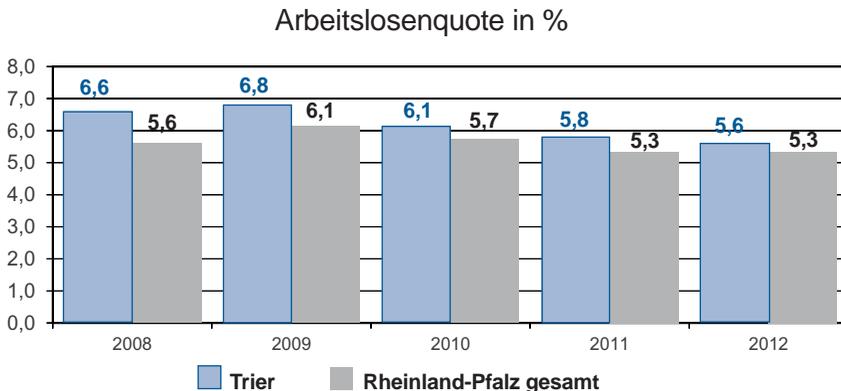


Diagramm 1.4.6: Arbeitslosenquote

Der Ausländeranteil in Trier liegt über dem Durchschnittswert für Rheinland-Pfalz. Innerhalb der drei Untersuchungsgebiete ist dies der Höchstwert.

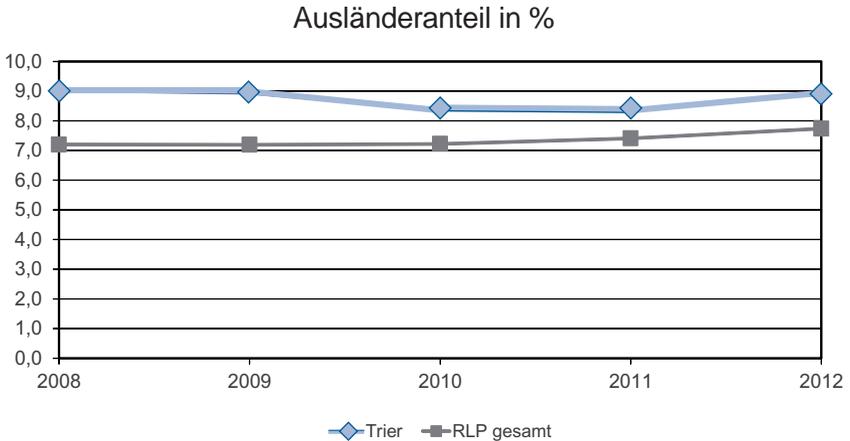


Diagramm 1.4.7 Ausländeranteil

Wie dem Diagramm zur Wahlbeteiligung zu entnehmen ist, handelt es sich bei der Stadt Trier um das Gebiet mit der geringsten Wahlbeteiligung (siehe Diagramm 1.4.4).

1.4.3 Landkreis Westerwald

Der Westerwaldkreis liegt im Norden von Rheinland-Pfalz. An seiner südlichen Grenze befindet sich die Stadt Koblenz. Mit einer Einwohnerzahl von 198.852 ist der Westerwaldkreis der größere der beiden untersuchten Landkreise. Diese Zahl an Einwohnern lebt auf einem Gebiet, das nur etwas größer ist als der Landkreis Südwestpfalz, nämlich 988,73 km². Somit ergibt sich eine fast doppelt so hohe Bevölkerungsdichte von 201 Einwohnern/km². Die Waldfläche ist hier mit knapp 43 Prozent deutlich kleiner als in der Südwestpfalz. Das Diagramm zur Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass die Einwohnerzahl sich von 2008 bis 2011 zurückentwickelt hat, um 2012 wieder anzusteigen.

LK Westerwald

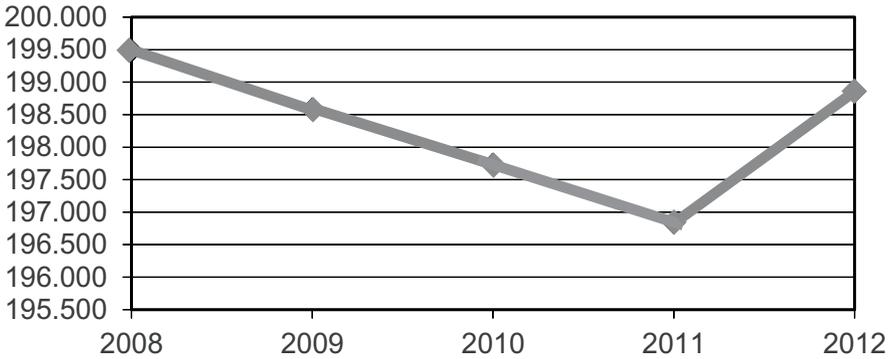


Diagramm 1.4.8: Bevölkerungsstand jeweils zum 31.12.

Die Arbeitslosenquote ist in den letzten Jahren unter dem landesweiten Durchschnitt geblieben und geringer als im Landkreis Südwestpfalz und der Stadt Trier.

Arbeitslosenquote in %

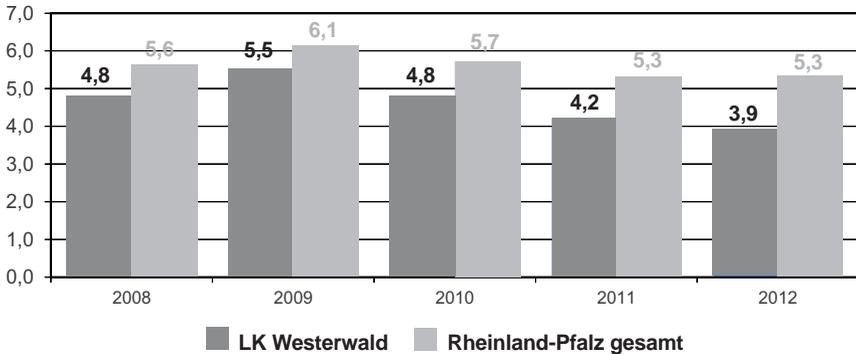


Diagramm 1.4.9: Arbeitslosenquote

Der Ausländeranteil liegt unter dem landesweiten Durchschnitt, ist aber etwas höher als in der Südwestpfalz.

Ausländeranteil in %

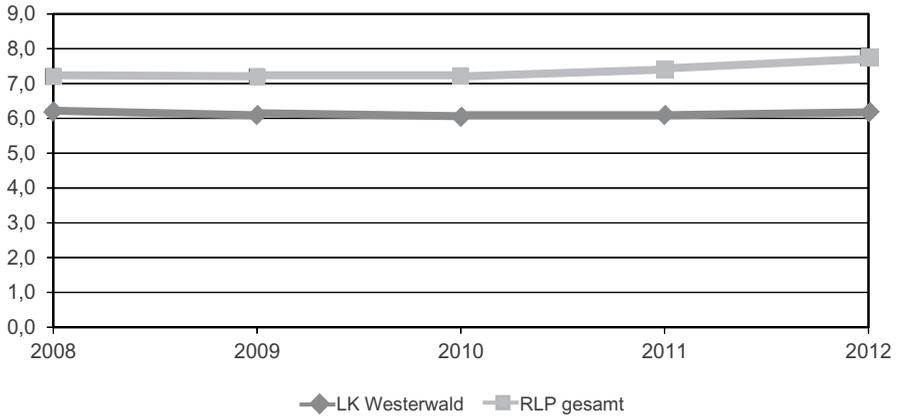


Diagramm 1.4.10: Ausländeranteil

Die Wahlbeteiligung bleibt hinter dem Landkreis Südwestpfalz zurück, ist aber deutlich höher als in der Stadt Trier (siehe Diagramm 1.4.4).

2 Analyse

2.1 Allgemeiner Überblick

2.1.1 Vorbemerkungen

Bei den Ergebnissen der mündlichen qualitativen Befragung ist zu betonen, dass es sich um Meinungen, Erinnerungen und Erfahrungen der Befragten handelt. Diese sind entsprechend subjektiv und gegebenenfalls fehlerbehaftet. Die Befragten sind zudem nicht nur Beobachtende oder Zeugen, sondern selbst handelnde Akteure. Daher implizieren ihre Aussagen immer auch Bewertungen der eigenen Handlungsweisen. Um dennoch ein möglichst zutreffendes Bild der Situation zu erhalten, wurden immer mehrere Kommunalparlamentarier_innen einer Region befragt. Entsprechend werden in dieser Studie dort, wo die Aussagen zu einem Sachverhalt divergieren, alle Versionen dargestellt. Einer größeren Bandbreite dienen auch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung. Zusätzlich zu den Parlamentarier_innen wurden Experten für die extreme Rechte aus den jeweiligen Regionen herangezogen, um einen Blick außerhalb der Parlamente vorzustellen.

Die Berichte der Interviewten werden im Weiteren kursiv ohne Anführungsstriche dargestellt. Um eine bessere Lesbarkeit zu erreichen, wurden die Aussagen gegebenenfalls sprachlich behutsam korrigiert, möglichst ohne die originale Diktion zu verletzen. Damit die Anonymität der Betroffenen gewahrt bleibt, wird am Ende eines Zitates nur die Region (Trier, WW für Westerwald und SWP für Südwestpfalz) angeführt. Ebenfalls im Sinne der Anonymität werden ausschließlich geschlechtsneutrale oder männliche Formen gewählt, auch wenn es sich um weibliche Antwortende handelt.

Weiterhin ist zu beachten, dass Christian Greeb, Mandatsträger im Landkreis Westerwald, im Dezember 2009 aus der NPD ausgetreten ist, sich allerdings immer noch als Nationalist beziehungsweise Nationaldemokrat bezeichnet.⁵⁴ Safet Babic, ehemaliges Ratsmitglied im Stadtrat Trier, wurde 2011 aus selbigem wegen eines Gewaltdeliktens ausgeschlossen.⁵⁵

⁵⁴ Die Aussage Greebs erfolgte nach seinem Austritt. Als Nationalist oder Nationaldemokrat bezeichnete er sich selbst nach Auskunft mehrerer in dieser Studie Befragter auch nach seinem Austritt aus der NPD.

⁵⁵ Vgl. Trierischer Volksfreund vom 17.06.2010 und vom 22.12.2010.

2.1.2 Allgemeine Ergebnisse der schriftlich-quantitativen Befragung

In diesem Teil der Analyse geht es um die Einschätzung aller Parlamentarier_innen des jeweiligen Gremiums. Dies ermöglicht einen etwas objektiveren Blick auf die Arbeit der NPD, als es die im Kapitel 2.2 dargestellten Ergebnisse der mündlichen, qualitativen Befragung erlauben.

Die hier erarbeiteten Ergebnisse werden im Kapitel 2.2 teilweise den Aussagen der Parlamentarier_innen gegenübergestellt.

In Kapitel 1.4 wurden wesentliche Strukturen der Landkreise sowie der Stadt beschrieben. Nach den Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 konstituierten sich die beiden Kreistage mit 42 Sitzen (Südwestpfalz ⁵⁶) und fünfzig Sitzen (Westerwald ⁵⁷). In der kreisfreien Stadt Trier umfasste das Gremium 56 Sitze.⁵⁸ Die Sitzverteilung der Gremien ist der folgenden Tabelle 2.1.1 zu entnehmen:

Sitzverteilung des Gremiums in ...

	Südwestpfalz	Trier	Westerwald
CDU	16	19	21
SPD	13	15	15
Grüne	3	10	3
FWG	5	5	5
FDP	4	4	4
Linke	0	2	1
NPD	1	1	1 ⁵⁹
Gesamt	42	56	50

Tabelle 2.1.1: Sitzverteilung

⁵⁶ Vgl. http://www.lksuedwestpfalz.de/kv_suedwestpfalz/Kreishandbuch/000.pdf; Abruf: 25.01.2014.

⁵⁷ Das Datenmaterial beruht auf einer schriftlichen Auskunft des Landrates des Westeraldkreises vom 19.11.2013.

⁵⁸ Vgl. <http://www.trier.de/Rathaus-Buerger-in/Stadtrat/Fraktionen/>; Abruf: 25.01.2014.

⁵⁹ Der Betreffende ist nach seinem Austritt aus der NPD inzwischen ein parteiloses Mitglied.

Die hier vorgestellten Ergebnisse der schriftlichen Befragung spiegeln die Meinung der Parlamentarier_innen dieser drei Gremien wider und sind somit eine wichtige Ergänzung zu den mündlichen Einzelgesprächen. Der postalisch versandte Fragebogen umfasste mehrere Themenkomplexe. In einem ersten Abschnitt ging es um mögliche Anträge der NPD. Dazu haben zwei Befragte (SWP und Trier) auf dem Fragebogen richtigerweise vermerkt, dass die NPD nur Änderungs- und Ergänzungsanträge stellen konnte. Dies ergibt sich aus der Landkreisordnung. Laut der Verwaltungsvorschrift zu § 23 können Einzelmitglieder des Kreistages nur Anträge zu Themen stellen, die sich bereits auf der Tagesordnung befinden.⁶⁰

Im Westerwaldkreis waren alle Parlamentarier_innen der Meinung, dass es keinen Antrag des NPD-Mandatsträgers gab. Die Mehrheit der Befragten (59 Prozent) in der Südwestpfalz gab an, dass es eine geringe Anzahl (einen bis zehn) Anträge des NPD-Vertreters gab, während der Rest (41 Prozent) keinen einzigen Antrag des NPD-Vertreters wahrgenommen hatte. In Trier wurde die Anzahl der Anträge eher als hoch eingeschätzt (63 Prozent berichteten von elf und mehr Anträgen).

Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass die Parlamentarier_innen in Trier es mit einem eher aktiven NPD-Mandatsträger zu tun hatten, während es sich in den beiden anderen Gebieten um weniger arbeitsame Vertreter handelte.

⁶⁰ Vgl. Verwaltungsvorschrift zum § 23 der Landkreisordnung: <http://www.kommunalbrevier.de/kb.epl?dn=ou%3D%C2%A7%2023%20Rechte%20und%20Pflichten%20der%20Kreistagsmitglieder%20Cou%3DLandkreisordnung%20%28LKO%29%20Cou%3DGesetzestexte%20Cou%3DKommunalbrevier%2Cdc%3Dkomb%2Cdc%3Dgstbrp>; Abruf am 04.02.2014.

Anzahl der Anträge

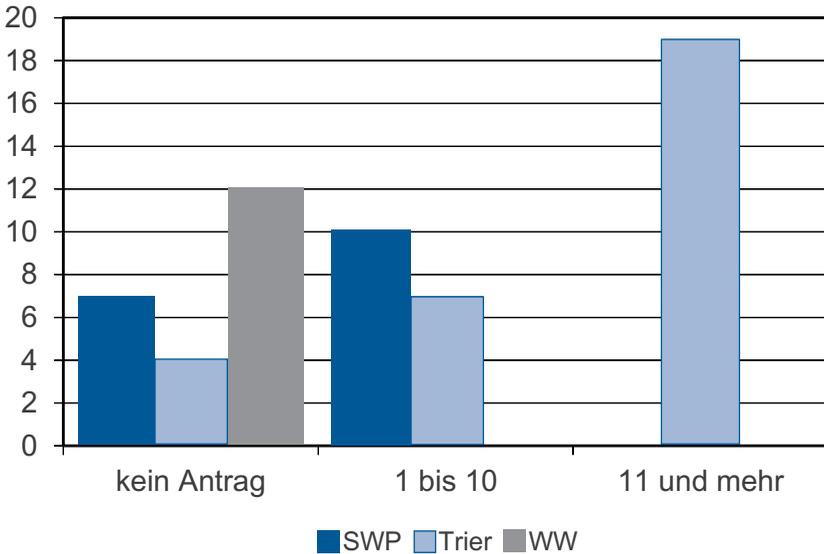


Diagramm 2.1.1: Anzahl der Anträge

Im weiteren Verlauf wurden Fragen zu den NPD-Anträgen selbst gestellt. Diese Fragen wurden nur denjenigen gestellt, die bei der ersten Frage angegeben hatten, dass es NPD-Anträge gab. Folglich gab es zu diesen Fragen nur Antworten aus der Südwestpfalz und Trier. Zunächst wurde nach den formalen Bedingungen der Anträge gefragt, und zwar, ob die NPD-Anträge form- und fristgerecht gewesen seien. Ein großer Teil der Befragten sah die Anträge als fristgerecht an (Trier: 78 Prozent; Südwestpfalz: 80 Prozent). Bei der Frage nach der Formgerechtigkeit⁶¹ der Anträge war das Meinungsbild etwas differenzierter: In Trier beschrieben über die Hälfte der Befragten (56 Prozent) dieses Kriterium als nur teilweise erfüllt (ja: 41 Prozent, nein: 4 Prozent), in der Südwestpfalz war mit 55 Prozent ein ähnlich großer Anteil allerdings der Meinung, dass dieses Kriterium erfüllt sei (nein: 27 Prozent, teilweise: 18 Prozent).

⁶¹ Auf die Frage, ob die Anträge formgerecht gewesen seien, gab es drei Antwortkategorien: ja, nein und teilweise.

Häufigkeit der Redebeiträge

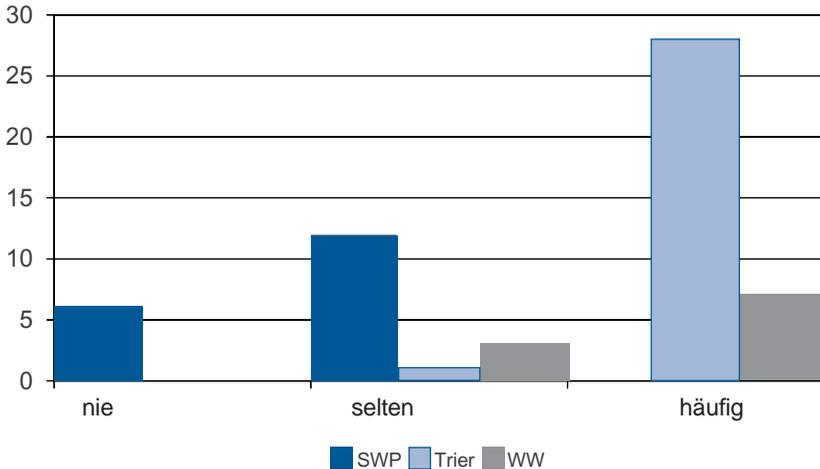


Diagram 2.1.2: Häufigkeit der Redebeiträge

In Trier gab knapp die Hälfte der Befragten (48 Prozent) an, die Anträge seien inhaltlich verständlich gewesen, in der Südwestpfalz war nur etwas über ein Viertel (27 Prozent) der Befragten dieser Ansicht.

In der Südwestpfalz sahen knapp zwei Drittel (64 Prozent) einen kommunalpolitischen Bezug der Anträge, in Trier sahen dies nur knapp über die Hälfte (52 Prozent) so. Auf die Frage „Steht das Kommunalparlament den Anträgen der NPD eher ablehnend oder zustimmend gegenüber?“ wurde einhellig mit einer ablehnenden Haltung geantwortet.

Ein zweiter Komplex des Fragebogens setzte sich mit den Redebeiträgen der NPD auseinander. Zunächst wurden die Befragten nach der Häufigkeit der Redebeiträge gefragt. Es ergibt sich ein deutliches Bild: In der Südwestpfalz sprachen zwei Drittel von sehr seltenen Redebeiträgen. Das restliche Drittel konnte sich an überhaupt keine Redebeiträge erinnern. Im Westerwald haben über zwei Drittel (70 Prozent) die Kategorien „häufig“ und „sehr häufig“ gewählt. Die restlichen 30 Prozent der Befragten entschieden sich für „eher selten“ bis „sehr selten“. In Trier hingegen sprachen fast alle (97 Prozent) von „häufig“ bis „sehr häufig“ vorkommenden

Redebeiträgen des NPD-Vertreters. Auch dies deutet auf eine hohe Aktivität des NPD-Vertreters in Trier hin.

Auf die Frage, ob die Redebeiträge inhaltlich verständlich waren, wurde in allen drei Teilgebieten am häufigsten geantwortet, dies sei teilweise der Fall. Während in Trier die Tendenz zur Bejahung dominierte (34 Prozent), wurde in der Südwestpfalz eher von Unverständlichkeit gesprochen (25 Prozent). Im Westerwald haben sich gleich viele Befragte für „ja“ und für „nein“ entschieden (jeweils 20 Prozent).

Welche Wirkung die Redebeiträge auf sie hatten, konnten die Mandatsträger bei der entsprechenden Frage mit Mehrfachnennung beantworten. Das heißt, sie mussten sich an dieser Stelle nicht für eine Kategorie entscheiden, sondern konnten mehrere der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auswählen.⁶² In der Südwestpfalz war die am häufigsten angegebene Kategorie „hatten keine Wirkung auf mich“. In Trier entschieden sich die Befragten am häufigsten für „haben mich verärgert“ und in der Südwestpfalz zu gleichen Teilen für „haben mich verärgert“ und „hatten keine Wirkung auf mich“. Die häufigen Redebeiträge von Babic in Trier führten offenbar auch zur Verärgerung der Mandatsträger.

In einer weiteren Frage mit der Möglichkeit zur Mehrfachnennung konnten die Befragten die Redebeiträge des NPD-Vertreters einschätzen. Die beiden häufigsten Nennungen in der Südwestpfalz und in Trier waren „polemisch“ und „provozierend“. Im Westerwald war von „inhaltslos“ und „provozierend“ die Rede.⁶³

Mehrere Fragen bezogen sich auf die politische Rolle des NPD-Mandatsträgers im Parlament. Hier wurde auch danach gefragt, wie oft der NPD-Vertreter bei den Sitzungen anwesend war. Dabei fällt auf, dass alle Befragten in Trier und fast alle im Westerwald (82 Prozent) diese Frage mit meistens bis immer beantworten. Nur in der Südwestpfalz sprach eine Mehrheit (61 Prozent) von einer seltenen Anwesenheit.

⁶² Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten lauteten: „haben mich verärgert“, „haben mich gefreut“, „haben mich nachdenklich gemacht“, „haben bei mir zur politischen Meinungsbildung beigetragen“, „hatten keine Wirkung auf mich“.

⁶³ Hier lauteten die Antwortmöglichkeiten: „polemisch“, „problemorientiert“, „provozierend“, „konstruktiv“, „kritisch“, „konfus“, „inhaltslos“, „sachlich“.

Anwesenheit im Parlament



Diagramm 2.1.3: Anwesenheit im Parlament

In dem letzten Teil des Fragebogens wurde nach der Öffentlichkeitsarbeit der NPD gefragt, und zwar zunächst, ob diese überhaupt vorhanden sei. Im Westerwald wurde das von allen Befragten verneint. In der Südwestfalz sprach eine Mehrheit von 61 Prozent ebenfalls von Nichtvorhandensein und in Trier bejahten über drei Viertel (78 Prozent) der Antwortenden diese Frage.

Betreibt die NPD Öffentlichkeitsarbeit?

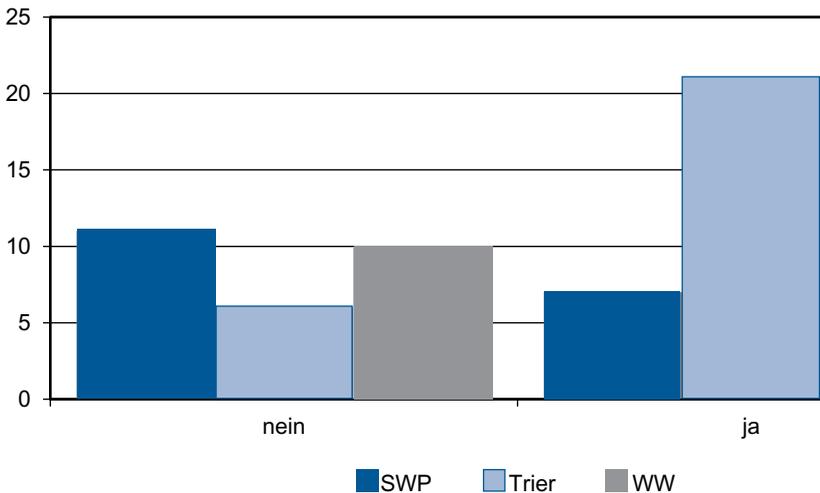


Diagramm 2.1.4: Betreibt die NPD Öffentlichkeitsarbeit?

Des Weiteren wurde um eine Einschätzung des Erfolges dieser Öffentlichkeitsarbeit gebeten. Diese Frage sollten nur diejenigen beantworten, die vorher bestätigt hatten, dass es eine NPD-Öffentlichkeitsarbeit vor Ort gab. Dennoch wurde diese Frage auch von einigen beantwortet, die angegeben hatten, dass es keine Öffentlichkeitsarbeit der NPD gäbe. Dies war in Trier und im Westerwald der Fall. Wegen der geringen Fallzahl werden die Westerwälder hier aus der Betrachtung ausgeschlossen. In einem Vergleich zwischen der Südwestpfalz und Trier fällt auf, dass in Trier fast ein Fünftel (18 Prozent) der Befragten von einem mittleren bis großen Erfolg der NPD-Öffentlichkeitsarbeit sprachen. Alle anderen sowie alle Befragten in der Südwestpfalz schrieben der Öffentlichkeitsarbeit der NPD nur einen kleinen bis sehr kleinen Erfolg zu.

2.1.3 Allgemeine Eckdaten der mündlich-qualitativen Befragung

Für die mündliche Befragung wurden insgesamt 15 Interviews durchgeführt. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug vierzig Minuten. Die Interviewten waren elf Parlamentarier_innen, jeweils ein zivilgesellschaftlicher Experte pro Region und ein Verwaltungsvertreter aus Trier.⁶⁴ In der Südwestpfalz konnten insgesamt vier Interviews realisiert werden, in Trier sechs und im Westerwald fünf. Das Durchschnittsalter der Befragten betrug 46 Jahre. Befragt wurden sechs Frauen und neun Männer.

Interview Nr.	Region	Partei	Geschlecht	Dauer in Minuten
2	SWP	Experte	m	25
6	SWP	FWG	m	50
7	SWP	Grüne	w	50
14	SWP	CDU	w	41
3	Trier	Experte	m	57
4	Trier	SPD	m	43
5	Trier	FWG	w	28
9	Trier	PDL	w	60
10	Trier	Grüne	w	60
15	Trier	SPD / Verwaltung	m	42
1	WW	Grüne	m	25
8	WW	Experte	m	25
11	WW	SPD	w	35
12	WW	CDU	m	36
13	WW	FWG	m	25

Tabelle 2.1.2: Statistischer Überblick zu den Interviewten

⁶⁴ Der Landrat des Westerwaldkreises verweigerte ein Interview, der Landrat der Südwestpfalz stand uns aus terminlichen Gründen nicht zur Verfügung.

2.2 Auftreten der NPD-Mandatsträger im Parlament

Kurzzusammenfassung:

- Der Aktivitätsgrad unterscheidet sich bei den NPD-Mandatsträgern.
- In zwei Regionen kommt es zu Einschüchterungsversuchen durch NPD-Anhänger als Besucher im Parlament.
- Teilweise gibt es Provokationen im Parlament.
- Es gibt keine fundamentalen Regelverstöße im jeweiligen Kommunalparlament.
- Die kommunale parlamentarische Arbeit der NPD-Vertreter ist wenig sachorientiert.
- Die Kreistage und Stadträte sollen für die NPD als Bühne zur politischen Selbstinszenierung dienen.
- Einzelne NPD-Vertreter sind im politischen Handeln versiert.

Im Folgenden sollen die Erfahrungen der Interviewten mit dem Auftreten des jeweiligen NPD-Vertreters wiedergegeben werden. Hierbei geht es zum einen um die Art und Weise, wie der NPD-Vertreter auftrat, und zum anderen, welche Themen er bei Anträgen und Redebeiträgen angesprochen hat. Zu beachten ist dabei, dass alle drei NPD-Vertreter als Einzelne keinen Fraktionsstatus besaßen, das heißt, sie konnten keine eigenen Anträge einbringen, wohl aber Anfragen und Änderungsanträge stellen sowie Redebeiträge halten.

Es ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen dem NPD-Vertreter in Trier und den anderen beiden aus dem Westerwald und der Südwestpfalz. Der Diskussionsstil der NPD-Vertreter in der Südwestpfalz und im Westerwald wird übereinstimmend als insgesamt neutral und wenig auffällig beschrieben. Letztere blieben nach anfänglichen aggressiven Auftritten in der Folge eher unauffällig bis hin zum Nichterscheinen bei Ratssitzungen.

Das ist völlig unauffällig. Der hat bei seiner Antrittsrede noch im Stile derjenigen, die ihn verbildet, ausgebildet haben, agiert und nachdem der überwiegende Teil des Kreistages einfach rausgegangen ist und auch in den Medien dann entsprechend darüber berichtet wurde, war das Thema für den im Prinzip erledigt. [...] Die Aggressivität der ersten Tage ist völlig weg. Man kann zwar noch raushören, dass er in die Richtung tendiert, aber ansonsten spielt er keine Rolle. (WW)

Er hat sich nur ein- oder zweimal zu Wort gemeldet, was seine Anfragen angeht. Aber er hat an keiner Diskussion teilgenommen und hat auch keine Zwischenfragen oder so etwas gestellt. (SWP)

Das Verhalten von Babic in Trier hingegen wird als durchgehend provokant und theatral beschrieben.

Also, sein Auftreten war sehr stark theatralisch geprägt, also, es kam auf Effekte an, weniger auf Inhalte, es war provokativ angelegt, Ausnutzung der Geschäftsordnung, unterschiedlichen Ausformungen, schlicht um den Betrieb aufzuhalten und sich in Szene zu setzen, aber auch von langen Phasen von Stadtratssitzungen, in denen er sich überhaupt nicht geäußert hat. (Trier)

Diese Einschätzungen werden von den Antworten auf den Fragebogen gestützt: So hatten beispielsweise die Redebeiträge nach der Wahrnehmung von 75 Prozent der Befragten in der Südwestpfalz keine Wirkung auf sie, im Westerwald verspürten 60 Prozent keine Wirkung, während in Trier nur 14 Prozent der Befragten keine Wirkung empfanden.

In Trier und im Westerwald verwenden die NPD-Mandatsträger ein typisches strategisches Element⁶⁵, nämlich die Anwesenheit von NPD-Gesinnungsfreunden als Entourage im Publikum während öffentlicher Sitzungen, zumindest zu Beginn der Legislaturperiode. Dieses Gefolge wird von einigen Interviewten als unangenehm bis einschüchternd beschrieben. Die Anwesenheit wirkt nicht nur als Unterstützung für den NPD-Vertreter, darüber hinaus dient sie als Machtdemonstration nach außen hin.

Also, ganz am Anfang hat er ein paar mitgebracht, die dann eben auch hinten saßen, aber nachher war das auch nicht mehr der Fall. (WW)

Gerade am Anfang ist er nie alleine gekommen und [...] dann [war] noch der Fall, dass hinter ihm, also im Sitzungssaal hinter ihm sich die Leute dann versammelt haben, wie so eine Gruppenbildung dann. [...] Er wollte natürlich massiver auftreten in dem Fall und auch so ein bisschen

⁶⁵ Vgl. beispielsweise Begrich/Weber 2009, S. 9.

abschreckend wirken. Und da gab es auch eine Thematik mit Foto- und Videoaufnahmen, die dann von seinen Mitstreitern getätigt wurden. Das war so eine Sache, wo er auch so provoziert hat und dann auch aus dem Rahmen fiel. (Trier)

Die alltägliche parlamentarische Arbeit der NPD-Vertreter kann durch zwei grundlegende Muster beschrieben werden: Entweder enthalten sie sich bei Abstimmungen oder stimmen grundsätzlich gegen Anträge anderer.

Er hat sich aus meiner Erinnerung heraus sicherlich bei vielen Abstimmungen enthalten. Das war ein Verhalten, was aufgefallen ist. Wenn es um Themen ging, wo, ich sage mal, ein einstimmiger Beschluss des Kreistages gefallen ist, hat er sich enthalten oder bei völlig, ja, unverdächtigen, sage ich mal, Abstimmungen, als Beispiel fällt mir da die Satzungsänderung der Kreismusikschule ein. Da haben wir einfach eine turnusmäßige Satzungsänderung wegen einer Anpassung der Honorare durchgeführt, sonst überhaupt nichts. Er war der Einzige, der dagegen gestimmt hat. Und das war für uns ein ganz deutliches Zeichen einfach, er weiß überhaupt nichts wahrscheinlich mit dieser Sache anzufangen, und es ist einfach so die Ich-bin-dagegen-Mentalität. (SWP)

In Trier wird zusätzlich von Verzögerungs- und Verschleppungstaktiken hinsichtlich der Mittel des NPD-Vertreters gesprochen.

Hauptsächlich Anfragen. Also er kam eigentlich nie zu irgendwelchen Ausschusssitzungen, obwohl er das Recht gehabt hätte, ja anwesend zu sein und zu hören. Er kam allerdings nie. Er kam immer nur zu Stadtratssitzungen und hat Anfragen oder Anträge gestellt. Auch da, muss man sagen, zu Vorlagen der Verwaltung, da hat er eigentlich auch nur in Ausnahmefällen mal Anträge gestellt. Er hat hauptsächlich die Anträge der anderen Fraktion dann genutzt, um sich zu profilieren und dazu zu positionieren, aber sonst hat er selber Anfragen oder Anträge gestellt, die dann halt versuchten das Ganze zu verzögern und natürlich auch zu provozieren. (Trier)

Ausnutzung der Geschäftsordnung in unterschiedlichen Ausformungen, schlicht um den Betrieb aufzuhalten und sich in Szene zu setzen. (Trier)

Weiterhin wird von den meisten Interviewten den NPD-Vertretern Sachkompetenz grundsätzlich abgesprochen.

Also, da waren keine großen regionalen Kenntnisse da. Da war auch kein Interesse irgendwie groß auszumachen an einzelnen Sachthemen, was jetzt die klassischen Themen angeht wie Infrastruktur, Straßenbau, DSL und so weiter, also Themen, die jedem Gemeinderatsmitglied vor Ort unter den Nägeln brennen und somit auch den Kreistagsmitgliedern. Die zum Glück wenigen Themen, die durch ihn reingebracht worden sind, waren wirklich Themen, ja, die nur vordergründig versucht worden sind mit dem Landkreis in Verbindung zu bringen. [...] Gerade bei den Spielplätzen, das ist ja ein Thema, wo jeder, der in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, wie so eine Finanzierung, so eine Unterhaltung von einem örtlichen Spielplatz läuft. Das ist nicht Sache des Kreistages und in jedem Kreistagshaushalt ist auch zu erkennen, welche Zuschüsse die Ortsgemeinden für welche Zwecke bekommen. Da zeigt sich halt ganz deutlich, dass er da keine Ahnung hatte. (SWP)

Also, ich habe jetzt nicht festgestellt, dass er sich intensiv in kommunalpolitische Fragen eingearbeitet hätte und da auch, also mit den Themen intensiv beschäftigt hätte, die wir diskutieren, ja. (WW)

Auch hier unterscheidet sich Babics Auftreten von dem der anderen beiden NPD-Vertreter. Ihm wird von einigen Interviewten eine gewisse kommunalpolitische Kompetenz attestiert.

Er hat [das Parlament] bewusst als Bühne genutzt, aber dem Herrn Babic kann man natürlich nicht die Kompetenz abstreiten. Er ist Langzeitstudent in Jura und er kennt natürlich die kommunalpolitischen Regeln und hatte auch immer das Kommunalbrevier, also die Gemeindeordnung zur Hand gehabt, wenn es um Streitigkeiten ging. (Trier)

Darüber hinaus hat Babic sich nicht bei allen Anträgen enthalten oder dagegen gestimmt. Bei Themen, die soziale Belange betreffen und von denen er sich populistische Erfolge in der Öffentlichkeit versprach, hat er versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Aber es gab auch einmal das Thema, da erinnere ich jetzt gerade so dran, zum kostenlosen ÖPNV hat er sich dann noch einmal ausgelassen, das wäre das Einzige, was ich mir kommunalpolitisch bei ihm vorstellen könnte. (Trier)

Ja, das hat er schon gezielt gemacht. Also er hat, der Rat, also es gab am Anfang eine Mehrheit aus SPD, FPD und Grünen gegenüber der CDU und freien Wählern und Linken. Und da ist eine Stimme Unterschied gewesen, d. h. in der Zeit war er immer das Zünglein an der Waage, wenn er das geschickt gemacht hat. Und da hat er schon mitgespielt. Er hat schon darauf geachtet, ob jemand fehlt und ob das jetzt irgendwie ausschlagend sein könnte, dass seine Stimme wirklich auch zum Ärgernis vielleicht einer Mehrheit oder Minderheit führen kann. Also da hat er durchaus manchmal auch mit uns, aber auch manchmal gegen uns gestimmt. Aber grundsätzlich bei den meisten Dingen, wenn er dann gesehen hat, dass es keine Ausschlagswirkung hat, seine Stimme, hat er einfach aus Protest dagegen gestimmt, aber oft auch enthalten. Also das fiel auch auf. Das war mir auch sehr offensichtlich, auch nicht ganz eingängig, warum er sich bei sehr viel Dingen auch enthalten hat. (Trier)

Gerade bei knappen Mehrheiten ist die Gefahr besonders groß, dass NPD-Vertreter Abstimmungen öffentlichkeitswirksam instrumentalisieren.

Grundsätzlich wird das Auftreten der extremen Rechten als ideologisch charakterisiert und beschrieben, dass das jeweilige Parlament als Bühne zur Selbstinszenierung genutzt wird. Ihre konkrete Tätigkeit im Parlament wirkt destruktiv und lässt sich nicht auf die Sachproblematik eines spezifischen Themas ein.

Er spricht zu den meisten Punkten, aber ich sehe die Stellungnahmen dergestalt, dass sie oftmals nicht einen Zusammenhang wiederfinden zu dem Thema, um das es eigentlich geht. (WW)

Aber dass [das] mit Inhalt gefüllt war, das können Sie vergessen. (SWP)

Also, es ging eigentlich immer sehr um allgemeingesellschaftliche Dinge. Also, es ist selten auf ein konkretes Kommunalproblem gerichtet gewesen.

Es ging halt immer um die große Gesamtgesellschaft, die, ich sage es jetzt mal in seiner Sprache, rein sein sollte und in dem Fall dann auch darauf geachtet werden sollte, auch in der Kommune, dass man eben die Asylanten, wie dann immer gesagt wird, dann auch wirklich abschiebt und solche Dinge. Darüber ging es halt sehr häufig. (Trier)

Das spiegelt sich wiederum in den von den Interviewten erwähnten Themen wider. Wenn eigene Themen in Form von Anfragen oder Änderungsanträgen von den NPD-Vertretern eingebracht werden, sind diese deutschümelnd und national-pathetisch.

Also, es waren Anfragen, da ging es einmal, ich erinnere mich an Prostitution, wie das im Landkreis irgendwie gehandhabt wird. Dann Anfragen zum beruflichen Einstieg oder Wiedereinstieg von Migranten und zu der Situation der Kindergärten und ob wir hier, ja was wir hier alles vorhalten und wie viele Kinder wir von amerikanischen Besatzern, so war der Wortlaut, durchfüttern würden. Ich sage es jetzt mal in meiner Sprache, dieses Durchfüttern. Und das andere war noch das Thema Kinderspielplätze, wie die aufgestellt sind, durch wen die finanziert werden und so weiter. Also es war nicht immer ganz klar auf den ersten Blick ersichtlich, um was es da jetzt genau geht. (SWP)

Herauszustellen ist jedoch im Ganzen, dass alle NPD-Vertreter sich grundsätzlich regelkonform verhalten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen werden keine Regelverstöße gegen die parlamentarischen Spielregeln erwähnt.

Es hat keine Zurechtweisung des Landrates gegeben oder des jeweiligen Sitzungsvorstandes, wenn ein Beigeordneter die Sitzung geführt hat, das hat es nicht gegeben. Er ist, wie gesagt, relativ unauffällig. (WW)

Er hat sich zu großen Teilen daran [an die Spielregeln] gehalten. Hat natürlich versucht, immer wieder irgendetwas noch herauszufordern oder auch zu provozieren. Aber im großen Ganzen hat er sich an die Spielregeln gehalten. (Trier)

Also, er war ausgesprochen unauffällig eigentlich bis auf die paar Anfragen, die wurden ihm dann gleich beantwortet. Er hat natürlich, wie gesagt,

versucht, schon eine gewisse Tendenz reinzubekommen. Aber ansonsten war er eigentlich unauffällig, also er hat nicht groß provoziert etc. (SWP)

Fasst man die Erfahrungen der Ratsmitglieder zusammen, ergeben sich drei grundlegende Erkenntnisse. Erstens müssen sich Ratsmitglieder auf Provokationen und Einschüchterungsversuche einstellen, unter anderem in Form des Auftretens von NPD-Sympathisanten im Publikum. Aber es gibt keine fundamentalen Regelverstöße. Die extremen Rechten geben sich im Wesentlichen wenig Blößen und Angriffspunkte. Man kann sich also nicht darauf verlassen, dass sie früher oder später einen groben Regelverstoß begehen,⁶⁶ der dann durch entsprechende parlamentarische Sanktionen geahndet werden könnte. Formale Mittel gegen die NPD-Vertreter werden eher selten anwendbar sein.

Die kommunale parlamentarische Arbeit der NPD-Mandatsträger ist drittens wenig sachorientiert beziehungsweise durch kommunalpolitische Kompetenz gekennzeichnet. Es geht nicht um die kommunalen Belange von Bürgern, vielmehr dienen die Kreistage und Stadträte als Bühne zur politischen Selbstinszenierung.

Das darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass viertens einzelne NPD-Vertreter durchaus gute Kenntnisse in Hinblick auf politische Prozesse und regionale Sachthemen besitzen. Man wird also nicht zwangsläufig auf unfähige Personen stoßen, die nicht in der Lage wären, sich adäquat zu artikulieren oder in einem politischen Gremium zu agieren.

⁶⁶ Ein Gegenbeispiel ist Babics Gewaltdelikt, das schließlich zu seinem Ausschluss aus dem Trierer Stadtrat führte. Vgl. Trierischer Volksfreund vom 17.06.2010 und vom 22.12.2010. Den Fehler wird er eher nicht wiederholen. Zu vermuten ist, dass es einen besonderen Druck beim umstrittenen Babic gab, sich in der Szene handfest zu beweisen. Umstritten ist er wegen seiner nichtdeutschen Herkunft und seiner Zugehörigkeit zum kulturalistischen und modernistischen Flügel, der sich beim traditionellen Flügel in Bezug auf (angeblich) mangelnde Kampfbereitschaft immer rechtfertigen muss. Vgl. Trierischer Volksfreund vom 23.07.2013.

2.3 Strategien und Umgang mit der NPD-Präsenz im Parlament

Kurzzusammenfassung:

- Fast alle demokratischen Mandatsträger wählen eine Strategie des Ignorierens.
- Es kommt hauptsächlich in Trier zu interfraktionellen Absprachen.
- In Trier werden zusätzlich die parlamentarischen Spielregeln geändert.
- Nahezu alle Fraktionen bewerteten ihren Umgang mit dem NPD-Vertreter als gelungen.
- Über die wenigen Absprachen hinaus gelangt man nicht zu einer besseren interfraktionellen Kooperation.

In diesem Abschnitt geht es um den Umgang der einzelnen Parteien mit dem NPD-Vertreter und die Auswirkungen, die die Anwesenheit eines Vertreters der extremen Rechten auf das Gremium und seine Arbeit hatte.

Wie wurde von den einzelnen Mandatsträgern beziehungsweise deren Fraktionen mit dem Vertreter der NPD in den Parlamenten umgegangen? Hat man sich vor der ersten Parlamentsitzung auf eine Verhaltensweise geeinigt, innerhalb der eigenen Fraktion, aber auch mit den anderen Fraktionen? Wie verhielt man sich bei Anträgen und Anfragen? Wie wurde dieser Umgang bewertet? Wurden die parlamentarischen Spielregeln geändert? Wie wurde die Präsenz eines NPD-Abgeordneten schließlich von den Mandatsträgern eingeschätzt?

Als häufigste Strategie der einzelnen Fraktionen zum Umgang mit dem NPD-Vertreter wird Ignorieren genannt.

Ich würde sagen zum großen Teil ignorieren. [...] Aber da hat man sich im Rat insgesamt so darauf verständigt, dass man da ihm lieber weniger als mehr Zeit einräumt. Wenn man auf ihn etwas erwidert hätte, dann wäre auch die Wahrscheinlichkeit größer gewesen, dass er noch einmal redet und dass es spannender wird für diejenigen, die wegen ihm in die Ratssitzung kommen. (Trier)

Ein auffälliger Unterschied betrifft die Frage, ob diese Umgangsweise ohne Absprache zustande kam oder ob man sich vorher innerhalb der eigenen Fraktion darüber ausgetauscht und dies abgesprochen hat. Fast alle Beteiligten aus dem Westerwaldkreis können sich an keine Absprache zum Umgang mit dem NPD-Vertreter erinnern.

Ein Befragter aus dem Westerwald beschreibt, dass zum Umgang mit dem NPD-Mandatsträger keine Strategie entwickelt wurde und auch keine Absprachen stattfanden.

Wir haben im Prinzip keine Strategie entwickelt. Wir haben ja auch erklären und auch erkennen müssen, er ist ein gewähltes Mitglied und mit dem wollen wir nichts zu tun haben. Es finden keine Absprachen statt. (WW)

Lediglich eine befragte Person schließt eine Absprache innerhalb ihrer Fraktion nicht aus, auf die sich Kollegen berufen, kann sich aber selbst nicht an eine solche erinnern.

Äh, also ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir wirklich eine Absprache getroffen hätten, auch wenn von anderen gesagt wird, okay, wir hatten noch die Absprache, das mehr oder weniger totschweigen und dass wir das nicht irgendwie groß zum Thema machen. (WW)

In Trier und der Südwestpfalz wurden innerhalb der Fraktionen entsprechende Absprachen getroffen. Eine befragte Person aus der Südwestpfalz weist auf eine anfängliche Absprache ihrer Fraktion hin, die ebenfalls das Ignorieren des NPD-Vertreters zum Ergebnis hatte.

Also, [...] in der konstituierenden Sitzung unserer Fraktion haben wir das Wahlergebnis aller Fraktionen besprochen und dabei wurde eben auch kurz angesprochen, dass wir es sehr bedauern, dass eben jemand von der NPD jetzt im Kreistag sitzt, mh, es hat aber auch bei uns gar nicht viel Worte gebraucht, wir haben uns da ganz schnell darüber verständigt, dass wir dem kein Gewicht einfach beimessen wollen, dass es uns sehr wohl bewusst ist und auch irgendwo schmerzt, dass so ein Wahlergebnis diese Folge hat. (SWP)

Die Aussagen korrespondieren auch mit den Ergebnissen der schriftlichen Befragung. Auf die Frage, wie die eigene Partei mit dem NPD-Vertreter umgeht, ist die häufigste Antwort „er wird von uns ignoriert“ (77 Prozent). Ein Fünftel wählte die Aussage „wir verhalten uns neutral“.

Wie geht Ihre Partei mit dem NPD-Vertreter im Stadtrat/Kreistag um?

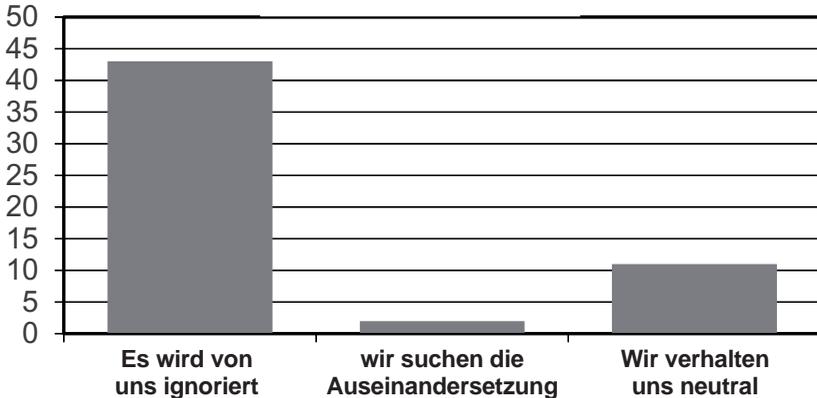


Diagramm 2.3.1: Wie geht Ihre Partei mit dem NPD-Vertreter im Stadtrat/Kreistag um?

Das ignorierende Verhalten wird von fast allen Befragten als eine gelungene Strategie im Umgang mit der NPD angesehen.

Also, ich glaube, dass wir im Umgang genau die richtige Strategie gefahren sind, eben durch eigentlich Nichtbeachtung, also einfach schon keine Begrüßung, keine Verabschiedung. Wir haben ihm sicherlich, wenn er mal was gesagt hat, ihm kurz zugehört und haben ansonsten versucht, ihm möglichst wenig Beachtung zu schenken, und ich glaube, dass das schon ganz gut war. (SWP)

Bei der schriftlichen Befragung bewerten bis auf zwei Personen (aus Trier) alle Antwortenden die bisherige Vorgehensweise der Fraktionen gegenüber der NPD als angemessen. Auch bei den ausführlicheren Gesprächen gibt es neben vielen positiven Bewertungen nur zwei skeptischere Aussagen. Einer dieser Skeptiker ist ein Vertreter der Zivilgesellschaft, der als Außenstehender zu dem Urteil kommt:

So das fand ich nicht immer solidarisch im Hinblick auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der NPD, sondern da hatte ich den Eindruck, dass den Fraktionen ihr eigener Vorteil näher war, wie das gemeinsame Vorgehen gegenüber [der] NPD. (Trier, Experte)

Die unzureichenden Absprachen bemängelt der Experte bei den Vorgängen rund um eine Ausschusswahl. Bei dieser

[...] ging es drum, dass H. Babic für die in einem Ausschuss gestimmt hat. [...] Und nur mit dieser Stimme wäre sie in den Ausschuss gekommen, weil die anderen die da nicht haben wollten. [...] Und dann hat sie quasi ihre Kandidatur zurückgezogen, weil sie nicht mit der Stimme der NPD reinwollte, obwohl es zu ihrem Nachteil war, politisch. Und da gab es natürlich innerfraktionell bei den demokratischen Fraktionen heftige Spannungen, also ich habe es halt so von Grünen und Linken mitgekriegt, was es da an Vorwürfen gab, dass sie die da so hängen lassen, dass sie von der NPD abhängig ist und dann zurückziehen muss, hätte nur einer noch oder zwei für sie stimmen müssen und sie wäre nicht auf eine NPD-Stimme gestützt da reingekommen und da haben sie sie sozusagen ins Messer laufen lassen und die anderen haben gesagt, das wusste sie von Anfang, dass sie nicht in den Ausschuss kommt, die anderen wollen das nicht, die wollen ihre eigenen Leute. (Trier, Experte)

Die Frage nach überfraktionellen Absprachen zwischen den demokratischen Parteien wird eher zwiespältig beantwortet. Es scheint, dass es in Trier solche Absprachen gibt, allerdings eher informeller Art, während es in den beiden Landkreisen eher nicht oder nur in sehr geringem Umfang zu solchen Absprachen gekommen ist. Tabelle 2.3.1 zeigt, in welchem Teilgebiet wie oft von Absprachen berichtet wird.

	SWP	Trier	WW	Gesamt
keine Absprache	2		3	5
Absprache (auch informell)	1	4	1	6

Tabelle 2.3.1: Überfraktionelle Absprachen

Also, es gab nicht den Druck, ich meine, man war schon schockiert dann, als man festgestellt hat, aha, jetzt ist jemand von der NPD da und eigentlich wusste keiner so recht, und dann haben wir, also ich habe mir schon überlegt, ich wusste ja, wie es bei anderen Parlamenten auch gelaufen ist, dass die entsprechende Absprachen haben, aber es war mir auch klar, dass viele gar nicht die Notwendigkeit sehen würden. (SWP)

Inhaltlich haben diese überfraktionellen Absprachen das gleiche Ergebnis: Der NPD-Vertreter soll ignoriert werden. So berichtet ein Befragter von unterschiedlichen Meinungen innerhalb seiner Fraktion, in der Absprache mit den anderen Fraktionen habe sich dann aber die Strategie des Ignorierens durchgesetzt.

Also genau, wir haben als Fraktion, muss ich sagen, sind wir immer am Diskutieren, wie wollen wir in die Diskussion mit ihm gehen, um denen draußen zu zeigen, dass diese Argumente, die dort gebracht werden, einfach völliger Schwachsinn sind, oder wollen wir ignorieren, weil wir sagen, wir kommen einfach auch medial vielleicht besser dabei weg, demokratisch gesehen, besser bei weg, wenn man das einfach gar nicht thematisiert. Das ist eigentlich immer so diese Schere oder diese Pole, zwischen denen wir gewandert sind. Und wir haben in der Fraktion durchaus die einen wie die anderen Befürworter. Und dann haben wir einfach gesagt, wir müssen uns im Rat insgesamt eine Strategie erwarten. Weil es kann nicht sein, dass die einen in die Diskussion treten und die anderen sind darüber vielleicht empört, weil sie ganz andere strategische Ziele haben. Und deswegen haben wir zunächst uns darüber verständigt, was für Möglichkeiten es gibt, die ich gerade aufgezählt habe, und dann haben wir uns interfraktionell aller demokratischen Parteien zusammengesetzt und haben gesagt, wir müssen einen gemeinsamen Weg finden und der liegt in der Ignorierung der Person. (Trier)

Der Umgang der Demokraten untereinander hat in der Gesamtschau gesehen eher nicht zu einer Veränderung der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen geführt. Nur in Trier gibt es zwei Stimmen, die aufgrund eines NPD-Vertreters eine Veränderung in der gemeinsamen Arbeit erkennen, aber andere Befragte sehen diese Änderung eher nicht. Folgendes Zitat zeigt diese Haltung recht deutlich:

Eine Veränderung der Zusammenarbeit nicht unbedingt, also unter den Fraktionen hat man sich natürlich schon abgesprochen oder abgestimmt, wenn es darum ging, wie wir am besten ihn ignorieren konnten oder ihm jetzt nicht die Bühne zu liefern für seine Themen, die er gerne rausbringen wollte, aber dass da jetzt eine grundsätzliche Änderung irgendwo eingetreten ist, könnte ich nicht feststellen. (Trier)

In den anderen beiden Gebieten (Tabelle 2.3.2) wird übereinstimmend berichtet, dass es zu keiner Veränderung in der Zusammenarbeit gekommen sei.

Veränderung in der Zusammenarbeit?	SWP	Trier	WW	Gesamt
ja		2		2
nein	2	3	1	6

Tabelle 2.3.2: Veränderung in der Zusammenarbeit

Die Frage, ob es eine Änderung der parlamentarischen Spielregeln gegeben hat, wird je nach Region unterschiedlich beantwortet. Während dies für die Südwestpfalz und im Westerwald verneint wird, sprechen fast alle Interviewpartner in Trier von einer Änderung der parlamentarischen Spielregeln. Es sei aufgrund des Einzuges des NPD-Vertreters unter anderem zu einer Redezeitbegrenzung gekommen.

Am Anfang haben wir unsere Geschäftsordnung geändert, wir haben eine Redezeitbegrenzung eingeführt, um einfach da noch gewisse Schranken einzubauen, die dann auch eine Möglichkeit eben, nicht zwanzigminütige Vorträge hören zu müssen, sowohl von ihm, aber auch von manch anderem. (Trier)

Ein Mitglied der Verwaltung betont aber, dass diese Änderung nichts mit dem Vertreter der NPD zu tun hatte.

Wir haben in der Legislatur eine Redezeit eingeführt, die hat aber mit dem NPD-Vertreter nichts zu tun, sondern es sollte dazu dienen, das Ganze zu straffen. (Trier)

Dennoch wird von fast allen Befragten der Zusammenhang zwischen dem Einzug des NPD-Vertreters und der Redezeitbegrenzung hergestellt:

Ja, wir hatten früher keine Redezeitbegrenzung im Rat und wir hatten danach eine, und zwar ganz schnell, da war man sich auch sehr schnell einig, dass wir dann nur noch, ich glaube, fünf Minuten und bei der zweiten Rede zwei Minuten reden, um eben zu verhindern, dass er das Wort ergreift und eine halbe Stunde redet [...]. (Trier)

An dieser Stelle kann nicht geklärt werden, welche Erinnerung der Betroffenen nun zutrifft. Es wird jedoch klar, dass es offensichtlich keine effiziente Kommunikation, keine klaren und transparent dokumentierten Absprachen innerhalb und zwischen den Fraktionen gegeben hat.

Neben der Begrenzung der Redezeiten wurden an bestimmten Eingängen Schilder aufgestellt, die den Zutritt nur für Ratsmitglieder erlauben, und eine Linie auf dem Boden gezogen, die von Nichtratsmitgliedern nicht überschritten werden durfte. Somit sollte verhindert werden, dass es zu einem erneuten Einzug des NPD-Vertreters mit seinen Anhängern käme, wie es bei der ersten Sitzung stattgefunden hatte.

[...] es war damals auch so, dass es noch keine Verbotsschilder gab, dass durch diese eine Tür nur Verwaltungsmitglieder und Ratsmitglieder dürfen, deswegen konnten alle anderen mit so quer durch den Ratssaal marschieren. Da wurde dann sofort bei der zweiten Sitzung dafür gesorgt, dass es Schilder gab, dass durch die eine Tür eben nur Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter und Ortsvorsteher gehen dürfen, und das Publikum darf durch die andere Tür, wo eigentlich auch die Zuschauerplätze sind, und dann wurde sogar auf dem Boden extra eine Markierung gemacht und noch einmal ein Schild, also dass man auch über diesen Bereich nicht treten darf, wenn man nicht Ratsmitglied, Verwaltungsmitarbeiter oder Ortsvorsteher ist. (Trier)

Vor allem in Trier wird die Anwesenheit eines NPD-Vertreters als Belastung empfunden. In der SWP und im WW wird eine Belastung nur von jeweils einem der Gesprächspartner erwähnt. Während der umtriebige

Babic in Trier eine Belastung darstellt, werden die weniger aktiven NPD-Vertreter in SWP und WW als nicht so störend empfunden.

Die standen unter Strom, das war keine normale demokratisch-politische Stimmung nach einer demokratischen Auseinandersetzung, sondern ich hatte den Eindruck, ja nichts falsch machen, dass die NPD es nicht ausnutzt, und in zweiter Linie sein eigenes auch legitimes politisches Süppchen kochen, und das zusammen kam leider erst an dritter Stelle zusammen gegen den NPD. (Trier, Experte)

Also, für mich ist das schwer zu ertragen. Es zeichnet ja Demokratie aus, dass sie andere Auffassungen gelten lässt, aber ich bin unter anderem auch deshalb für ein NPD-Verbot, weil es kann letztendlich nicht sein, dass der Staat sowohl mit Geld als auch mit Einbindung in politische Ebenen diejenigen, wenn auch ungewollt, unterstützt, die das ganze System abschaffen wollen und ihre menschenverachtenden Positionen verbreiten. Insofern ist das ein permanenter Quell der, tja, von Unzufriedenheit und von Unerträglichkeit, unzufrieden ist zu wenig, also ihn in einem Parlament zu sehen, ist schrecklich. Einfach nur schrecklich. (Trier)

Genau, ich sage mal, der Grundtenor war einfach, uns gegenüber und dem Gremium, einfach, dem Kreistag, Desinteresse zu zeigen und dass er das alles im Prinzip für sinnlos und wertlos erachtet, wenn er da war, er war ja nicht so oft da und sich meistens enthalten hat und einmal dagegen war. Das hatten Sie vorhin gefragt, also für mich und für meine Fraktion war das schon auch ein störendes Verhalten. (SWP)

Also, ich empfinde es immer als extrem unangenehm, wenn ich weiß, dass der hinten auf der Bank sitzt. Also wenn der jetzt gar nicht groß in Erscheinung tritt, aber alleine die Tatsache, da sitzt ein NPD-Mensch, der sich mit dem Gedanken identifiziert, ist für mich schon unangenehm. (WW)

Allerdings gibt es auch Befragte, die die Anwesenheit eines NPD-Vertreters als nicht belastend empfinden, sondern als gegeben akzeptieren, unabhängig davon, dass sie dessen Inhalte deutlich ablehnen.

Als Demokrat muss ich sie akzeptieren, persönlich ist mir nicht die Person, aber das, was sie im Kopf hat, zuwider. (WW)

Dies korrespondiert mit den Ergebnissen der schriftlichen Befragung. Hier konnten die Probanden angeben, welche Wirkung die Redebeiträge auf sie hatten. In Trier wird am häufigsten „sie haben mich verärgert“ genannt, während in der Südwestpfalz von keinerlei Wirkung berichtet wurde und im Westerwald die Antwortkategorien „keine Wirkung“ und „Verärgerung“ gleich häufig genannt wurden. Dies zeigt, dass vor allem in Trier die Ratsmitglieder sich über die Reden des NPD-Vertreters geärgert haben. Dies könnte auch mit der Anzahl der Redebeiträge zu tun haben. Diese wird in Trier von 96 Prozent der Befragten als häufig angegeben, während es im Westerwald lediglich 70 Prozent sind und in der Südwestpfalz überhaupt niemand unter den Befragten die Frequenz der Redebeiträge als hoch bezeichnet.

Betrachtet man nun abschließend den Umgang mit NPD-Vertretern in den hier untersuchten kommunalen Parlamenten, so ist auffällig, dass von fast allen Beteiligten eine Strategie des Ignorierens gewählt wurde. Allerdings wurden in Trier über das Ignorieren hinaus auch die parlamentarischen Spielregeln geändert. Der Eintritt durch bestimmte Ein- und Ausgänge wurde für Besucher eingeschränkt. Ebenso wurde eine Redezeitbegrenzung eingeführt. Während diese im Westerwald und in der Südwestpfalz aufgrund allgemein neu hinzugekommener fraktionsloser Mitglieder ebenfalls eingeführt wurde, ist dies in Trier nach Einschätzung der Befragten auch der Anwesenheit eines NPD-Vertreters geschuldet.

Die gewählte Strategie wurde von fast allen Fraktionen als ein gelungener Umgang mit der Präsenz eines NPD-Vertreters im Parlament bewertet. Nur in Trier kritisieren der außenstehende Experte und die Fraktion der Linkspartei die Vorgänge rund um eine Ausschusswahl, bei der aus politischen Kalkül heraus die Vertreterin der Linkspartei nur mit der Stimme des NPD-Vertreters in einen Ausschuss hätte gewählt werden können. War das Ignorieren gemäß der Erinnerung der Befragten in der Regel eine unangesehene Verhaltensweise der Parlamentarier_innen, kam es in Trier dezidiert zu interfraktionellen Absprachen. Deren Ergebnis war ebenfalls der Beschluss, die NPD zu ignorieren. Eine allgemeine Änderung in der

Zusammenarbeit im Sinne einer besseren interfraktionellen Kooperation über Parteigrenzen hinweg konnte nicht bzw. nur sehr bedingt (in Trier) festgestellt werden.

In der persönlichen Bewertung wurde dies vor allem dort, wo es einen parlamentarisch aktiven NPD-Kader gab wie in Trier, als Belastung empfunden.

Also, im Sinne einer Sachpolitik [...], im Sinne einer demokratischen Auseinandersetzung und einer gesellschaftspolitischen Diskussion ist es eigentlich erst seitdem wieder ein gewinnbringender Stadtrat, seitdem er nicht mehr im Rat ist. (Trier)

Dass zwei, drei aus meiner Fraktion dann auch noch einmal zu mir gesagt haben, na, aber gut, dass er nicht mehr so oft da ist oder dass er nicht mehr kommt, da können wir doch alle wieder ein bisschen unverkrampfter oder lockerer in die Sitzungen gehen. Das auf jeden Fall. (Trier)

Offensichtlich wurden eher unklare und unspezifische Vereinbarungen sowohl innerhalb als auch zwischen den Fraktionen getroffen. Zudem wurden diese nicht schriftlich fixiert und transparent nach innen und nach außen hin kommuniziert.

Es gab auch keine (frühzeitigen) Absprachen über personelle Zuständigkeiten, wie es von einem Trierer zivilgesellschaftlichen Experten gewünscht wird. So wurde auch in den großen Fraktionen niemand bestimmt, der/die sich auf Auftritt und Inhalte eines extrem Rechten im Parlament gleichsam als Spezialist_in hätte vorbereiten können.

Da hätte ich mir doch gewünscht, da kann doch jede Fraktion zwei Leute sozusagen freistellen, du bist jetzt nicht mehr im Verkehrsausschuss allein ein Experte, du bist jetzt NPD-Kontrageber-Experte und bereitest dich vor, denk wie Babic vor der Sitzung und bereite dich vor, was dein Job sein könnte. Das heißt nur, dass du auf dem Zettel dem von der SPD fünf Fakten draufschreibst, was er Kontra geben kann. Es kann doch nicht sein, dass da einer, der dran ist, dann da alles alleine machen muss, inhaltlich zu dem Antrag der CDU Stellung nehmen, eigene Position abgeben und

noch der NPD Kontra geben und dabei das Ganze nur noch in drei Minuten, weil die Redezeit begrenzt wurde. (Trier, Experte)

Das Lagerdenken zwischen den Parteien hat eine Zusammenarbeit (so denn vorhanden) bezüglich der NPD-Präsenz nicht sehr behindert oder erschwert, aber eben auch nicht befördert. Die Einigkeit unter den Demokrat_innen ist abstrakt und inhaltlich vorhanden, aber nicht konkret und praktisch. Man arbeitet in dieser Frage nicht gegeneinander, aber auch nicht miteinander.

2.4 Verwaltung

Kurzzusammenfassung:

- Im Westerwald gibt es keine Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und Kreistag. Anscheinend werden die NPD-Aktivitäten als nicht relevant empfunden.
- In Trier wird das Verwaltungshandeln zwiespältig gesehen. Es gibt zwar ein solches gegenüber der NPD, es wird aber als nicht konsequent genug betrachtet.
- In der Südwestpfalz war die Verwaltung am aktivsten, und zwar mit einer umfassenden Kooperation von Behörden, Parlament und Verwaltung.

In diesem Abschnitt wird der Umgang zwischen den kommunalen Verwaltungen und den NPD-Vertretern thematisiert.

Wie sehr die kommunalen Verwaltungen mit den NPD-Vertretern zu tun hatten, war wiederum von den Aktivitäten der NPD beziehungsweise des NPD-Kaders vor Ort abhängig. Die Verwaltung des Westerwaldkreises hatte keinen Handlungs- oder Regelungsbedarf, weil es von Seiten der NPD keine entsprechenden Aktivitäten gab. Fast alle Befragten berichten, dass es keine Kooperation zwischen der Kommunalverwaltung und dem Kreistag im Umgang mit der NPD gab.

Interviewer: Und gab es denn irgendwelche Absprachen mit der Kommunalverwaltung bezüglich der NPD oder dem Umgang der NPD, beispielsweise wenn es dazu kommt, ich weiß nicht, ob es der Fall war, dass die

NPD Kundgebungen, Demonstrationen anmeldet oder so etwas, gab es da irgendwelche Kooperationen? [...]

Antwort: Ist mir nicht bekannt. Wäre sicherlich aber thematisiert worden in der Fraktionssitzung, aber ich bin auch regelmäßig da, glaube ich eher nicht. Weil es hat keine NPD-Veranstaltungen gegeben. (WW)

In Trier wird nicht klar, wie umfangreich die Kooperation mit der Verwaltung war. Sicherlich gab es dort aufgrund der diversen Aktivitäten der NPD (siehe Kapitel 2.2) einigen Handlungsbedarf. Während von einem Befragten die mangelnde Vorbereitung der Verwaltung (insbesondere in Verfahrensfragen) kritisiert wird, spricht der Vertreter der Verwaltung selbst von einer Zusammenarbeit mit den Parteien und einem restriktiveren Vorgehen gegenüber der NPD.

Also, wir waren am Anfang sehr sauer auf die Kommunalverwaltung, weil eben so juristische Dinge, wo wir meinen, ach Gott, das hätte man wahrscheinlich mit einem Telefonat mit anderen Kommunen, denen das irgendwann mal passiert ist, dass so ein NPDler erstmals im Rat sitzt, erfahren können, also dass der so die Wahlverfahren versucht anzufechten und dass die dann ganz wirklich formal juristisch perfekt laufen müssen, und dass das nicht funktioniert hat, da waren wir schon der Auffassung, man hätte sich als Verwaltung noch besser vorbereiten können. (Trier)

Um zu sagen, wir wollen den Spielraum, den wir haben, auch wenn es gegebenenfalls sozusagen ganz an der Grenze ist dessen, was noch machbar, was möglich, was juristisch möglich ist, aber das auszunutzen. (Trier)

Eine befragte Person berichtet von härteren Auflagen für die NPD bei ihren häufigen Demonstrationen.

Die sind nicht mehr so erfolgreich, dadurch dass Polizei und Stadt da anders vorgegangen sind. Gerade Polizei und Ordnungsamt, dass man nicht mehr Hamburger Gitter macht, sondern sagt, zehn Leute, fünfzehn von ihnen, der Bürgersteig ist breit genug oder maximal eine Fahrbahn, da kann er mit seinen Autos, es gibt keine Komplettspernung mehr. Damit hat er nicht diese extrem große Präsenz und es wird nicht mehr so wahrgenommen. (Trier)

Eine abschließende Beurteilung des Umgangs der Verwaltung mit der NPD in Trier kann nur eingeschränkt geleistet werden. Einerseits hat die Verwaltung den vorhandenen Spielraum offensichtlich teilweise ausgenutzt, auch juristisch. Andererseits wird seitens der Befragten von einer Zurückhaltung bezüglich Ordnungsrufen und Maßnahmen in den Stadtratssitzungen berichtet. Auch von mangelnder Vorbereitung, gerade zum Beginn der Legislaturperiode wird berichtet. Gegenüber den häufig stattfindenden öffentlichen Auftritten der NPD ist von einem strengeren Vorgehen die Rede. Dies macht die Notwendigkeit deutlich, sich als Verwaltung insbesondere über die rechtlich möglichen Maßnahmen zum Umgang mit der extrem Rechten in den Parlamenten zu informieren und sich darauf vorzubereiten.

In der Südwestpfalz hingegen ist die intensivste Aktivität der Verwaltung bezüglich der NPD zu beobachten. Es kam zu einer umfangreichen Zusammenarbeit zwischen den Behörden, der Verwaltung und dem Parlament. Die Auseinandersetzung wurde zu einem großen Teil durch die Kreisverwaltung, auch vor Gericht, geführt. Der lokalen Presse sind mehrere Beispiele für das Agieren der Verwaltung zu entnehmen.

1) Nichtzulassung zur Bürgermeisterwahl der Verbandsgemeinde Wallhalben

Die Kreisverwaltung des Landkreises Südwestpfalz legte im September 2011 Einspruch gegen die Zulassung Wagners zur Bürgermeisterwahl in der Verbandsgemeinde Wallhalben ein. Das Verwaltungsgericht Neustadt lehnte Wagners Einspruch gegen seine Nichtzulassung zur Wahl ab. Es bezog sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Greifswald aus dem Jahr 2008. Im gleichen Zeitraum wurde auch der NPD-Funktionär Klaus Armstroff nicht zur Bürgermeisterwahl in Haßloch zugelassen.⁶⁷

„Wie berichtet, wollte der NPD-Mann Wagner, der auch im Kreistag Südwestpfalz sitzt, ebenfalls zur Wallhalber Bürgermeisterwahl antreten. Diese war ursprünglich für den 30. Oktober 2011 geplant. Am 26. September ließ der Wahlausschuss der Verbandsgemeinde Wallhalben Wagner als Kandidaten auch zu. Die Kreisverwaltung Südwestpfalz als Aufsichtsbehörde beanstandete kurz darauf diese Zulassung mit der Begründung, es

⁶⁷ Vgl. Rheinpfalz vom 15.12.2011.

beständen erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue Wagners. Sie verfügte, dass der Wahlausschuss erneut über seine Zulassung zur Bürgermeisterwahl beschließen müsse. Zudem wurde, weil nun Fristen nicht mehr eingehalten werden konnten, die Wahl auf den 22. Januar verschoben. Der Wahlausschuss ließ Wagner nach erneuter Prüfung am 2. November 2011 nicht zur Bürgermeisterwahl zu. Das Verwaltungsgericht in Neustadt lehnte im Dezember einen Eilantrag Wagners, doch noch für die Wahl zugelassen zu werden, ab. Wagner biete nicht die Gewähr dafür, ‚jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten‘, hieß es in der Begründung.“⁶⁸

2) Ausschluss aus dem Kreisrechtsausschuss des Landkreises Südwestpfalz
Dieser Konflikt wurde bis zum Oberverwaltungsgericht des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz getragen. Diese Instanz bestätigte die Abweisung der Klage Wagners gegen den Beschluss des Kreistages, ihn aus dem Kreisrechtsausschuss auszuschließen.⁶⁹ Im Juni 2011 wurde er aus dem Ausschuss abberufen, weil er seine Amtspflichten gröblich verletzt habe.⁷⁰

Sie haben glaube ich auch mitbekommen, dass er auch im Kreisrechtsausschuss tätig sein wollte und dass wir ihn dort auch herausgeklagt haben, dass er diese Position nicht eingehen konnte. Das war vom Kreis initiiert und wurde auch vom Kreis durchgezogen, weil er eventuell dann auch bei Entscheidungen, bei Widerspruchsentscheidungen im Kreisrechtsausschuss, was Hartz-IV-Empfänger angeht oder Asylanten angeht, natürlich dann seine subjektive Meinung der NPD dort vertreten hätte, und das sahen wir dann so, dass er nicht objektiv entscheidet, und haben dann während des Landkreises, das hat Herr [Name] dann auch dann initiiert und wir haben das dann auch durchgehalten, dass er aus dem Kreisrechtsausschuss dann entfernt wurde bzw. an diesen Sitzungen nicht teilnehmen durfte. (SWP)

Eine weitere Person schildert diesen Vorgang etwas knapp:
Das Einzige, was wir hatten, das ging aber nicht, ich sage mal, aufgrund

⁶⁸ Rheinpfalz vom 06.01.2012; vgl. weiterhin Rheinpfalz vom 22.10.2011, 25.11.2011 und 15.12.2011.

⁶⁹ Vgl. Rheinpfalz vom 13.08.2013.

⁷⁰ Vgl. Rheinpfalz vom 26.10.2011, 14.06.2012, 19.06.2012 und 29.01.2013.

der Geschäftsordnung des Kreistages aus, sondern ja durch ein Rechtsverfahren, das parallel zu seiner Person lief, er ist dann aus dem Kreisrechtsausschuss ausgeschlossen worden. (SWP)

3) Konflikt um das NPD-Schulungszentrum „Haus der Demokratie“ in Herschberg

Mithilfe einer bauaufsichtlichen Verfügung hatte die Kreisverwaltung des Landkreises Südwestpfalz der NPD die Nutzung eines zu Schulungszwecken angemieteten Gebäudes im Dezember 2011 untersagt. Die NPD, vertreten durch Sascha Wagner, versuchte diese Verfügung durch den Kreisrechtsausschuss aufheben zu lassen, was ihr nicht gelang. In der Folge verlegte Wagner, der zeitweise in dem von der NPD als „Haus der Demokratie“ bezeichneten ehemaligen Café wohnte, seinen Wohnsitz nach Thaleischweiler-Fröschen.⁷¹

Dieses Haus, das war so, da haben wir sehr intensiv, da hat dann die Kreisverwaltung reagiert [...]. Mit Nutzung, Versammlungsstätte und so weiter und wir natürlich auch vom Ordnungsamt her, geht – immer darauf geschaut, ist es gewerblich. Wenn die da eingeladen haben, so Kundgebungen, wird da Wein verkauft, Spirituosen, Kaffee, Kuchen, Bratwürste, und wird da was angeboten, da haben wir das immer mit Auflagen versehen. Die mussten dann eine Ausschankgenehmigung bestellen und so weiter und so fort. [...] bis hin zur Nutzungsuntersagung des Gebäudes. Weil dann, brandschutztechnisch haben wir das untersuchen lassen, wir mussten dann auch mal eine Möglichkeit finden, wie man der Sache Herr werden [kann]. Da haben wir brandschutztechnische Auflagen zu vollziehen, die waren dann aus Kostengründen sowohl vom Hausbesitzer wie auch von der NPD nicht leistbar und dann hat man sie, da waren auch Gegenaktionen da von dieser Gruppe, die sich gebildet hat in Herschberg gegen Rechtsextremismus, und dann hat man schon gesehen, dass das abebbt, und mittlerweile sind sie nicht mehr da. (SWP)

Diese Beispiele zeigen, wie die Kreisverwaltung in der Südwestpfalz der NPD mit formalen Kriterien Schwierigkeiten bereiten konnte. Einer der Befragten betont, dass es trotz des Handelns der Verwaltung keine Einflussnahme des Landrates in Richtung Kreistag gab und auch nicht so etwas wie

⁷¹ Vgl. Rheinpfalz 04.06.2013 sowie vom 27.09.2011, 30.11.2011 und 04.12.2013.

eine Gemeinschaft gegen die extreme Rechte beschworen wurde.

Interviewer: Und gab es Absprachen mit der Verwaltung, also mit der kommunalen Verwaltung, oder dass man dort versucht hat, Richtlinien oder ...

Antwort: Nein. Überhaupt nicht. Auch der Landrat hat da nicht eingewirkt, sondern wir haben schon gewirkt in anderem Sinne. [...] Aber so öffentlich gewirkt oder dass wir explizit die Fraktionen zusammenkommen ließ[en] und der Landrat hier noch einmal mit einschwor oder eine Gemeinsamkeit forderte, war nicht notwendig. (SWP)

Die Verwaltung konnte hier gegen extreme Rechte wirken, da der NPD-Mandatsträger einige einschlägige Vorstrafen vorzuweisen hatte und somit die Auseinandersetzung auf die juristische Ebene verschoben wurde.

2.5 Medienecho

Kurzzusammenfassung:

- Die Berichterstattung über die NPD-Mandatsträger hängen mit der Aktivität der NPD vor Ort zusammen.
- Im Westerwald gibt es nur ein geringes Medienecho auf die Präsenz des NPD-Vertreters im Parlament.
- In der Südwestpfalz stehen die juristischen Auseinandersetzungen der Verwaltung mit dem NPD-Mandatsträger im Vordergrund.⁷²
- In Trier ist die Berichterstattung aufgrund der vielen Aktivitäten des NPD-Vertreters am umfangreichsten.

In diesem Abschnitt geht es um das Medienecho, welches die NPD in den jeweiligen Kommunen erfahren hat. Die Einschätzungen der Befragten werden hier um eine Übersicht aus der Lokalpresse ergänzt.

Die jeweilige Anzahl der Artikel zeigt, dass es in Trier das größte Medienecho gab, gefolgt von der Südwestpfalz und mit weitem Abstand vom Westerwald. Auch hier zeigt sich die höhere Aktivität der NPD in Trier, die sich in der Anzahl der Presseartikel niederschlägt.

⁷² Siehe auch Kap. 2.4.

Trier: 94 Artikel (Trierischer Volksfreund)
SWP: 42 Artikel (Rheinpfalz)
WW: 18 Artikel (Westerwälder Zeitung)

In der Südwestpfalz hat die Rheinpfalz nahezu nicht von der NPD im Kreistag berichtet, sondern hauptsächlich von deren außerparlamentarischer Arbeit.

Also, ich kann mich an keinen Presseartikel erinnern, wo die Presse jetzt unsere Nichtzusammenarbeit irgendwie aufgegriffen hätte, das auf gar keinen Fall. Das waren dann eher so, also wenn das Thema NPD in der Presse war, dann war es zum Beispiel, weil sie was weiß ich, in Dahn irgendeinen Stand gemacht haben, Werbeposter oder eben wegen des Hauses in Herschberg. (SWP)

Ein wichtiges Thema in der Presse war die juristische Auseinandersetzung der Kreisverwaltung mit der NPD. Hier ging es insbesondere um die Nichtzulassung des NPD-Kandidaten zu der Bürgermeisterwahl einer Verbandsgemeinde und seinen Ausschluss aus dem Kreisrechtsausschuss (siehe Kapitel 2.4.).

In Trier wird von einem zunächst großen Medienecho berichtet. Dieses sei nach entsprechenden Hinweisen des Oberbürgermeisters abgeebbt, schildern einige der Befragten. Diese Einschätzung wird durch die Anzahl der Artikel der jeweiligen Jahre bestätigt. Während es von Januar bis Juni 2009 noch 35 Artikel waren, die sich mit der extremen Rechten vor Ort beschäftigen, sind es im gesamten Jahr 2013 nur noch neun. Trotzdem wird die NPD in Trier am häufigsten erwähnt, auch weil hier die meisten öffentlichen NPD-Aktionen stattgefunden haben.

Die Presse hat am Anfang viel berichtet. [...] Und die Zeitung hat sich auch korrigiert und hat ihn dann bis auf wenige Ausnahmen mehr oder weniger totgeschwiegen. Die Auseinandersetzung da mit seinem Ausschluss, das war richtigerweise groß aufgezogen, das ist ja ganz klar. Dann gab es mal eine Berichterstattung, da hat er irgendwo eine Lücke in der Geschäftsordnung gefunden und da mussten wir einen Ausschuss noch einmal wählen in der darauffolgenden Sitzung. Das haben sie dann größer aufgezogen. Da weiß [ich] aber, dass es da große Auseinandersetzungen in der Redaktion gegeben hat, weil da waren viele Redakteure nicht mit

einverstanden, weil sie gesagt haben, jetzt zelebrieren wir durch unsere Berichterstattung seinen Triumph. (Trier)

Im Westerwald hat die Anwesenheit des NPD-Vertreters im Kreistag das geringste Echo gefunden.

Mit Ausnahme der ersten Tage nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses nein. Und da hat dann halt die Westerwälder Zeitung darüber berichtet, dass quasi erstmals ein NPD-Mitglied und ein Mitglied der Linken da ist als Kreistagsmitglied, aber das war es dann auch. (WW)

In der Westerwälder Zeitung gibt es einige Artikel, die sich mit der Naziszene vor Ort befassen (siehe Kapitel 2.6), aber die NPD im Kreistag wird praktisch nicht thematisiert. Insgesamt gibt es drei Artikel zu diesem Thema. In einem ersten Beitrag ging es um den Einzug der NPD in den Kreistag. Entgegen der Erinnerung des oben zitierten Befragten befasst sich dieser Artikel ausführlich mit der NPD.⁷³ Ein zweiter Artikel berichtet von einem Eklat bei der ersten Sitzung des Kreistages. Offenbar haben fast alle Kreistagsmitglieder bei der Rede des NPD-Vertreters den Saal verlassen.⁷⁴ Und drittens wird der Austritt von Christian Greeb aus der NPD⁷⁵ erwähnt. Des Weiteren gibt es noch drei Berichte zu einem konkreten Vorfall und dessen gerichtlicher Aufarbeitung. Greeb wurde dafür verurteilt, dass er im November 2011 aus einer Gaststätte heraus den Notruf missbraucht hatte. Damit wollte er laut Überzeugung des Gerichtes dem Wirt und den Gästen der Kneipe Ärger machen.⁷⁶

Es gibt in allen drei der hier untersuchten Gebiete eine Medienresonanz über die NPD im kommunalen Parlament. Die Breite der Berichterstattung hängt mit der Aktivität der Partei vor Ort zusammen. Je aktiver der entsprechende Vertreter, desto größer ist das Medienecho. In der Südwestpfalz bestimmt vor allem die juristische Auseinandersetzung mit dem NPD-Vertreter Wagner die Berichterstattung. In Trier ist das größte Medienecho zu verzeichnen, was sicherlich mit der großen Aktivität von Safet Babic zu tun hat. Im Westerwald gibt es nur ein geringes Medienecho, das von den Kreistagsmitgliedern auch kaum wahrgenommen wurde.

⁷³ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 12.06.2009: Sperrklausel hätte die NPD verhindert.

⁷⁴ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 05.09.2009.

⁷⁵ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 05.12.2009.

⁷⁶ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 25.05.2012, 19.09.2012 und 12.10.2012.

2.6 Extrem rechte Szene

Kurzzusammenfassung:

- Es gibt in allen drei Regionen eine Naziszene.
- Von den Parlamentarier_innen im Westerwald wurde diese nicht wahrgenommen.
- Ob die Anwesenheit eines NPD-Vertreters im Parlament die Naziszene gestärkt hat, wurde unterschiedlich beurteilt.
- Je größer die Naziszene ist, desto mehr Öffentlichkeitsarbeit gab es seitens der NPD.
- Eine geringe Öffentlichkeitsarbeit der NPD lässt allerdings nicht wiederum auf eine geringe Nazipräsenz im Allgemeinen schließen.

In diesem Kapitel soll die gesellschaftliche Ebene der lokalen Neonaziszene beleuchtet werden. Gibt es nach Einschätzung der Befragten eine rechte Szene vor Ort? Welche Bedeutung hat der NPD-Mandatsträger für die Szene? Hat ein kommunalpolitisches Mandat die extreme Rechte beeinflusst?

Die Frage nach dem Vorhandensein einer lokalen Neonaziszene wird in zwei der drei untersuchten Gebiete von fast allen Befragten bejaht. Nur im Westerwald berichten die Befragten einstimmig, dass für sie eine solche Szene momentan nicht zu erkennen, vorhanden oder aktiv sei, es allerdings früher eine solche Szene gegeben habe.

Das sind auch nicht sonderlich viele. Sie sitzen gemeinsam, die Verbandsgemeinde Bad Marienberg ist das, man weiß, dass es die gibt, die treffen sich wohl auch, aber dass die jetzt hier irgendwie Aufmerksamkeit erregen würden und meinungsmachend aktiv wären, nein, kann man nicht sagen. (WW)

Mh, es gibt immer mal wieder Berichte über, ja, also über Treffen auf Konzerte oder so, aber darüber wird eigentlich in der Öffentlichkeit nicht gesprochen und das steht auch in keiner Zeitung oder so. Man bekommt es nur zum Teil mit, wenn man mit Polizisten redet oder eben auch Leuten, die näher dran wohnen, aber wir hatten vor Jahren eine sehr aktive rechte Szene mit der Kameradschaft Westerwald, wo es auch Prozesse gab, und da ist, also das ist jetzt so in der Form nicht mehr öffentlich wahrnehmbar. (WW)

Entgegen dieser Einschätzung lassen sich gleich mehrere Artikel in der lokalen Presse finden, die von einer Neonazi(musik-)szene berichten.⁷⁷

Auch der zivilgesellschaftliche Experte verneint, dass es eine „richtige“ Szene gebe:

Aber so eine richtig strukturierte Szene gibt es eigentlich aus meiner Wahrnehmung nicht. (WW, Experte)

Im weiteren Verlauf des Gespräches zählt er allerdings einige Beispiele auf, die das Vorhandensein einer Neonaziszene vor Ort nahelegen.

Und hier gibt es viele Einzelakteure, die untereinander schwach vielleicht vernetzt sind und zwischendurch durch Aktionen auffallen, beispielsweise Musik. Da gab es Kaltes Judenleder, von Timo Purper [...] wir haben eher so die Säufer/Schläger-Fraktion, die Grillpartys veranstalten, Rock against Communism und solche Aktionen starten. [...] Es gibt auf jeden Fall jetzt eine neue Bewegung, die vereinten Skinheads, das sind verschiedene Akteure, da habe ich auch die nähere Information auch auf der Festplatte, das ist aber jetzt noch ganz jung, das ist im Zuge von Verhandlungen über das Aktionsbüro Mittelrhein, entsteht aus meiner Wahrnehmung irgendwie ein Vakuum und das wird jetzt gerade gefüllt mit Leuten, die sich zusammenfinden. Das ist auf jeden Fall eine Bewegung, die man jetzt aktuell im Auge behalten muss, aber auch noch keine konkreten Aktionen. Die sind etwas bei Facebook organisiert. Das kann man recht gut nachvollziehen, wer dabei ist. Die haben sich eine Tätowiermaschine gekauft und tätowieren sich Hakenkreuze auf die Arme und sind irgendwie aktiv und posten da Bilder. Die sind jetzt bei einer Demonstration aufgefallen, auch als Gruppe, aber bisher keine Straftaten und keine Sachen, die irgendwie gefährlich für uns bisher wären. [...] jetzt gerade eine Grundschule, die wurde mit Hakenkreuzen vollgepflastert. [...] Hier unten ist zum Beispiel ein Laden, verkauft Thor-Steiner-Klamotten und trägt die auch.[...] Dann gab es bei der Verhandlung, ich weiß nicht genau, in Montabaur, ich bin mir jetzt nicht sicher, ob es da ums Widerstandsradio ging, ich glaube schon, und da gab es auch eine Aktion, dass halt damals noch die Leute

⁷⁷ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 12.06.2009: 3600 Euro Geldstrafe für verbotene NS-Musik verhängt; Rhein Zeitung vom 30.10.2011: Fünf rechte Schläger müssen ins Gefängnis; Siegener Zeitung vom 21.01.2013: Hachenburg: Polizei und Stadt verhindern Neonazi-Party.

vom AB [Aktionsbüro] Mittelrhein, da gab es noch die Verhandlung, da gab es die Razzia gegen die noch nicht, dass halt Prozessbeobachter wie Leute von der Presse und auch aus der linken Szene dann verfolgt worden sind, auf dem Heimweg bespuckt worden sind [...]. (WW, Experte)

Für die Befragten aus dem Westerwald scheint eine Szene nur dann vorhanden zu sein, wenn sie durch Straftaten auffällt. Dies könnte mit der umfangreichen juristischen Beschäftigung mit der ehemaligen „Kameradschaft Westerwald“⁷⁸ und dem noch andauernden Prozess gegen das Aktionsbüro Mittelrhein ⁷⁹ zusammenhängen. Offenbar verlässt man sich so sehr auf die juristische und polizeiliche Bearbeitung des Themas, dass Aktivitäten von Neonazis erst dann in einem Zusammenhang und als Szene gesehen werden, wenn es eine offizielle Beschäftigung mit diesen Strukturen durch Polizei und Justiz gibt.

Die Einschätzung der Parlamentarier_innen könnte auch mit dem Aktivitätsgrad des NPD-Mandatsträgers im Landkreis Westerwald zusammenhängen. Greebs zum großen Teil passives Verhalten in dem Parlament sowie die Tatsache, dass er bereits im Dezember 2009 aus der NPD austrat, haben möglicherweise bei den Befragten zu dem Eindruck geführt, dass es keine bedeutende Neonaziszene in der Region gebe.

In Trier und der Südwestpfalz berichten fast alle vom Vorhandensein einer Neonaziszene.

Interviewer: [...] existiert eine sichtbare rechte Szene in Ihrer Stadt, Ihrer Gemeinde?

Antwort: *Auf alle Fälle.* (Trier, Experte)

Das sind meistens Jugendliche, die da entsprechend bedroht werden. Ich meine, die Schlägertypen sind auch in erster Linie Jugendliche bis zu einem Alter von, was weiß ich, 25 bis vielleicht maximal dreißig Jahren, würde ich mal sagen, also die, die aktiv schlagen. Ich denke, dass es da schon ein paar Personen gibt, die eben dahinterstehen und die den einen oder anderen mal anstacheln oder so, aber die eigentlich Ausführenden,

⁷⁸ Vgl. Antifaschistisches Infoblatt Nr. 70, Januar 2006.

⁷⁹ Vgl. http://www.rhein-zeitung.de/region/dpa-landesdienst_artikel,-Erste-Urteile-im-Koblenzer-Neonazi-Prozess-_arid,1070834.html; Abruf: 23.01.2014.

das ist so die Altersgruppe und das passt halt auch so, wie die Dorfschlägereien so ein bisschen, nur macht man es halt Rechte gegen Linke, und da wir halt mehr rechte Jugendliche hier haben, würde ich mal sagen, oder vielleicht sind die anders organisiert, es sind halt mehr so die Schlägertypen [...] und da passiert schon häufig was. [...] Das ist bekannt, das ist auch beim Land bekannt etc. Es gibt immer wieder mal hier in der Region Konzerte, es wird auch ausgewichen aufs Elsass zum Beispiel und in Kaiserslautern war eins, also auch hier im Kreis waren schon mehrere Konzerte [...]. (SWP)

Neben der Frage nach einer Neonaziszene vor Ort war auch die Öffentlichkeitsarbeit der NPD von Interesse. Da gerade in Rheinland-Pfalz die Partei durch Neonazis unterstützt wird,⁸⁰ ist zu vermuten, dass an Orten mit einer Neonaziszene auch Aktivitäten der NPD zu verzeichnen sind. Tatsächlich bestätigt sich bei den Gesprächen, dass ebenso wie bei der Einschätzung zur Neonaziszene die Befragten eine Öffentlichkeitsarbeit der NPD in der Südwestpfalz und in Trier sehen, im Westerwald dagegen nicht.

Interviewer: [...] NPD-Aktivitäten vor Ort, gab es dort welche?

Antwort: Nein, ich hatte, also nachdem sich die jungen Nationalisten dieses Jahr gegründet hatten, hatte ich auch die Augen und Ohren offen gehalten. [...] Ob es da irgendetwas gab. Da war nichts für mich festzustellen. (WW, Experte)

Dies könnte auch mit dem desolaten Zustand der NPD vor Ort zusammenhängen. So sieht wiederum der Experte einen Rückschlag für die NPD, als der Kreisvorsitzende Christian Steup gefälschte Unterschriften für die Zulassung zur Landtagswahl vorgelegt hatte.⁸¹

Genau, der ist es, der war bis 2008 Landesvorstand und ist dann 2011 vor den Landtagswahlen aufgefallen, weil er über 230 Unterschriften gefälscht hat und dann die NPD an den Wahlen nicht teilnehmen konnte. (WW, Experte)

Er hat ja hier, in der Verbandsgemeinde Herschberg haben sie ein altes Café angemietet, da waren mehrere Fremdenzimmer da hinten, das eine

⁸⁰ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Rheinland-Pfalz), S. 45.

⁸¹ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 09.02.2011.

lange Zeit leer stand, und haben es zum Haus der Demokratie erkoren.[...] Da waren auch die aus anderen Bundesländern, aus östlichen Bundesländern, Landtagsabgeordnete von der NPD hier. Dann haben sie Demonstrationen gemacht, haben Informationsveranstaltungen gemacht. (SWP)

Ich glaube, die Reaktion ist eher, dass, wenn er dann so, er macht ja seine Aufmärsche, seine Demonstrationen und hält seine Reden und in den Reden kommen auch immer wieder Personen vor oder er umschreibt Personen oder so, ich glaube, wenn man so etwas macht, qualifiziert man sich, um aufgenommen zu werden in den Reihen derjenigen, die dann anschließend eben, irgendwann war es auch mal ein Flugblatt, was er gemacht hat und eine NPD-Zeitung, da taucht man dann mit auf, dass man ihn quasi im Rat angegriffen hat. (Trier)

In der Südwestpfalz legen die Antworten auf den versandten Fragebogen nahe, dass die Öffentlichkeitsarbeit der NPD nicht so stark wahrgenommen wird.⁸² Immerhin sagen über die Hälfte (61 Prozent), es gäbe keine Öffentlichkeitsarbeit der NPD. In Trier hingegen sprechen über drei Viertel (77 Prozent) von einer NPD-Öffentlichkeitsarbeit. Die Angaben aus dem Westerwald stimmen mit den mündlichen Gesprächen überein: Alle Befragten aus dem Westerwald sagen aus, die NPD habe keine Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

In der Südwestpfalz gibt es unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der Frage, ob die Anwesenheit eines NPD-Vertreters die Szene vor Ort gestärkt hätte. Einerseits gibt es die Einschätzung, dass der Einzug in den Kreistag generell zu einer Stärkung geführt hat, andererseits wird behauptet, dass die Niederlage bei der Auseinandersetzung um das NPD-Zentrum in Herschberg zu einer besonderen Schwächung geführt habe.

Also, ich denke schon, dass sie gestärkt wurde, und der Abgeordnete hat sich häufig eben mit dem Titel geschmückt. (SWP)

⁸² Zwar ist der Verlust des NPD-Schulungszentrums in Herschberg ein Verlust für die Partei. Dies führt aber nicht unbedingt zu einer Schwächung der Neonaziszene, da diese sich auch in der Südwestpfalz eher subkulturell beispielsweise in Form von Rechtsrock-Konzerten betätigt. Gegebenenfalls spielt hier auch die (in Kap. 1.2.3 erwähnte) Spaltung in der NPD eine relevante Rolle.

Interviewer: Ja. Und würden Sie sagen, dass, sage ich mal, nach dem Aufgeben dieses Objektes, dass sich die Aktivitäten der NPD generell verringert haben? [...]

Antwort: Ja. Nichts mehr da. Null. [...] Wie gesagt, monatelang habe ich ihn jetzt nicht mehr gesehen im Kreistag. Er ist auch verzogen, also er hat sich hier abgemeldet. (SWP)

In Trier hingegen sind sich fast alle einig, dass die Aktivitäten mit dem Einzug eines NPD-Vertreters in den Stadtrat zugenommen haben.

Das macht sie mit Sicherheit, also Plakatwerbung hat man natürlich gesehen, gerade vor der Kommunalwahl hat sie massiv Plakatierungen durchgeführt und ich will nicht sagen, ob sie jetzt mehr aktiv sind, sie machen einen Stand oder Demonstrationen, also es hat doch mehr zugenommen. (Trier)

Im Westerwald wurde die Frage nach den Veränderungen der Szeneaktivitäten nicht beantwortet, da man dort generell keine Neonaziszene erkannte.

In der Gesamtschau ist festzuhalten, dass es in allen drei Gebieten eine Naziszene gibt. Auffällig ist, dass dies im Westerwald von allen abgestritten wird, einschließlich des befragten Experten aus der Zivilgesellschaft. Sowohl seine eigenen Hinweise als auch Belege aus der Presse zeigen aber das Vorhandensein einer Naziszene auch im Westerwald. In der Südwestpfalz und in Trier sprechen die Befragten von einer erkennbaren Szene, in einigen Fällen wird diese allerdings als nur klein und im Auflösen begriffen beschrieben.

Die Anwesenheit eines NPD-Vertreters in dem jeweiligen Gremium führt den Einschätzungen der Befragten zufolge in Trier zu einer Stärkung der Szene. In der Südwestpfalz halten sich die Stimmen die Waage, die von einer Stärkung oder einer Schwächung der Szene sprechen. Im Westerwald gab es keine Einschätzung hierzu, da das Vorhandensein einer Szene von allen verneint wurde.

Von einer erkennbaren Öffentlichkeitsarbeit der NPD berichten wiederum nur Befragte aus Trier und der Südwestpfalz. Im Westerwald ist die Partei

in den letzten Jahren laut Auskunft der Befragten nicht aufgefallen. Dies könnte auch an dem schlechten Zustand der Partei vor Ort liegen, die im Jahr 2011 die nötigen Unterschriften für die Zulassung zur Landtagswahl gefälscht hatte.⁸³ In Trier wird von häufigen, von Babic organisierten Demonstrationen gesprochen und in der Südwestpfalz ragt vor allem der Konflikt um das ehemalige NPD-Schulungszentrum in Herschberg heraus. Es zeigt sich zwar, dass es einen Zusammenhang zwischen der Neonaziszene und der Öffentlichkeitsarbeit der NPD gibt. So gibt es in den Gebieten mit einer größeren Szene auch mehr Öffentlichkeitsarbeit der NPD, der Umkehrschluss bestätigt sich aber nicht. Der desolate Zustand der NPD im Westerwald oder der Rückschlag für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei in Herschberg wirken sich nicht auf die Neonaziszene aus. Sie bleibt eher subkulturell organisiert.

2.7 Aktivitäten gegen die extreme Rechte

Kurzzusammenfassung:

- Es gibt in allen drei Regionen Aktivitäten gegen die extreme Rechte.
- Am deutlichsten sind die Gegenaktivitäten dort, wo das öffentliche Auftreten der NPD und der Naziszene besonders ausgedehnt ist.
- Im Westerwald finden die geringsten Aktivitäten gegen die extreme Rechte statt.

Aus allen drei Gebieten berichten die Interviewten von einem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen rechts. Es kam jeweils in den einzelnen Gebieten zu der Gründung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen die extreme Rechte.

Also, es gab dann bei der Sache beim Pater-Ingbert-Napp-Haus, da gab es dann eine Gegendemonstration, wenn ich mich richtig erinnere, das hing auch damit zusammen, mit einer Gedenktafel, die die Stadt am Geburtshaus von Pater Ingbert Napp angebracht hat. Und ansonsten, ich sage mal, das absolut Größte, was gelaufen ist, war wirklich in Herschberg, wo eben dieses Bildungszentrum oder wie sie es genannt haben, aus der Nationalfreiheit, keine Ahnung, ja also da hat sich ganz breit in dem Ort

⁸³ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 09.02.2011.

eine Bürgerinitiative, ein Bürgerbündnis, ein Aktionskreis gegen Rassismus und für Demokratie gebildet. (SWP)

Ja [...], gegen die NPD in Herschberg hat sich eine Gruppe formiert, die nannte sich Arbeitskreis gegen Rassismus. Das waren keine Parteien, sondern das waren Bürger in Herschberg und Vereine zusammengeschlossen, es wurde dann auch mal mit dem Verfassungsschutz eine öffentliche Versammlung abgehalten in Herschberg in der Halle. Da war ich auch anwesend, wo sie dann noch einmal öffentlich zum Ausdruck gebracht haben, dass sie alles tun, damit diese Gruppe hier wieder verschwindet. (SWP)

Ja, das ist der von mir schon angesprochene Verein Buntes Trier. Es gab vorher einen anderen Verein, der darin aufgegangen ist, der durchaus stärker multikulturell orientiert war und der die konservativen Kräfte im Rat, sage ich mal, nicht integrieren konnte, weil dort eben auch aus deren Sicht linksextremistische Gruppierungen mit drin sind, was wir so nicht unterstreichen würden, aber wir wollten trotzdem da alle mit an Bord kriegen und deswegen haben wir es hinbekommen, dass der Verein sich quasi auf neue Füße stellt. Es gibt dafür auch Mittel, also öffentliche Mittel, die das befördern mit einer Stelle, und es gibt darüber hinaus, gab es einen Kongress, den wir organisiert haben mit den Schulen zusammen, um in die Schulen einfach noch stärker hineinzukommen, und das Netzwerk für Demokratie und Courage wurde auch intensiver da nochmals mitbefasst und hat auch gezielt die Schulen angesteuert. (Trier)

Im Westerwald erinnern sich einige Kreistagsmitglieder an eine Gegendemonstration anlässlich des Antritts der NPD zu den Kreistagswahlen 2009.⁸⁴ Der Experte berichtet, dass es ihm in diesem Jahr (2013) gelungen ist, ein neues Bündnis zu schmieden.

Wir haben einmal gemeinsam die Fraktionen, ich weiß aber nicht, ob es in dieser Legislaturperiode war oder schon in der letzten, da gab es in der Verbandsgemeinde Bad Marienberg mal so eine Kundgebung der NPD oder rechten Gruppierungen [...]. Da sind dann parteiübergreifend zu einer Gegendemo oder Friedensdemo Kreistagsmitglieder und sonstige

⁸⁴ Vgl. Westerwälder Zeitung vom 02.06.2009.

Bürgerinnen und Bürger, die sich auch politisch, kommunalpolitisch betätigen, im Westerwaldkreis zusammen aufgetreten. (WW)

Da hat sich was gebildet, aber auch erst in diesem Jahr, hat auch ziemlich viel Mühe gekostet, die Leute überhaupt an einen Tisch zu bekommen. Das fängt jetzt seine Arbeit an. [...] Dann gab es auch die Demonstration, ich weiß gar nicht genau, wann das war, 2009, ich glaube, da gab es eine aktive Zivilgesellschaft, die sich dagegengestellt hat, also da gab es auch eine Demonstration, da war vor allen Dingen der Pfarrer aktiv und die grüne Jugend. (WW, Experte)

In der Südwestpfalz kam es zu einem Besuch des NPD-Vertreters bei der Gründungsveranstaltung des Bündnisses gegen Rechts.

[...] sie haben auch zumindest auch zu der ersten Veranstaltung eine Einladung bekommen, es waren aber auch nicht sehr viele anschließend, und da war tatsächlich der Herr Wagner da. Er war anwesend. [...] er ist tatsächlich gekommen und es hat eigentlich keiner was zu ihm gesagt, auch die Organisatoren von dem Bündnis, die haben es natürlich entsetzt zur Kenntnis genommen, wussten auch nicht so richtig, wie sie sich verhalten sollten, dann guckst du es dir halt mal an. Er hat eigentlich auch nicht weiter den Mund aufgemacht. Er hat sich halt mal dazugestellt, mal dort dazugestellt und geguckt. Es hat halt eine Atmosphäre der Verunsicherung dadurch stattgefunden. (SWP)

Dies war genau die Situation, die der zivilgesellschaftliche Experte in Trier befürchtet hatte, die aber dort nicht eingetreten ist.

[...] dann haben wir sozusagen relativ schnell klar gesagt, die Angebote, die wir heute bei dem Bürgerkongress haben, die führen wir nicht durch, wenn S. Babic kommt. Der S. Babic darf hier nicht teilnehmen und dann war es aber formal, können wir dem aber eigentlich gar nicht verbieten als Parlamentarier [...]. Und er kam nicht. Aber war das ein Stress im Hintergrund. Ich war dann so wie Vermittler zwischen Bündnis, die da, wir ziehen mit Protest wieder ab mit unserer Veranstaltung, das darf doch nicht wahr sein, wir lassen in den Raum niemand rein, wo der [Name] gleich redet, das ist absurd. [...] das wäre nicht gegangen und das haben wir

dann auch kommuniziert und irgendwann waren die Vertreter der Stadt so weit, okay, dann müssen wir sozusagen bei den Einzelveranstaltungen gucken, dass das nicht ist. Der Veranstalter, unser Veranstalter kann ja vielleicht doch vom Hausrecht Gebrauch machen. (Trier, Experte)

In Trier hat es den aktivsten zivilgesellschaftlichen Protest gegeben. Neben Gegenprotesten bei den öffentlichen Auftritten der extremen Rechten und einer Protestaktion bei der ersten Stadtratssitzung gab es auch eine kontinuierliche Sitzungsbeobachtung durch zivilgesellschaftliche Akteure.

Es gab ein Transparent bei der ersten Stadtratssitzung, wo er aufgetaucht ist. Es gab im Vorfeld Bündnis gegen Rechts, Statements in der Presse, Diskussionen, ich glaube, da wurde es auch kurz richtig laut. [...] Es gab einen harten Kern, der hat eigentlich jede Sitzung Leute da gehabt und beobachtet. (Trier)

Das dortige Bürgerbündnis, der Verein Für ein buntes Trier, ist durch einen Stadtratsbeschluss legitimiert, alle Fraktionen unterstützen es. Die breite Aufstellung korrespondiert mit entsprechenden Ressourcen, so dass der Verein eine Person fest anstellen konnte.

Wir haben dann aber trotzdem, dann auch mit Ratsbeschluss, habe ich ja dann einen entsprechenden Ratsbeschluss eingeholt, einen Verein gegründet, ganz bewusst, um einen Rechtsträger zu haben, um Personen anzustellen, die Widerstandsarbeit gegen die NPD kontinuierlich machen. [...] in diesem Verein Buntes Trier, da sind quasi Vertreter anderer Institutionen mit drin, da sind Einzelmitglieder drin und da sind Mitglieder aller Fraktionen, sind Mitglied im Verein. [...] (Trier)

In dem versandten Fragebogen antworten die Parlamentarier_innen, dass ihre Parteien in Trier und der Südwestpfalz an Gegenprotesten teilgenommen haben. Auf die Frage, wie der Öffentlichkeitsarbeit der NPD durch die eigene Partei entgegengetreten wird, antworten in Trier und Südwestpfalz die Befragten auch „mit Protestaktionen“ (jeweils zweithäufigste Nennung). Im Westerwald wurde diese Antwortmöglichkeit nicht gewählt. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die geringen außerparlamentarischen Gegenaktivitäten in dieser Region.

Ingesamt gesehen gab es in allen drei Gebieten Proteste gegen das öffentliche Auftreten der extremen Rechten. Diese waren dort am größten, wo jene am stärksten wahrgenommen wurden. In Trier waren das öffentliche Auftreten der NPD und der Neonaziszene und damit auch der Gegenprotest am stärksten. Hier kam es sogar zu der Gründung eines von allen Fraktionen im Stadtrat unterstützten Gegenbündnisses. In der Südpfalz gab es Schwerpunkte (Herschberg) beim öffentlichen Agieren der rechten Szene, was dann auch zu entsprechenden Gegenbewegungen geführt hat. Im Westerwald wurde das öffentliche Agieren der Rechten praktisch nicht wahrgenommen, obwohl es dieses durchaus auch gab (siehe Kapitel 2.6), worauf nur geringe Gegenaktivitäten entfaltet wurden.

2.8 Bedarf und Forderungen der demokratischen Mandatsträger_innen

Kurzzusammenfassung:

- Viele Befragte wünschen sich eine bessere interfraktionelle Kooperation.
- Besonders gefragt sind Informationen über die extreme Rechte im allgemeinen und im besonderen jeweils vor Ort.
- Für kommunalpolitische Verantwortliche sollen nach Ansicht der Befragten eigens aufbereitete Informationsmaterialien und Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden.

Im folgenden Abschnitt sollen allgemeine Wünsche und Forderungen der Interviewpartner für einen zukünftigen Umgang mit NPD-Vertreter_innen vorgestellt werden. In diese Darstellung fließen auch Ratschläge der Befragten an andere Kommunalpolitiker_innen ein, um die in den Gesprächen gebeten wurde. Ferner konnten die Befragten Maßnahmen benennen, die sie in ihrer Arbeit gegen die extreme Rechte als Unterstützung benötigen.

Um den Einzug von NPD-Kandidaten in kommunale Parlamente beziehungsweise die Wählerzustimmung für diese zu verhindern, empfehlen einige Befragte eine größere Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen.

Ja, das Interesse an Politik muss verstärkt werden, das ist nicht einfach. [...] Und wenn ich mich einbringe, kann ich was erreichen, Bürgerbeteiligung muss gestärkt werden, das denke ich, ist wichtig. Da passiert in Trier einiges, aber es hat oft einen sehr informellen, nicht bindenden Charakter. Es gibt Vorschläge und der Stadtrat guckt dann halt. Man weiß auch nicht immer, wie die Ergebnisse sind. Obwohl ich viel lese, kriege ich auch nicht so viel mit, dass ich denke, diese Bürgerbeteiligung lohnt sich für die Bürger. Ich glaube, da müsste noch stärker überlegt werden, wie man das kommuniziert, dass Vorschläge ernsthaft diskutiert und teilweise auch umgesetzt werden. (Trier)

Überhaupt sollen die Parteien mehr auf die Bedürfnisse von Wählern eingehen, ohne jedoch selbst populistische Inhalte zu vertreten.

Ich denke, die etablierten Parteien müssen eine Politik machen, so dass sich die Wähler von ihnen angesprochen fühlen, ohne dass man quasi jedem Radikalinski nachläuft. (WW)

Ja, man bräuchte halt eine kontinuierliche Arbeit von allen ich sage jetzt mal demokratischen Kräften. Und wie gesagt, so einen festen Kern an Menschen mit diesem Gedanken, die gibt es, die wird man auch nicht irgendwie ändern, aber dass man zumindest, dass man die Protestwahl irgendwie noch einmal in Angriff nimmt und den Leuten sagt, wenn ihr die wählt, wählt ihr das und das und das. (WW)

Von mehreren Interviewten wird auch eine höhere Wahlbeteiligung gefordert.

Ich glaube, die Wahlbeteiligung müsste deutlich steigen, weil ich glaube nicht, dass man die absolute Zahl der NPD-Mitglieder deutlich reduzieren könnte, also man kann vielleicht [durch] die Aufklärungsarbeit da ein bisschen die Zahl senken, aber ich glaube schon, dass es da so einen gewissen Grundprozensatz gibt, der immer wieder NPD wählen würde, und wie sie es auch bei den Bundestagswahlen gemacht haben, also da gab es ja Leute, die die NPD gewählt haben, und die werden das quasi dann auch weiterhin tun. (Trier)

Von mehreren Gesprächspartnern wird dabei auf sozioökonomische Rahmenbedingungen verwiesen.

Das ist halt eine Frage der politischen Situation, der wirtschaftlichen Situation, und ich glaube nicht, dass das hier in der Region auf Dauer besser wird. Wir haben einen Bevölkerungsrückgang, ganz klar, überall der Leute hier. So, was uns helfen würde, wäre eben, wenn die wirtschaftliche Situation sich hier sehr stark ändern würde zum Positiven. Aber das sehe ich nicht, muss ich ehrlich sagen. Ich meine, die Region ist sehr konservativ, dadurch stößt natürlich die eine oder andere Idee schon auf fruchtbaren Boden, aber gerade die soziale Situation, ich glaube, das ist so das Ausschlaggebende, die Perspektivlosigkeit für viele Leute. Man muss weggehen, man kann nicht in der Region bleiben, wenn man jetzt einen guten Job bekommen will, gut bezahlten Job bekommen will. Also, damit könnte man dem Ganzen das Wasser abgraben, aber ich sehe da eigentlich wenig Hoffnung, muss ich ehrlich sagen, dass sich das wirklich bald bessert. (SWP)

Das liegt sicherlich daran, dass die Politik, dass wir als Demokraten nicht alle Bevölkerungsgruppen in ihren Nöten und Bedürfnissen immer so angesprochen haben und so berücksichtigt haben, wie sie es verdient hätten. Das ist ein Phänomen der Globalisierung ganz sicher, wo es immer stärker um Verlierer und Gewinner geht und der Druck immer stärker wird und wir als Gesellschaft uns es scheinbar nicht mehr leisten können, wirklich alle mitzunehmen, oder vielleicht auch nicht leisten wollen in einigen politischen Bereichen. (Trier)

Die jeweiligen Äußerungen sind in Bezug auf die Region und auf die Parteizugehörigkeit heterogen. Es lässt sich kein spezifisches Muster erkennen. Lediglich die Befragten aus dem Westerwald sind ein wenig resignierter als die der anderen beiden Regionen.

Ich kann ja nicht die Gesinnung der Menschen drehen, die die NPD oder rechte Gruppierungen wählen. (WW)

Ja, was sind das für Wähler, die die NPD wählen. [...] Das sind Wähler, die ich jetzt gesinnungsmäßig ähnlich so sehe wie diejenigen, die die NPD im Kreistag oder in den kommunalen Gremien vertreten. Es gibt Wähler, die

wählen die Freien Wähler, also der ich angehöre, es gibt welche, die wählen die CDU, die SPD, die Linke, die Grünen und alles Mögliche, jeder hat so sein Klientel, ja. Wie man dazu kommt, weiß ich nicht. (WW)

Es überrascht nicht, dass in Trier, wo es den auffälligsten Akteur gab, der Wunsch nach einer intensiveren interfraktionellen Zusammenarbeit am deutlichsten geäußert wurde.

Die sollten sich zuerst einmal zusammenschließen alle und wirklich genau überlegen, wie sie damit umgehen. Sie sollten genau das Ergebnis analysieren, um zu schauen, inwieweit man das vielleicht auch durch gezielte inhaltliche Arbeit und durch gezielte Ansprache von Personen auch, sage ich mal, langfristig beheben kann oder minimieren kann. (Trier, Experte)

[...] sich frühzeitig mit den anderen demokratischen Parteien zu verständigen und natürlich, dass es eine ganz straffe und autoritäre Sitzungsleitung gibt, die Einhalt gebieten kann, um zu vermeiden, dass die nichtdemokratischen Parolen nach außen getragen werden. (Trier)

Aber auch von anderen Interviewpartnern wird der Wunsch nach mehr Kooperation geäußert.

Ja, dass man wirklich versucht, eine gemeinsame Strategie zu kriegen, also wirklich einen Konsens, dass man das auch immer mal wieder thematisiert und dass man auch außerhalb des Kreistages oder des Rats versucht, Aktivitäten auch zu stärken und das eben nicht totzuschweigen. (WW)

Was eine mögliche Unterstützung für kommunalpolitische Mandatsträger anbelangt, haben sich fast alle Befragten mehr Information und Beratung (siehe Kapitel 3.2) gewünscht.

Also, ich könnte mir vorstellen, dass es hilfreich ist, dass Gremienmitglieder, bei denen ein Mitglied vielleicht NPDler ist, dass die anderen praktisch dann durch die Landeszentrale vielleicht eine Info einfach bekommen, nach dem Motto: „In Ihrem Kreistag oder Verbandsgemeinderat wurde ein Mitglied der NPD gewählt“, und dann vielleicht eine Kurzinformation, wie viel Mitglieder in Rheinland-Pfalz dazu gemeldet sind, wie vielleicht

noch einmal das konkrete Wahlergebnis aussah, und vielleicht auch in den einzelnen Orten noch einmal aufgeschlüsselt. [...] aber ich glaube, dass es ganz wichtig ist, auch für die Vertreter der demokratischen Parteien, dass wir diese extremen Randgebiete nicht unterschätzen dürfen und im Blick behalten müssen. (SWP)

Also, ich denke mal so, es war für uns alle, da ziehe ich die anderen mit ein, zuerst einmal ein Novum, eine ganz ungewohnte Situation, [...] den Umgang zu erlernen mit einem NPDler, ich denke mal, wenn die neu gewählten Kommunalpolitiker oder [...] verschiedene Landtage, wenn die irgendwo eine Grundschulung hätten, wie man den Umgang machen könnte, und das möglichst direkt zeitnah nach der Kommunal- oder nach der Landtagswahl, dass man sich darauf vorbereiten kann. Das wäre schon mit Sicherheit sinnvoll, weil wir hatten alle zuerst einmal einen Schock nach der Kommunalwahl und dann natürlich die Frage [...], wie verhalten wir uns, was machen wir und wenn es da irgendwo einen Handlungsspielraum oder einen Leitfaden geben würde, ich denke, das hätte vielleicht schon einigen geholfen. (Trier)

Solche Geschichten finde ich eigentlich ganz gut jetzt, wenn man auf kommunaler Ebene Leuten vermittelt, wie man sich gegen Rechte schützen kann, beispielsweise beim Mietrecht, bei Vermietung von Grillhütten oder von öffentlichen Einrichtungen, wie man schon in den Raumnutzungsordnungen Rechtsextreme ausschließen kann. Das halte ich als einen Weg, als einen Mosaikstein von vielen, die man machen könnte. (WW)

Lediglich ein Befragter aus dem Westerwald sieht keine Notwendigkeit für mehr Aufklärungsarbeit, da das die betreffenden NPD-Vertreter ohnehin nur aufwerten würde und deren Bedeutung gering sei.

Ich glaube, jede Aufklärungsveranstaltung oder ähnliches wertet ihn ja schon per se auf, weil es zeigt, dass man der Auffassung ist, man muss ihn ernst nehmen. Das kann ich eigentlich momentan nicht. Bei der Art und Weise, wie er auftritt, bei der Art und Weise, was er von sich gibt, und bei der Art und Weise, welche Wirkung er dann in der Breite hat, nämlich keine für mich feststellbare. (WW)

In den Gesprächen wurde auch dezidiert danach gefragt, was die Befragten von einem NPD-Verbot halten. Die Befürworter eines NPD-Parteienverbotes sind in einer klaren Mehrheit: Von den 15 Befragten befürworteten neun entschieden ein Verbot, ein Befragter ist unentschieden und fünf lehnen ein Verbot klar ab. Die drei zivilgesellschaftlichen Experten fordern allesamt ein Verbot der NPD.

Gegen ein Verbot wandten einige der übrigen Befragten ein, dass extrem rechtes Denken dadurch nicht verschwände.

Wenn mir etwas unlieb ist, dann kann ich es nicht einfach verbieten, damit kriege ich es ja nicht aus der Welt, im Gegenteil. Dann werden die immer giftiger, suchen einen anderen Namen und dann geht es gerade auf der Ebene weiter. Nein, wir müssen eine Politik machen, dass dieses Gedankengut überflüssig wird. Das gilt jetzt nicht nur für Deutschland. (WW)

Ich halte beispielsweise nichts davon, was jetzt geplant ist oder was jetzt anliegt vom Bundesrat, den Verbotsantrag. Damit werden wir möglicherweise eine Struktur zerschlagen können, aber nicht das Gedankengut. Und es kommt eher darauf an, da was in den Köpfen zu ändern. (WW)

Ein weiterer Einwand ist die Vermutung, die Rechten würden eine Ersatzpartei gründen, so dass sich das Problem nur verlagern würde.

Nun, wir haben ja nicht nur die NPD da, sondern auch die Republikaner, und ein NPD-Verbot würde meines Erachtens nur dazu führen, dass die Szene sich verlagert, dass eine neue Partei gegründet wird, beispielsweise, oder dass eben die NPD eine andere Partei unterwandert, man hat ja schon da eine Menge Beispiele. (SWP)

Als Argument für ein Verbot wird auf die öffentlichen Steuergelder hingewiesen, die die Partei (unter anderem in Form von Wahlkampfkostenerstattungen und Zuweisungen für die parlamentarische Arbeit in den entsprechenden Landtagen) erhält.

Also, ich bin dafür, wir sind ja auch im Land da ganz vorne mit dabei, wobei natürlich klar ist, die dürfen keine Steuergelder mehr bekommen

und auch sonst, eine verfassungsfeindliche Partei gehört einfach nicht in die Landschaft, gehört einfach verboten, wenn man da noch andere Möglichkeiten hat, dagegen vorzugehen. (WW)

Zudem würde die kommunalparlamentarische Arbeit ohne die Störungen durch NPD-Vertreter entspannter.

Ich würde mich sehr freuen, wenn es möglich wäre, diese Partei zu verbieten.

Interviewer: *Würde das die Arbeit im Kreistag erleichtern?*

Antwort: Erleichtern vielleicht direkt nicht, aber es wäre vielleicht wieder eine etwas entspanntere Atmosphäre. (SWP)

Es gibt bei diesem Ergebnis keine regionale Differenzierung, Befürworter und Gegner sind in allen drei Untersuchungsgebieten vorhanden.

In Bezug auf mögliche Unterstützungsangebote für Parlamentarier_innen ragt der Wunsch nach einer besseren interfraktionellen Kooperation und nach mehr Information heraus. Das verlangt von den betreffenden Parteien ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft und die Fähigkeit, das Lagerdenken zu überwinden.

Es gibt einen großen Bedarf nach Aufklärung über die extreme Rechte, über ihre Personen, Organisationen, Vorgehensweisen und Inhalte. Institutionen, die politische Bildung betreiben, sollten sich verstärkt an Kommunalpolitiker_innen wenden und speziell für diese aufbereitete Informationsmaterialien und Beratungsangebote bereitstellen.

2.9 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Die folgenden Ausführungen fassen die Ergebnisse der einzelthemenatischen Analyse (Kapitel 2.1. bis 2.8) zusammen. Zu diesem Zwecke werden die Forschungsfragen aus Kapitel 1.1 herangezogen.

1) Wie sehen die Aktivitäten von Neonazis in rheinland-pfälzischen Parlamenten aus? Welche Inhalte stehen im Vordergrund und wie werden

diese thematisiert? Welche Auswirkungen hat die Präsenz von NPD-Vertretern in den kommunalen Parlamenten?

Zunächst sind die verschiedenen Aktivitätsgrade der drei NPD-Mandatsträger zu unterscheiden. In Trier betätigte sich mit Safet Babic ein sehr betriebsamer Kader, während Christian Greeb im Westerwald und Sascha Wagner in der Südwestpfalz eher geringe Aktivitäten entfaltet haben. Alle drei haben in den jeweiligen Parlamenten keine formalen – und somit sanktionsfähigen – Regelverstöße begangen. Dennoch haben sehr viele der mündlich und schriftlich Befragten die Anwesenheit der NPD-Vertreter als störend empfunden. Besonders unangenehm war vielen die Präsenz von extrem Rechten im Publikum während öffentlicher Sitzungen. Einige Befragte hätten sich verstärkt Eingriffe und Ordnungsrufe seitens der Sitzungsleitung gewünscht. Offensichtlich kann durch eine effizientere und konsequentere Sitzungsleitung die Situation für die demokratischen Parlamentarier_innen noch verbessert werden. Da die NPD-Vertreter sich zurückzuhalten wissen, werden formale Mittel aber kein Allheilmittel sein.

Die in den Parlamenten eingebrachten Themen der NPD-Mandatsträger umfassen die klassische Bandbreite extrem rechter Inhalte. Hier ist in der Zukunft mehr auf mögliche Rechtsverletzungen (wie beispielsweise volksverhetzende Straftatbestände) bei Anfragen und Äußerungen zu achten. Hierzu könnte die in vielen Fraktionen vorhandene juristische Expertise genutzt werden, die jedoch in diesem Sinne gebündelt werden müsste.

Kommunale Sachkompetenz wird den NPD-Vertretern im Westerwald und in der Südwestpfalz nahezu vollständig abgesprochen, dem Trierer NPD-Vertreter jedoch wird – vor allem in Bezug auf formale Verfahrenswesen – ein gewisses Geschick attestiert. Bei allen dreien wurde insgesamt ein Unvermögen und Unwillen festgestellt, zur Lösung von kommunalen Sachfragen beizutragen. Das kommunale Parlament sollte nach Auffassung der Interviewpartner_innen lediglich als Bühne für einen extrem rechten Ideologietransfer dienen.

Man wird sich in den kommenden Legislaturperioden allerdings nicht darauf verlassen können, es nur mit inkompetenten extrem rechten Vertretern zu tun zu haben. Eine gute personelle und inhaltliche Vorbereitung

auf eine derartige Präsenz bleibt daher ständige Herausforderung für die demokratischen Kräfte.

2) Wie wurde die Arbeit und Funktion des betroffenen Parlaments beeinflusst? Gab es zum Beispiel eine Kooperation der demokratischen Parteien? Kam es zu einer Isolierung des NPD-Vertreters? Kam es zu einer Veränderung der Parlamentsordnung?

Als häufigste Strategie der einzelnen Fraktionen zum Umgang mit dem NPD-Mandatsträger wurden Ignorieren und eine demonstrative Distanzierung genannt. Grundsätzlich kann das (mit den Befragten) als erfolgreich angesehen werden. Die NPD-Vertreter haben bei Entscheidungen der kommunalen Gremien keine ausschlaggebende Rolle gespielt und konnten auch keine Themen auf die politische Agenda setzen.

Es ist indessen im Westerwald und in der Südwestpfalz nur zu einer unzureichenden interfraktionellen Kooperation gekommen, während in Trier eine Zusammenarbeit gegeben war, die sich im Verlauf der Legislaturperiode sukzessive verbesserte. Allen drei Regionen gemeinsam ist das Fehlen von (zum Beispiel schriftlich fixierten) Vereinbarungen, womit die divergenten Erinnerungen der Befragten bezüglich einer Zusammenarbeit korrespondieren.

Die jeweiligen NPD-Vertreter wurden trotz der nicht ausreichenden Konzentrierung der demokratischen Kommunalparlamentarier_innen erfolgreich isoliert. Als Gründe hierfür müssen jedoch auch die geringe Aktivität der NPD-Vertreter im Westerwald und in der Südwestpfalz sowie der Ausschluss Babics wegen eines Gewaltdelikttes genannt werden und weniger die Einzelstrategien der demokratischen Abgeordneten.

Die Maßnahmen der Einzelfraktionen haben im Parlament gewirkt, aber nicht außerhalb davon: Es wurde kein gemeinsames Vorgehen der Demokrat_innen gegenüber Presse und Öffentlichkeit kommuniziert.

3) Konnte die NPD parlamentarische Erfolge erzielen?

Die NPD konnte keine parlamentarischen Erfolge erzielen. Weder bei Entscheidungen kommunaler Gremien noch bei Anträgen und Beschlüssen der Parlamente haben die NPD-Mandatsträger eine wichtige Rolle gespielt. Drei Gründe sind dafür wesentlich. Erstens sind die geringe Aktivität zweier NPD-Vertreter und der Ausschluss des dritten aus dem Kommunalparlament zu nennen. Ferner ist zu beachten, dass sie als fraktionslose Parlamentsmitglieder eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten haben (siehe Kapitel 2.1.1). Zweitens hat mangelnde Sachkompetenz ein Agendasetting und die Bereitstellung von (öffentlichkeitswirksamen) Lösungen verhindert. Drittens hat die zumindest konsequente Isolierung der NPD-Vertreter durch die Demokrat_innen die Aktivitäten der extrem Rechten erschwert.

4) Gab es Einflüsse und Wechselwirkungen bei den kommunalen Verwaltungen? Wie haben diese auf die Anwesenheit und die Aktivitäten eines NPD-Vertreters reagiert? Gab es einen besonderen Umgang mit diesen oder wurden sie behandelt wie die anderen Vertreter auch?

Im Westerwald klaffen die Wahrnehmung der Befragten und die Ergebnisse der Auswertung der Presseartikel auseinander. Während die Presse von einigen NPD-Veranstaltungen berichtete, können sich die Interviewpartner_innen nicht an solche Ereignisse erinnern und beschreiben daher auch keine Aktivitäten der Verwaltungen.

Das Verhalten der Verwaltung in Trier wird von den Befragten uneinheitlich bewertet. Angesichts des einmütigen Beschlusses, den NPD-Vertreter aus dem Stadtrat auszuschließen, und der Änderungen für den Zugang zum Ratssaal (um den Zutritt von Gesinnungsfreunden zu erschweren) fällt die Bilanz zufriedenstellend aus. Beklagt wird allerdings die nicht ausreichende Sanktionierung von störenden oder beleidigenden Äußerungen des NPD-Mandatsträgers.

In der Südwestpfalz hingegen hat es intensive Aktivitäten der Verwaltung gegenüber der NPD gegeben. Es kam zu einer umfangreichen Zusammenarbeit zwischen den Behörden, der Verwaltung und dem Parlament. Die

Auseinandersetzung wurde zu einem großen Teil durch die Kreisverwaltung, auch vor Gericht, geführt. Hier wurden die juristischen Möglichkeiten erfolgreich ausgeschöpft. Was den politischen Alltag im Parlament selbst betrifft, hat in der Südwestpfalz kein Verwaltungshandeln stattgefunden.

5) Haben diese Wechselwirkungen die zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort beeinflusst? Gab es eine Zusammenarbeit von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen?

In allen drei Gebieten gibt es ein zivilgesellschaftliches Engagement in Form von Bürgerbündnissen gegen die extreme Rechte. Viele der befragten Parlamentarier_innen wirken – mit unterschiedlicher Intensität – in diesen Bündnissen mit. Dabei handelt es sich besonders im Westerwald, aber auch in der Südwestpfalz eher um kleinere, punktuell auf Einzelveranstaltungen bezogene Aktivitäten. In Trier gibt es eine sehr nachhaltige und dauerhafte Betätigung. Hier ist vor allem die Gründung des Vereines Buntes Trier zu erwähnen, der von allen demokratischen Kräften im Stadtrat regelmäßig unterstützt wird. Auch insgesamt gibt es in Trier mehr Gegenproteste bei öffentlichen Auftritten der extremen Rechten. Einschränkend muss man feststellen, dass die Bedingungen für antifaschistisches Handeln in der urbanen Agglomeration Trier mit einer großen Universität besser sind als in den weitflächigen ländlichen Regionen des Westerwaldes und der Südwestpfalz.

Für den Westerwald ist auffällig, dass keine extrem rechten Aktivitäten gesehen werden, obwohl es sie durchaus gegeben hat, und es folgerichtig nur eine geringe Beteiligung an Gegenaktivitäten gibt, und das auch nur von Einzelnen. Eine befragte Person aus dem Westerwald gibt diesbezüglich als Vermutung an:

Ich weiß nicht, ob das ein bisschen mit Scham zu tun hat, weil man weiß, dass es in der eigenen Region das Problem gibt, kann sein, ich weiß nicht. (WW)

6) Hatten diese Wechselwirkungen einen Einfluss auf die lokale bzw. regionale Neonaziszene? Erhielt die Neonaziszene durch Mandatsträger mehr Zulauf und Aufmerksamkeit? Wie entwickelte sich die parlamentarische Karriere des NPD-Mandatsträgers selbst?

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kann nicht beantwortet werden, ob die Präsenz in Kommunalparlamenten für die NPD einen Erfolg darstellte. Hierzu wäre eine empirische Untersuchung der NPD-Parteigänger beziehungsweise der NPD-Wählerschaft notwendig. Aus Forschungssicht wären solche weiterreichenden Erhebungen sehr nützlich.

Das Auftauchen eines neuen politischen Akteurs in Form der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) und ein drohendes Parteiverbot der NPD sind weitere Unsicherheitsfaktoren bei einer Einschätzung der politischen Zukunft der Partei.

In den jeweiligen Parlamenten waren die NPD-Mandatsträger isoliert. Innerhalb der Partei ist es vor allem Safet Babic gelungen, sich in einer hohen Position innerhalb der Parteihierarchie (stellvertretender Landesvorsitzender) einzurichten. Sascha Wagner aus der Südwestpfalz hat zum Zeitpunkt der Befragung, also am Ende der Legislaturperiode die gleiche Bedeutung, die er vor seiner Abgeordnetentätigkeit hatte. Er ist nach wie vor in der Musik- und Kameradschaftsszene der extremen Rechten ein wichtiger Akteur. Christian Greeb bleibt zwar laut eigener Auskunft „Nationaldemokrat“, hat aber die Partei inzwischen verlassen.

Die extreme Rechte ist nicht das einzig wichtige politische Thema. Angesichts eines europaweiten Erstarkens von extrem rechten oder rechtspopulistischen Organisationen und entsprechender Wahlerfolge sollte dieses Thema jedoch sehr ernst genommen werden. Den Kommunalparlamenten mit ihrer großen Bürgernähe und der unmittelbaren Wirkung ihrer politischen Entscheidungen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.⁸⁵

⁸⁴ Die Aussage Greebs erfolgte nach seinem Austritt. Er bezeichnete sich selbst auf diese Weise laut Auskunft von mehreren Interviewpartnern der in dieser Studie durchgeführten Befragung.

3 Empfehlungen

3.1 Handlungsempfehlungen

Im Folgenden werden zunächst allgemeine Empfehlungen vorgestellt, denen sich konkrete Handlungsempfehlungen für die Praxis anschließen. Bevor hier Überlegungen angestellt werden, welche Strategien hinsichtlich einer NPD-Präsenz für demokratische Kommunalpolitiker_innen in Frage kommen, muss die Notwendigkeit hierfür erörtert werden.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass die NPD und das durch sie vertretene Gedankengut eine Gefahr für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft darstellen.⁸⁶ Dabei besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Gefahr nicht in einer möglichen Regierungsbeteiligung oder gar -mehrheit, also in der Möglichkeit, die Parteiziele auch unmittelbar durchsetzen zu können. Vielmehr droht eine Etablierung in der Öffentlichkeit als gewöhnlicher politischer Akteur einschließlich der entsprechenden Inhalte. Zu befürchten ist mithin eine allmähliche Akzeptanz der NPD als legitimer Teil der Parteienlandschaft – immerhin ist sie in die entsprechenden Gremien demokratisch gewählt worden.

In der Literatur wird zu recht darauf hingewiesen, dass kommunalpolitische Aktivitäten der NPD nicht zwangsläufig einen Erfolg für die Partei bedeuten müssen. Schließlich besteht ein Legitimitätsproblem gegenüber den eigenen Anhängern. Die NPD arbeitet ja in legalistischen, parlamentarischen Strukturen, die von ihr selbst und vor allem von der eigenen Anhängerschaft grundsätzlich abgelehnt werden.⁸⁷ „Darüber hinaus hängt der Erfolg dieser Strategie ganz wesentlich davon ab, dass die in die Kommunalpolitik involvierten Parteimitglieder ihr rein instrumentelles Verhältnis zu den Kommunalparlamenten auch beibehalten und sich aus Sicht der Partei nicht ‚korrumpieren‘, also in das politische System integrieren lassen.“⁸⁸ Inwieweit die kommunale Arbeit der NPD der Partei als solcher eher nützt oder schadet, ist nur im konkreten Falle empirisch zu ermitteln.

⁸⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Bund), S. 79 ff.

⁸⁷ Vgl. Begrich/Weber 2011, S. 52 ff.

⁸⁸ Beier u. a. 2006, S. 20.

Jedoch ist es aus demokratischer Perspektive gar nicht entscheidend, dass die Präsenz in Kommunalparlamenten der NPD als Partei möglicherweise nützt. Wichtiger ist die Funktion des Parlamentes als Bühne für Inhalte der NPD. Gegebenenfalls kommt es zu keiner Etablierung als politischer Akteur. Es ist aber mit einer Etablierung von Äußerungen, Positionen und Zielen der Partei zu rechnen bis hin zu einer Anerkennung als eine demokratische Haltung unter vielen.⁸⁹ Unter Umständen sind es dann andere extrem rechte Parteien, die von der NPD-Präsenz profitieren.

Die Inhalte der NPD widersprechen den fundamentalen Rechtsprinzipien einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Sie stellen die Gleichheit der Menschen in Frage und lehnen partizipatorische Strukturen ab. Sie greifen die Rechte von Minderheiten an und verstärken Ressentiments und Vorurteile bis zur Relativierung von Bürgerrechten. Jede demokratische Organisation stellt für die NPD einen Feind dar (siehe Kapitel 1.2).⁹⁰

Demgegenüber muss es einen Konsens aller Demokrat_innen geben, der die Ablehnung extrem rechter Parteien und ihrer Inhalte öffentlichkeitswirksam signalisiert. Dabei ist es gar nicht nötig, politische Differenzen zwischen den demokratischen Parteien einzuebnen. Hier geht es nur um die konsequente Zurückweisung neonazistischen Gedankenguts und das Eintreten für humanistische Grundpositionen. Für Rheinland-Pfalz sollte eine Zusammenarbeit in diesem Feld das gesamte Spektrum von der CDU bis zur Partei der Linken umfassen.

Ein Befragter in Trier formulierte die Forderung:

Also im Prinzip braucht es eine supergroße Koalition gegen rechts. (Trier)

Das bedeutet für alle möglichen Beteiligten durchaus große Anstrengungen: das Überwinden des Lagerdenkens und die Fähigkeit zum Kompromiss. Der einstimmige Beschluss des Stadtrates Trier, Babic auszuschießen, macht indessen deutlich, dass es möglich ist. Die wichtigste Handlungsempfehlung, die alle anderen mit einschließt, ist also die, dass Demokrat_innen gegen die extreme Rechte kooperieren müssen.

⁸⁹ Vgl. Decker/Kiess/Brähler 2012, S. 10 ff.

⁹⁰ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012 (Rheinland-Pfalz), S. 37 f.

In der politikwissenschaftlichen Forschung besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, sich mit den Akteuren und den Inhalten der extremen Rechten aktiv auseinanderzusetzen und nicht darauf zu warten oder zu hoffen, dass sich das Problem von selbst erledigt.⁹¹ Ein abgestimmtes Handeln demokratischer Organisationen steht allerdings vor der Herausforderung, der medialen Öffentlichkeit die Notwendigkeit dafür zu vermitteln. Erschwert wird dies durch eine Veränderung der Medienlandschaft, in der ein „Rückgang der politischen Berichterstattung zugunsten einer zunehmenden Orientierung an Personen, Emotionen, Unterhaltung“ zu konstatieren ist.⁹² Es wird schwierig sein, zu erläutern, warum sich viele gegen eine Partei zusammenschließen. Es ist schwierig, eine Aufmerksamkeit für komplexere Grundüberlegungen wie das Eintreten für humanistische Werte zu erreichen. Daher sollten Vorgehensweisen wie Absprachen immer präzise formuliert und offensiv der (medialen) Öffentlichkeit begründet werden, nicht zuletzt um den Vorwurf einer intransparenten Mausechlei zu entkräften.

Bei der Wahl von Strategien gegen die NPD ist eine klare Zielbestimmung sinnvoll. Drei mögliche Ziele⁹³ bieten sich an:

- die NPD-Wähler zumindest davon zu überzeugen, dass die Partei nicht deren Interessen vertritt (ein Verweis auf mangelnde Mitarbeit und Kompetenz ihrer Abgeordneten im kommunalen Gremium bezüglich konkreter politischer Fragestellungen kann hilfreich sein);
- zu verhindern, dass die NPD „das Parlament als Aktionszentrum ihrer außerparlamentarischen Aktivitäten nutzen“ kann;⁹⁴
- mit parlamentarischen Mitteln zu verhindern, dass eine sukzessive Normalisierung und Akzeptanz des Rechtsextremismus erfolgt.

Der Versuch, die NPD-Kader von demokratischen Positionen zu überzeugen, wird scheitern, da es sich bei diesen Mandatsträgern um Personen mit gefestigten Überzeugungen handelt. Darüber hinaus sollte nicht der Eindruck entstehen, die Inhalte der NPD seien einer Diskussion würdig.

⁹¹ Dieser Einschätzung Beier u. a. 2006, S. 178, ist zuzustimmen. Vgl. ebenso Butterwegge 2002, S. 165 ff., Decker/Brähler 2006, S. 165 ff., sowie Gensing 2009, S. 209 ff.

⁹² Vgl. Eilders 1997, S. 68 f.

⁹³ Vgl. Hafenecker/Schöfeld 2007, S. 130 ff.

⁹⁴ Beier u. a. 2006, S. 179.

3.1.1 Allgemeine Strategien im politischen Alltag

Die in der politikwissenschaftlichen Forschung diskutierten Strategievarianten lassen sich zu drei grundsätzlichen Möglichkeiten zusammenfassen, wobei sich Teile der Strategien überlappen können.⁹⁵

1) Ignorieren

Ignorieren bedeutet die Verweigerung, auf Redebeiträge (die Begründung von Anträgen einschließend) der NPD einzugehen. Zu dieser Strategie zählt ebenfalls das geschlossene Verlassen des Parlamentssaales durch alle anderen Fraktionen bei Wortäußerungen von extremen Rechten. Man muss bewusstes, abgesprochenes Ignorieren von Nichtstun oder passivem Erdulden unterscheiden.

2) Ausgrenzung

Mit Ausgrenzung soll verdeutlicht werden, dass die NPD nicht gesellschaftsfähig ist und nicht als gleichberechtigter Partner des politischen Diskurses akzeptiert wird. So werden Anträge der NPD – unabhängig vom Thema und von der Sinnhaftigkeit – grundsätzlich abgelehnt. Weiterhin werden keine Anträge gemeinsam mit der NPD gestellt. Zur Ausgrenzung gehört auch die Modifikation parlamentarischer Geschäftsordnungen beispielsweise in Bezug auf die Redezeitregelungen.

3) Entlarvung

Die Strategie der Entlarvung zielt auf die Aufklärung der Bevölkerung über Ziele und Inhalte der NPD ab. Zum einen soll die Demokratiefeindlichkeit der NPD herausgestellt werden. Zum anderen soll die mangelnde Sachkompetenz beziehungsweise der mangelnde Willen zum Erwerb derselben aufgezeigt werden. Man will verdeutlichen, dass die NPD nicht in der Lage und nicht willens ist, an einer sachorientierten Lösung für kommunalpolitische Probleme der Bürger zu arbeiten.

⁹⁵ Vgl. Hafenecker 1994, S. 23 ff, Beier u. a. 2006, S. 179 ff und Bogitzky/Buchstein/Heil 2009, S. 10 ff.

In dieser Studie wird vorgeschlagen, die Wahl einer geeigneten Strategie fall- und situationsabhängig zu gestalten. Ist der Aktivitätsgrad des extrem rechten Mandatsträgers gering, kann die Reaktion der demokratischen Kommunalparlamentarier_innen geringschwellig ausfallen. Wenn es keine Äußerungen seitens des extrem Rechten gibt, besteht auch kein Anlass, sich selbst zu äußern. Handelt es sich um einen sehr aktiven NPD-Mandatsträger, muss die Reaktion der Demokrat_innen offensiver sein.

In der konkreten kommunalparlamentarischen Praxis kann die parallele Nutzung aller drei Strategiemöglichkeiten, also ein Strategiemix gewinnbringend sein. Die Wahl des Ignorierens als Strategie beinhaltet sicherlich die meisten Probleme, da sehr schnell daraus Nichtstun oder Verschweigen werden kann, von einer passiven Herangehensweise aber unbedingt abzuraten ist. Extrem rechte Organisationen und Inhalte werden sich nicht von selbst erledigen. Außerdem wirken die demokratischen Akteure auf diese Weise schwach und wehrlos, was wiederum die extreme Rechte stärkt, da sie zu recht auf die mangelnde Handlungsfähigkeit der anderen Parteien verweisen kann.⁹⁶

Eine Diskussion mit der NPD hat keine Erfolgsaussichten, da die NPD immer davon profitiert, ihre Parolen öffentlich verbreiten zu können. Dergestalt wird die Partei zu einem gleichberechtigten Partner im demokratischen Diskurs aufgewertet. Demokratische Parlamentarier_innen sollten es vermeiden, sich die Themen diktieren zu lassen.

Man wird nicht alle möglichen Szenarien im Voraus einschätzen können. Dennoch sollte schon während des Wahlkampfes das Auftreten der NPD-Kandidaten genau beobachtet werden, um Hinweise auf deren weiteres Gebaren als mögliche Parlamentsmitglieder zu ermitteln. So können die übrigen Akteure vorab eigene Verhaltens- und Handlungsstrategien entwickeln.

Für eine bessere Vorbereitung ist auch die eigene Beschäftigung mit den Aktivitäten der extremen Rechten notwendig. Hierzu gibt es eine Vielzahl an Informationsmöglichkeiten (eine kleine Auswahl findet sich in Kapitel 3.2). Wer tritt im eigenen Wahlkreis als Kandidat zur Wahl an? Welchen

⁹⁶ Vgl. Bogitzky/Buchstein/Heil 2009, S. 13, und auch Begrich/Weber 2009, S. 15.

Organisationen gehört der Kandidat an? Welchen politischen Hintergrund hat der Kandidat darüber hinaus? Was sind Ziele und politische Praktiken der zur Wahl antretenden extrem rechten Partei? Die Antworten auf diese Fragen erleichtern nicht nur den zukünftigen Umgang im Parlament selbst, sie bieten darüber hinaus das Material für eine inhaltliche Auseinandersetzung in der und für die Öffentlichkeit.⁹⁷ Vor allem bei formalen Verfahrensfragen der parlamentarischen Arbeit sollte man sich auf gut geschulte Akteure der extremen Rechten vorbereiten. Der versierte Umgang mit Verfahrensfragen kann die Arbeit eines politischen Gremiums erschweren oder Entscheidungen deutlich verzögern.

Ferner sollte man alle Beratungsmöglichkeiten zu dem Thema nutzen und möglichst viele Informationen einholen. Sehr nützlich kann der Austausch mit Parteifreund_innen aus anderen Regionen sein, die bereits Erfahrungen mit der Präsenz von NPD-Vertretern gesammelt haben.

Also, mir hat sehr die Beratung von Externen [...] geholfen, einfach auch eine eigene Selbstsicherheit dahingehend zu bekommen. Das heißt, Foren für Erfahrungsaustausche wären mir durchaus sehr, sehr wichtig. Eine Regelmäßigkeit wäre mir auch wichtig, dass man das nicht nur einmal macht, sondern dass man wirklich regelmäßig in verschiedenen Konstellationen sich trifft und vielleicht sogar bundesweite Beratungsangebote da noch einmal stärkt, um dort Handlungsalternativen auch irgendwie an den Mann und die Frau zu bringen. (Trier)

Es ist kaum möglich, indes auch gar nicht notwendig, dass sich die gesamte Fraktion einer demokratischen Partei allumfassend vorbereitet. Es genügt, wenn ein bis zwei Mitglieder sich schwerpunktmäßig mit der extremen Rechten auseinandersetzen und die eigene Fraktion regelmäßig über ihre Erkenntnisse informieren. Diese Spezialist_innen können zum Beispiel an überregionalen Seminaren und Informationsveranstaltungen teilnehmen, von den Ergebnissen berichten und so einen kontinuierlichen Beitrag für die politische Auseinandersetzung leisten. Zudem können sie für den Fall einer Entgegnung auf Äußerungen von NPD-Vertretern entsprechende Argumente bereitstellen.⁹⁸

⁹⁷ Vgl. Hafenecker/Schönfelder 2007, S. 140.

⁹⁸ Vgl. Bogitzky/Buchstein/Heil 2009, S. 14 f.

Also, ich denke, das, was es für Berlin gibt, wäre gut für Rheinland-Pfalz, dass es wirklich auf die hiesigen Gegebenheiten zugeschnitten ist, das entspricht, glaube ich, genau dem Ziel des Projektes. Ich glaube, Ansprechpartner, mit denen man direkt reden kann, wären was wert. Ich stelle mir einen Expertenpool vor, wo auch andere Parlamentarier drin sind. [...] ein bundesweites Netzwerk Kommunalpolitiker gegen rechts und dann sind die auch bereit, mal [...] zu kommen. Man kann die auch telefonisch anrufen, „hier wir haben folgenden Antrag, was würdet ihr da machen?“, und da können die sagen, „ach das passt ganz zu dem, was wir vor zwei Jahren hatten, erst wussten wir auch nicht und dann fiel uns das und das ein“, formale Tricks, Verzögerungssachen, keine Ahnung, wie lässt man so etwas in Leere laufen, wie reagiert man gut darauf, so eine Mischung aus ganz sachlich, aber auch ganz engagiert, vielleicht auch emotional, vielleicht auch mal mit Humor und Ironie. So eine ganze Palette, dass die zur Verfügung steht, wie so ein modularer Werkzeugkoffer gegen die NPD in Stadträten. (Trier)

Eine letzte allgemeine Empfehlung zielt auf Präzision und Transparenz des politischen Handelns ab. Die eigene Vorgehensweise gegen extreme Rechte ist immer zu begründen, gerade der medialen Öffentlichkeit gegenüber. Eine durchgehende Argumentation kann beispielsweise in dem Hinweis auf die besonders aggressive Demokratiefeindlichkeit der NPD und die daraus resultierende Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte bestehen. Konzertierte Aktionen gegen das Auftreten von NPD-Vertretern sollten nicht geheim gehalten werden und nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Es ist kein Vorteil in dieser Geheimhaltungsstrategie zu erkennen, dafür aber der gewaltige Nachteil eines möglichen Vorwurfes der Manipulation und ungerechtfertigten Benachteiligung eines Wahlkonkurrenten. Man muss nicht alle Details enthüllen, aber das grundlegende Ergebnis sollte für alle erkennbar sein.

Zusätzlich sollten konzertierte Vorgehensweisen, die sich dezidiert gegen die NPD richten, auch als solche benannt werden. Wenn zum Beispiel Redezeiten aus diesem Grunde geändert werden, dann sollte dies öffentlich auch so dargelegt werden. Ausweichende Ausreden oder gar erfundene Gründe werden im Zweifelsfalle schnell aufgedeckt und schaden dem Ansehen des Gremiums. Jedes kommunalpolitische Handeln und

erst recht die Kooperation von Parteien zuungunsten einer anderen sollen transparent sein.⁹⁹

Nicht jede interfraktionelle Absprache muss schriftlich fixiert werden. Ein schriftlicher Beschluss mit einer entsprechenden Erklärung erleichtert allerdings die Dokumentation nach innen und außen hin. Für Bürger, die nicht dem Parlament angehören, werden dergestalt die konkreten Vorgehensweisen nachvollziehbarer.

Bei der Wahl einer adäquaten Strategie sollten Parlamentarier_innen anpassungsfähig und kreativ sein und die eigenen Maßnahmen selbstkritisch hinterfragen. Gerade hier sollte der Austausch mit zivilgesellschaftlich engagierten Bürger_innen gesucht werden. Oft verfügen die antifaschistischen Bündnisse in den Gemeinden über sehr gute Kenntnisse der extrem rechten Szene und können einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung eigener parlamentarischer Ideen leisten.

3.1.2 Strategien im Parlament

Zur Entwicklung einer wirksamen Strategie ist es vorteilhaft, wenn sich alle demokratischen Akteure frühzeitig, am besten schon vor dem Wahlkampf, mit den extrem rechten Kandidaten und deren politischen Inhalten beschäftigen und sich gezielt vorbereiten. Hierzu können ein bis zwei (zukünftige) Mitglieder pro Fraktion gewählt werden, die als Spezialist_innen für die extrem rechte Szene und für Gegenstrategien fungieren (siehe oben).¹⁰⁰

Es ist ratsam, noch vor der inaugurierenden Parlamentssitzung das Gespräch mit allen anderen demokratischen Fraktionen zu suchen. In diesen Gesprächen sollten gemeinsame Ziele bestimmt und eine Kooperation für die Legislaturperiode erreicht werden. Am günstigsten wäre ein einmütiger Antrag oder eine gemeinsam getragene EntschlieÙung aller demokratischen Mitglieder des Parlaments (nicht nur derjenigen der großen Fraktionen). Dazu gehört unbedingt auch eine Argumentation, warum ein solcher Beschluss notwendig ist.¹⁰¹

⁹⁹ Vgl. Begrich/Weber/Roth 2010, S. 82 ff.

¹⁰⁰ Vgl. Bogitzky/Buchstein/Heil 2009, S. 14 f.

¹⁰¹ Vgl. Hafenecker/Schönfelder 2007, S. 136.

Wenn Absprachen getroffen werden, ist es meist hilfreich, diese schriftlich festzuhalten und offensiv nach außen zu tragen.

Die Möglichkeiten zur Selbstdarstellung von extrem Rechten und deren Nutzung des Parlamentes als Bühne für einen Ideologietransfer müssen begrenzt werden. Das bedeutet, dass die Sitzungsleitung die Möglichkeiten der Ahndung konsequent nutzen sollte. Wenn rassistische oder antisemitische Aussagen seitens der NPD-Mandatsträger geäußert werden, müssen unverzüglich Sanktionen erfolgen. Wenn Änderungen der parlamentarischen Geschäftsordnung aufgrund der Präsenz von extrem Rechten erfolgen, sollten sie restriktiv, zugleich aber behutsam und nur als Ultima Ratio angewandt werden. Insbesondere der Öffentlichkeit sollte präzise vermittelt werden, aus welchen Gründen welche Änderungen eingeführt wurden. Wenn die Präsenz von extrem Rechten der Grund für Änderungen in den politischen Verfahrensweisen ist, muss dies auch so mitgeteilt werden. Dagegen ist es nicht sinnvoll, Modifikationen zu Lasten kleiner demokratischer Listen vorzunehmen. Es ist ein nicht aufzulösender Widerspruch, die Demokratie verteidigen zu wollen, indem man sie (für andere) einschränkt.¹⁰²

Ohne Ausnahme sind alle Anträge und Vorlagen der NPD einhellig von allen anderen Parlamentsmitgliedern abzulehnen. Unter Umständen können sinnvolle Anträge der NPD nach allgemeiner Ablehnung selbst unter eigenem Namen wieder zur Abstimmung eingebracht werden (zu beachten ist gegebenenfalls eine mögliche Sperrfrist für eine Wiedervorlage).¹⁰³

Wenn Untergremien, wie beispielsweise Ausschüsse, zu besetzen sind, wirkt eine Funktionsvergabe an NPD-Vertreter öffentlich zu deren Gunsten und sollte deshalb verhindert werden. Eigene Parteiinteressen sollten gegebenenfalls zurückgestellt werden, denn im Zweifelsfall ist ein Mitglied einer anderen Fraktion immer die bessere Wahl als der NPD-Vertreter.¹⁰⁴

Redueduelle oder Diskussionen mit NPD-Vertretern haben keine Erfolgsaussichten, weil es ihnen nicht um argumentative Überzeugung geht.

¹⁰² Vgl. Schickert 2009, S. 234, sowie Begrich/Weber 2009, S. 14.

¹⁰³ Vgl. Beier u. a. 2006, S. 181 f.

¹⁰⁴ Vgl. Hafenecker/Schönfelder 2007, S. 135.

Vielmehr böte man damit den extrem Rechten eine Plattform und ließe sich von ihnen die Themen diktieren. Im Allgemeinen sollten Äußerungen von extrem Rechten ignoriert werden. Allerdings kann es bei manchen Themen sinnvoll sein, eine Aussage nicht unwidersprochen zu lassen. Widerspruch sollte lediglich bei ausgewählten Themen durch ein Mitglied des Parlamentes (am besten für das ganze Parlament stellvertretend) nur einmal geübt werden. Danach sollte der NPD-Vertreter ignoriert werden. Obwohl es schwierig werden kann, sollten Mandatsträger sich nicht provozieren lassen und lieber den Sitzungssaal verlassen, als sich auf eine Diskussion einzulassen.¹⁰⁵

Bei der Formulierung des Widerspruchs (insofern dies zeitlich möglich ist) sollte die Person herangezogen werden, die sich auf den Umgang mit der extremen Rechten spezialisiert hat. Der Widerspruch soll der Entlarvungsstrategie dienen, er muss mithin ausführen, was genau die Inhalte der extrem Rechten bedeuten.

Bei bestimmten Grundsatzreden oder Gedenktagen wie dem 27. Januar (Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus) oder dem 8. Mai (Befreiung Europas von Krieg und Faschismus) sollten, falls nicht zu verhindern ist, dass der NPD-Vertreter spricht, während seiner Rede alle Parlamentsmitglieder geschlossen den Saal verlassen.

Grundsätzlich sollten sich zukünftige Ratsmitglieder auf ein typisches strategisches Element von NPD-Mandatsträgern einstellen¹⁰⁶, nämlich die Anwesenheit von NPD-Gesinnungsfreunden im Publikum während öffentlicher Sitzungen, zumindest zu Beginn der Legislaturperiode.

Die juristischen Möglichkeiten gegen extrem Rechte sollten im Parlament umfassend ausgeschöpft werden. Es ist empfehlenswert, für jedes Parlament zu prüfen, inwieweit das Hausrecht es erlaubt, Mitglieder und erkennbare Anhängern extrem rechter Organisationen und Gruppierungen den Zutritt zur Zuschauertribüne bzw. zum Sitzungssaal zu verweigern.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Vgl. Begrich/Weber/Roth 2010, S. 81.

¹⁰⁶ Vgl. bspw. Begrich/Weber 2009, S. 9.

¹⁰⁷ Vgl. Begrich/Weber/Roth 2010, S. 81.

3.1.3 Strategien in der Verwaltung

Selbstverständlich müssen im Verwaltungshandeln bestehende Rechtsgrundsätze streng eingehalten werden. Allerdings kann und sollte man vorhandene Handlungsspielräume vollständig nutzen.¹⁰⁸ Jede Auflage für Veranstaltungen von extrem Rechten behindert diese und erschwert ihre Selbstinszenierung. Oft genug bieten die extrem Rechten bei ihren Demonstrationen selbst genügend Anlässe, diese zu verbieten, beispielsweise weil verfassungsfeindliche Symbole präsentiert oder Waffen mitgebracht werden. Hierzu muss der politische Willen aller Demokrat_innen vorhanden sein.

Alle Beteiligten, also die Parlamentsmitglieder, Teilnehmer_innen von zivilgesellschaftlichen Bündnissen sowie Verwaltungsexpert_innen sollten sich vor Aufmärschen frühzeitig zusammensetzen und miteinander abstimmen. Man kann dann ausloten, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus lässt sich eine Nutzung kommunaler Versammlungsräume für extrem Rechte verhindern.¹⁰⁹ Man kann die Nutzungsverträge für solche Räume mit Klauseln versehen, die extrem Rechten die Mietnutzung verweigern. An Bogitzky/Buchstein/Heil angelehnt folgt hier ein Formulierungsvorschlag, der als Vorlage für eine solche Klausel dienen kann:¹¹⁰

Die Vermietung erfolgt nur zum Zwecke/aus Anlass der im Folgenden genau bezeichneten Veranstaltung(en):

[...]

Der Mieter ist nicht berechtigt, die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, bei denen eine rechtsextremistische Haltung dargestellt oder verbreitet wird.

Während Wahlkämpfen können weiterhin durch das jeweilige Parlament spezifische Erlasse für die Wahlwerbung beschlossen werden, die dann gleichwohl für alle Parteien und Kandidaten gelten müssen. Man kann die Anzahl der Orte festlegen, an denen Wahlwerbung (Plakate und Info-

¹⁰⁸ Vgl. Berlit 2009, S.109 ff.

¹⁰⁹ Vgl. Köhler/Richwin 2009, S. 145 ff.

¹¹⁰ Vgl. Bogitzky/Buchstein/Heil 2009, S. 19.

stände) zulässig ist. So lässt sich eine flächendeckende Plakatierung in der Gemeinde verhindern.¹¹¹

Des Weiteren kann versucht werden, Anhänger der extrem Rechten mit juristischen Mitteln aus Ämtern fernzuhalten, falls diese einschlägig vorbestraft sind. So konnte etwa der NPD-Vertreter in der Südwestpfalz aus dem Kreisrechtsausschuss entfernt und daran gehindert werden, als Bürgermeisterkandidat anzutreten. Eines der in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung festgelegten Kriterien dafür, dass jemand zum Bürgermeister/zur Bürgermeisterin wählbar ist, besteht darin, dass die Person die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten (siehe Kapitel 2.4).

Im Moment haben sie nur die Möglichkeit, wenn so ein NPD-Mann kommt, zu versuchen, ob sie ihm nachweisen können, dass er vorbestraft ist, zum Beispiel beim Herrn Wagner, oder dass er sich gegen die Verfassung richtet oder gegen Menschenrechte vorgeht. (SWP)

Für den Fall absehbarer Konflikte ist es ratsam, sich vorab juristischen oder verwaltungstechnischen Rat einzuholen, beispielsweise bei entsprechenden Beratungsnetzwerken oder auch bei der dienstaufsichtsführenden Behörde, um eine Inszenierung von NPD-Vertretern zu vermeiden.

An dieser Stelle soll betont werden, dass juristische Handhabungen keinen Ersatz für eine inhaltliche Auseinandersetzung darstellen. Sie sind als komplementäre Strategie in einem Gesamtzusammenhang zu begreifen, bei dem alle zur Verfügung stehenden Mittel genutzt werden sollten.

3.1.4 Strategien in den Medien

Die Presse sollte man bei der Auseinandersetzung gegen die extreme Rechte als Partnerin einer demokratischen Öffentlichkeit gewinnen und nicht von vornherein als außenstehend oder als Gegner betrachten. Hier

¹¹¹ Vgl. Bogitzky/Buchstein/Heil 2009, S. 16.

sollte das Gespräch möglichst nicht von Einzelakteur_innen, sondern vom Parlament insgesamt (in Form von Stellvertreter_innen) gesucht werden.¹¹²

Auch hier gilt es, jegliches Handeln und jede Maßnahme genau zu erläutern und ausführlich zu begründen. Hierbei sollten Parlamentarier_innen auch auf einen entsprechenden Raum (Seitenzahl, Interviewzeit) im jeweiligen Medium beharren, um die Argumente geeignet ausführen zu können. Bei den Argumenten ist es sinnvoll, sowohl auf die eigenen als auch auf die Erfahrungen anderer mit extremen Rechten einzugehen. Ohne zu skandalisieren, kann man auf Provokationen, Störungen und Verzögerungstaktiken der NPD im Parlament verweisen.

Man kann die Presse durchaus auffordern, in ihrer freien Berichterstattung auf Spektakel zu verzichten, die ihnen NPD-Vertreter und andere Akteure der extremen Rechten im Zweifelsfalle gerne liefern, auch wenn diese eine höhere Aufmerksamkeit für das eigene Medium bewirken könnten. Alle Beteiligten sollten genau abwägen, wann und in welcher Form eine Berichterstattung notwendig und sinnvoll ist, um zum Beispiel die Inhalte der extremen Rechten kritisch zu beleuchten. Insgesamt ist zu vermeiden, der NPD unnötig eine Plattform zu bieten.

3.1.5 Strategien in der Öffentlichkeit und in der Gesellschaft

Die demokratischen Akteure müssen in einen Dialog mit allen Wählern treten. Es wichtig, darzulegen, warum extrem rechte Parteien deren Interessen nicht vertreten. Dabei kann man die mangelnde Sachkompetenz und nicht an Sachproblemen orientierte typische Verweigerungshaltung der extremen Rechten aufzeigen. Man muss vermitteln, welche Themen und welche Lösungsvorschläge (nicht) von der NPD kommen.

Zur Information über die extreme Rechte können Parteien beziehungsweise Wahlbündnisse zum Beispiel selbst Informationsveranstaltungen mit Expert_innen zu diesem Thema anbieten. Auf diese Weise kann auch eine sehr unterschiedliche Klientel angesprochen werden.¹¹³

¹¹² Vgl. Begrich/Weber/Roth 2010, S. 82 ff.

¹¹³ Vgl. Hafenecker/Schönfelder 2007, S. 140 f.

Es sollte eine klare Positionierung von Politik und Verwaltung gegen die extreme Rechte demonstriert werden. Für alle Bürgerinnen und Bürger sollte der Zusammenschluss der Demokrat_innen sichtbar sein, und zwar nachhaltig und dauerhaft. Das Ziel sollte hierbei sein, der Wahlbevölkerung zu demonstrieren, dass die übrigen Fraktionen einmütig sind in der Ablehnung der NPD und dass neonazistische Ansichten durchweg nicht akzeptiert werden. Eine solche gemeinsame Kommunikation könnte als Vorbild für zivilgesellschaftliches Handeln gelten und die Überzeugungsarbeit für ein gemeinsames Engagement erleichtern.

Die Kommunalparlamentarier_innen sollten dort, wo es keine Bündnisse gegen Nazis gibt, deren Gründung zusammen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen initiieren und dort mitarbeiten, wo es sie gibt. Antifaschistische (Jugend-)Gruppen und zivilgesellschaftliche Projekte sollten gefördert und unterstützt werden. Das kann auch zu Konfliktsituationen führen, die eine demokratische Gesellschaft mit ihren konkurrierenden Ideen aber aushalten muss.¹¹⁴

Bei einschlägigen Gedenktagen für die Opfer des Nationalsozialismus lassen sich neue – vor allem jugendgerechte – Formen des Gedenkens ausprobieren. Man kann als Gemeinde mit Jugendlichen und Schulen zusammenarbeiten, Schulpatenschaften für Gedenkstätten (finanziell) fördern und statt einem leeren, oft wenig überdachten Ritual ein lebendiges, aktualitätsbezogenes Gedenken üben.

Schließlich sollten alle demokratischen Organisationen zur Wahl aufrufen. Mehr Wahlbeteiligung bedeutet keinesfalls zwangsläufig eine Schwächung der extremen Rechten.¹¹⁵ In vielen Fällen verhindert oder minimiert sie jedoch zumindest den Einzug extremer Rechte in die Parlamente.

Einige der Interviewten (siehe Kapitel 2) geben als Gründe für den Erfolg der NPD die allgemeine Parteienverdrossenheit an und fordern unter anderem als Gegenmaßnahme mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz bei Ratsentscheidungen.¹¹⁶

¹¹⁴ Vgl. Hafener/Schöfelder 2007, S. 143 ff.

¹¹⁵ Vgl. Jennerjahn 2008, S. 17.

¹¹⁶ Vgl. Hafener/Schöfelder 2007, S. 145 f.

Und wenn ich mich einbringe, kann ich was erreichen, Bürgerbeteiligung muss gestärkt werden, das denke ich, ist wichtig. Da passiert in Trier einiges, aber es hat oft einen sehr informellen, nicht bindenden Charakter. (Trier)

Für die Bekämpfung der extremen Rechten ist eine Auseinandersetzung mit den Ursachen ihres Erfolgs und ihren kulturellen Mustern wichtig.¹¹⁷ Dies beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die vorherrschenden Werte und Normalitätsvorstellungen einer Gesellschaft und auf ihre Gemeinsamkeiten mit Einstellungen der extremen Rechten. Hierzu sollten Parlamentarier_innen auch die eigene Politik selbstkritisch hinterfragen. Auch im Eifer des Wahlkampfgefechts sollte es einen allgemeinen Konsens geben, sich bei bestimmten Themen wie Migration zurückzuhalten und auf populistische Verkürzungen zu verzichten.

Das ist natürlich auch ein Problem, dass viele Politiker immer stärker auf populistische Ansätze gehen, die gerade der NPD zuspielen. Und das ist gerade auf kommunaler Ebene eigentlich unnötig und könnte man damit leicht verhindern. (Trier)

Die Wahlkampfreden über eine „Flut“ von Einwanderungswilligen sind hier an erster Stelle zu benennen. Am 1. Februar 2014 demonstrierte die NPD unter anderem vor der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier.¹¹⁸ Ein kausaler Zusammenhang wird hier nicht behauptet. Jedoch macht eine bestimmte Wahlkampfrhetorik etablierter Parteien es der extremen Rechten leichter, daran anzuknüpfen und sich als Vollstrecker des Volkswillens zu gerieren. Populistische Inhalte zu lancieren, um der extremen Rechten das Wasser abzugraben erreicht das Gegenteil: Es ist Wasser auf deren Mühlen.

¹¹⁷ Vgl. Hafener/Schönfelder 2007, S. 143.

¹¹⁸ Vgl. <http://www.lokalo.de/artikel/49877/Drei-Verletzte-bei-NPD-Kundgebungen>;
Abruf: 05.02.2014.

3.2 Praxishilfen

3.2.1 Literaturhinweise

Literatur über die extreme Rechte

- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau 2002: Herder
- Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn 2012: Dietz Nachf. (Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Röpke, Andrea und Andreas Speit (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2. aktual. Aufl., Hamburg 2005: Links
- Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. 3. Aufl., Köln 2006: Kiepenheuer & Witsch
- Klärner, Andreas und Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006: Hamburger Edition

Literatur zu den Aktivitäten extrem Rechter in Parlamenten

- Begrich, Pascal, Thomas Weber und Roland Roth: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung. Magdeburg 2010: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Hochschule Magdeburg-Stendal
- Beier, Katharina u. a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald 2006: Steinbecker
- Hafener, Benno und Sven Schönfelder: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Berlin 2007: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Projekt Nazis in den Parlamenten (NiP)-Redaktionskollektiv (Hrsg.): Die NPD im sächsischen Landtag. Analyse und Hintergründe 2008. Dresden 2008: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK): Berliner Erfahrungen – Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien. Berlin 2008: VDK (Bezugsquelle: <http://www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/>)

auseinandersetzung-mit-rechtsextremismus-in-kommunalen-gremien/)

Gegenstrategien

- Bogitzky, Jenny, Hubertus Buchstein und Torsten Heil: Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten im Kommunalwahlkampf. Greifswald 2009: Universität Greifswald
- Gensing, Patrick: Angriff von rechts: Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann. München 2009: dtv
- Molthagen, Dietmar und Lorenz Korgel (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK): In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden. Berlin 2009: VDK

3.2.2 Beratung

- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Die Landeszentrale berät und führt eigene Veranstaltungen und Fachtagungen zu Themen politischer Bildung durch, gibt eigene Publikationen heraus und vertreibt weitere Publikationen. Sie unterstützt die Bildungsarbeit im Land ferner durch Förderung und Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen. Ihre Schriftenausgabe und die Bibliothek in Mainz sowie die Außenstellen in Kaiserslautern, Koblenz und Trier stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.
 - Adresse: 55116 Mainz, Am Kronberger Hof 6
Internet: <http://www.politische-bildung-rlp.de>
E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Telefon: 06131 162970
- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz
Das Beratungsnetzwerk ist ein Zusammenschluss von Vertreter_innen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen, die ihr Expertenwissen zum Thema Rechtsextremismus einbringen. Bestimmte Beratungsnetworkmitglieder fungieren als sogenannte „Beratungsknoten“.

Sie sind Ansprechpartner in ihrer Region und führen die Beratungen durch. Dabei können sie auf das Fachwissen der Netzwerkmitglieder zurückgreifen. Die Landeskoordinierungsstelle im Landesjugendamt steuert die Arbeit des Beratungsnetzwerks.

- Adresse: Rheinallee 97–101, 55118 Mainz
Internet: <http://www.beratungsnetzwerk-rlp.de>
E-Mail: beratungsnetzwerk@lsjv.rlp.de
Telefon: 06131 967185

- Netzwerk für Demokratie und Courage
Das Netzwerk ist bundesweit mit einer eigenen Niederlassung in Rheinland-Pfalz vertreten. Das Netzwerk in Rheinland-Pfalz wurde 2002 auf Initiative der DGB Jugend, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, der Jusos, des Jugendwerks der AWO und der Landes-schülerInnenvertretung gegründet. 2005 kam die Grüne Jugend RLP und 2006 der Bund der Deutschen Katholischen Jugend hinzu. Ziel dieser verbandsübergreifenden Zusammenarbeit ist es, auch außerhalb der eigenen Verbandsgrenzen gegen menschenverachtende Einstellungen und Neonazismus in Rheinland-Pfalz aktiv zu werden. Mit den Projekttagen, Workshops und Seminaren des NDC an schulischen und außerschulischen Einrichtungen entstand im Lauf der Jahre ein vielfältiges Angebot wirksamer Mittel, um junge Menschen zum Nachdenken und Handeln anzuregen und sie zu ermutigen, sich in ihrer Klasse, ihrem Jugendraum oder ihrem Verein gegen Diskriminierung zu engagieren.
- Adresse: c/o DGB Jugend Rheinland-Pfalz,
Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz
Internet: <http://www.netzwerk-courage.de/rlp>
E-Mail: rlp@netzwerk-courage.de
Telefon: 06131 281629

3.2.3 Information und Recherche

- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (apabiz)
Das Archiv fördert und vernetzt Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus. Es verfügt über rechte Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.
 - Adresse: Lausitzerstraße 10, 10999 Berlin
Internet: <http://www.apabiz.de>
E-Mail: mail@apabiz.de
Telefon: 030 6116249
- Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.)
a.i.d.a. sammelt seit 1990 vor allem Material zu Themenbereichen wie Nationalismus und Rassismus, Informationen von und über neokonservative, extrem rechte und faschistische Gruppierungen sowie Publikationen zum Thema Antifaschismus.
 - Adresse: c/o Rechtsanwältin Angelika Lex,
Goethestraße 10, 80336 München
Internet: <http://www.aida-archiv.de>
E-Mail: info@aida-archiv.de
- Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main
Das Infobüro beobachtet seit vielen Jahren extrem rechte und neonazistische Organisationen und Aktivitäten in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Schwerpunkt auf dem Großraum Rhein-Main und wertet die Ergebnisse aus.
 - Adresse: c/o APABIZ, Lausitzerstraße 10, 10999 Berlin
Internet: <http://www.infobuero.org>
E-Mail: mail@infobuero.org
- Netz-gegen-Nazis.de (Amadeu Antonio Stiftung)
Das von der Amadeu Antonio Stiftung betriebene Informationsportal bietet Hintergrundinformationen über Organisationen, Personen und Inhalte der extremen Rechten, wobei besonders Jugendliche erreicht

werden sollen. Darüber hinaus gibt es Handlungsempfehlungen und ein Forum, in dem Fragen gestellt werden können.

- Internet: <http://www.netz-gegen-nazis.de>

- Bündnis für Vielfalt und Toleranz Rheinland-Pfalz
Zwanzig Gruppen aus ganz Rheinland-Pfalz, die für eine weltoffene Gesellschaft eintreten und rechtsradikalen, menschenverachtenden Parolen und Aktionen entgegentreten, haben sich zu einem landesweiten Bündnis zusammengeschlossen. Das Bündnis dient einer engeren Zusammenarbeit und einem intensiven Informationsaustausch. Gegenwärtig (Frühjahr 2014) gilt das Hauptaugenmerk den anstehenden Wahlkämpfen, die von rechten Gruppen immer wieder als Plattform für rassistische und demokratiefeindliche Kampagnen genutzt werden. Im Mittelpunkt steht weiterhin die Aufklärung über Aktivitäten von Rechtsradikalen in Rheinland-Pfalz.
- Internet: <http://www.vielfalt-rlp.de>
E-Mail: mail@vielfalt-rlp.de

4 Literatur

Backes, Uwe: Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*) (46) 2001, S. 24–30.

Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. Baden-Baden 2007.

Bars, Joanna u. a.: *Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern*. Hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald 2010.

Begrich, Pascal; Weber, Thomas: *Zwei Jahre NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts*. Ein Forschungsbericht. Magdeburg 2009.

Begrich, Pascal; Weber, Thomas: Systemüberwindung als Ziel. Die NPD und ihr instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus. In: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e. V. (Hrsg.): *Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen*. Erfurt 2011, S. 52–207.

Begrich, Pascal; Weber, Thomas; Roth, Roland: *Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts*. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung. Magdeburg 2010.

Beier, Katharina u. a.: *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. Greifswald 2006.

Berlit, Uwe: *Rechtsextreme Demonstrationen: Juristische Aspekte des adäquaten Umgangs mit rechtsextremen Versammlungen und Aufmärschen*. In: *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009, S. 109–143.

Bogitzky, Jenny; Buchstein, Hubertus; Heil, Torsten: *Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten im Kommunalwahlkampf*. Greifswald 2009.

Brandstetter, Marc: *Die „neue“ NPD: Zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade*. Berlin 2012. Konrad-Adenauer-Stiftung. Online verfügbar unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_30034-544-1-30.pdf?120213132509.

Braune, Sven u. a.: *Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens*. In: Uwe Backes und Henrik Steglich (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. Baden-Baden 2007, S. 175–207.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2012*. Bundesministerium des Innern. Berlin 2013.

Butterwegge, Christoph (Hrsg.): Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen 1997.

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau 2002.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2006.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn 2012.

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz am 7. Juni 2009. Ergebnisse nach Verwaltungskreisen, Verbandsgemeinden und Gemeinden mit Vergleichszahlen der Kommunalwahlen 2004. Bad Ems 2010.

Eilders, Christiane: Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen 1997.

Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Vollst. überarb. und erw. Neuaufl., (6. Aufl.), Reinbek bei Hamburg 2002.

Flick, Uwe (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 3., neu ausgest. Aufl., unveränd. Nachdr. der 2. Aufl. von 1995. Weinheim 2012.

Friebertshäuser, Barbara (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim 1997.

Gensing, Patrick: Angriff von rechts. Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann. München 2009.

Glaser, Stefan (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert; Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Schwalbach am Taunus 2007.

Griese, Birgit; Niermann, Gunther: Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten. In: Christoph Butterwegge (Hrsg.): Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen 1997, S. 147–207.

Hafenegger, Benno: Politik der „extremen Rechten“. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach am Taunus 1995.

Hafenegger, Benno; Brake, Anna; Seeg, Britta: Sozialstruktur der extremen Rechten. Mandatsträger der „Republikaner“ und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach am Taunus 1997.

Hafenegger, Benno; Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Berlin 2007.

Häusler, Alexander; Teubert, Horst; Roeser, Rainer: Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2013.

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e. V. (Hrsg.): Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen. Erfurt 2011.

Helfferich, Cornelia: Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 3., überarb. Aufl., Wiesbaden 2009.

Hitzler, Ronald; Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. 3. überarb. Aufl., Hamburg 2010.

Hoff, Tobias; Stein, Andreas: Sesshaft geworden?! Neonazis unter der Lupe: Sascha Wagner. In: Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (47) 2012, S. 24–26.

Hopf, Christel: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechts-extreme Orientierungen junger Männer. Weinheim 1995.

Jennerjahn, Miro: Kreistagswahlergebnisse der NPD 2004 und 2008: Verfestigung oder Schwächung der Partei? In: NiP-Redaktionskollektiv; Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.): Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe. Dresden 2008.

Klärner, Andreas (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006.

Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael: Rechtsextremismus. Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Andreas Klärner (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006, S. 7–41.

Klein, Sabine; Porst, Rolf: Mail surveys. Ein Literaturbericht. 2000

Köhler, Timm; Richwin, Sven: Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen nach dem Modell der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). In: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009, S. 145–159.

Kost, Andreas: Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. 2., akt. u. überarb. Aufl., Wiesbaden 2010.

Kuckartz, Udo: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 2., akt. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2007.

Lepszy, Norbert: Parlamentsarbeit von REP und DVU: Inkompetent, zerstritten und politisch unfähig. In: Das Parlament 1994.

Lepszy, Norbert; Veen, Hans-Joachim: „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament. St. Augustin 1993.

Maegerle, Anton: Gewaltbereite Szene im Fokus. 2013. In: blick nach rechts, 04.06.2013.

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Aufl., Weinheim 2003.

Merkens, Hans: Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Uwe Flick (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 3., neu ausgest. Aufl., unveränd. Nachdr. der 2. Aufl. von 1995. Weinheim 2012.

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2012. Mainz 2013.

Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009.

Nazis in den Parlamenten – Berlin: Nazis in den Parlamenten. Kritische Dokumentation der NPD & REPs in den Berliner BVVen. Einstieg in die Ideologie der NPD. Berlin o. D.

NiP-Redaktionskollektiv; Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.): Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe. Dresden 2008.

Pfeiffer, Thomas: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. In: Stefan Glaser (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert; Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Schwalbach am Taunus 2007, S. 36–52.

Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2., akt. Aufl., Berlin 2005.

Röpke, Andrea (Hrsg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Berlin 2013.

Röpke, Andrea; Speit, Andreas: Der Terror von rechts – Aktuelle Entwicklungen. In: Andrea Röpke (Hrsg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Berlin 2013, S. 210–240.

Schickert, Petra: Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten. In: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009, S. 225–235.

Schmidt, Christiane: „Am Material“: Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In: Barbara Friebertshäuser (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim 1997, S. 544–568.

Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Opladen 1986, S. 1922–1994.

Speit, Andreas: „Wir marschieren bis zum Sieg“. In: Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2., akt. Aufl., Berlin 2005, S. 18–39.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz Regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen. Bad Ems 2014.

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. 2. Aufl., Köln 2006.

Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Opladen 1986.

Stubenrauch, Hubert: Städte, Landkreise, Verbandsgemeinden und Gemeinden. Das rheinland-pfälzische Kommunalsystem im Überblick. Mainz 2012.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien. Berlin 2008.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK): In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden. Berlin 2009.

Virchow, Fabian: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klärner, Andreas (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006, S. 68–101.

Wagner, Peter M.: NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972–1994. Berlin 1997.

Witzel, Andreas: Das problemzentrierte Interview. 2000. Online verfügbar unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519>, zuletzt geprüft am 09.02.2014.

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Am Kronberger Hof 6 ▪ 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 - 16 29 70 ▪ Fax: 0 61 31 - 16 29 80
E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de



ISBN 978-3-89289-032-4